

Bundesrat

Drucksache 50/88

29. 01. 88

WI – Fz

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (421) – 600 01 – Ja 19/88

Bonn, den 29. Januar 1988

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Kohl

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Ziffern

A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1988

I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage	1 bis 7
II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte	8 bis 13
Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung	9
Trotz zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten schwierige Arbeitsmarktlage	10
Sicherung einer hohen Kaufkraft der Einkommen durch weiterhin stabilen Geldwert	11
Rückführung der außenwirtschaftlichen Überschüsse	12
Ausgewogene Einkommensentwicklung	13

B. Mit der Sozialen Marktwirtschaft neue Herausforderungen meistern

I. Deutsche Wirtschaftspolitik in einem sich rasch verändernden weltwirtschaftlichen Umfeld	14 bis 36
1. Die internationale Herausforderung annehmen	14 bis 19
Deutsche Wirtschaftspolitik in der internationalen Verantwortung	15 bis 16
Attraktivität des Produktionsstandorts Bundesrepublik Deutschland erhöhen	17
Strukturwandel als Chance nutzen	18 bis 19
2. Die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte stärken	20 bis 36
Wachstums- und beschäftigungsfördernde Steuerpolitik	21 bis 24
Kontinuität in der Haushaltspolitik gewährleisten	25 bis 26
Bürgernahe Deregulierung und Entbürokratisierung ...	27 bis 29

	Ziffern
Mehr Wettbewerb im Post- und Fernmeldewesen	30
Fortsetzung der Privatisierung	31
Geldpolitik zwischen binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Erfordernissen	32
Mehr Beschäftigung durch eine situationsgerechte Tarifpolitik	33
Berufliche Bildung — Investition in die Zukunft	34
Strukturverbessernde Arbeitsmarktpolitik	35
Strukturreform der Kranken- und Rentenversicherung ..	36
II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik	37 bis 47
Neue Perspektiven durch den europäischen Binnenmarkt ..	38 bis 41
Mehr Kooperation in der internationalen Währungspolitik und Stärkung des Europäischen Währungssystems	42 bis 43
Fortentwicklung der freiheitlichen Welthandelsordnung ...	44 bis 45
Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Lösung ihrer Probleme	46 bis 47
III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik	48 bis 70
Mehr Beschäftigung durch Strukturwandel	48 bis 49
Den Wettbewerb stärken	50
Leistungspotentiale bei mittelständischen Unternehmen und freien Berufen mobilisieren	51 bis 52
Forschungsbereite Unternehmen	53 bis 54
Innovationen für die Zukunft	55 bis 56
Vorsorgender Umweltschutz	57 bis 60
Überwindung regionaler und sektoraler Schwierigkeiten ..	61 bis 65
Energiepolitik — Kontinuität mit neuen Akzenten	66 bis 68
Stärkung der Berliner Wirtschaft	69
Gefestigte innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen	70
 Anlage	
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1987 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	1 bis 7
B. Jahresprojektion 1988	8 bis 19
 Verzeichnis der Schaubilder	
	Seite
Entwicklung des Bruttosozialprodukts	6
Arbeitsmarkt	7
Reale Entwicklung des Außenwertes der D-Mark	13
Steuertarif 1981, 1986, 1988 und 1990	17
Einfluß von Inlandsnachfrage und Außenbeitrag auf das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts	34
Preise	36
Anteil der Sektoren an der Wertschöpfung	38

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1988 vor.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 StWG der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungen für 1988 zur Verfügung. Sie sollten auch bei den preis- und einkommensrelevanten Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405 a der Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat am 23. November 1987 sein Jahresgutachten 1987/88 (JG) vorgelegt, das den Titel „Vorrang für die Wachstumspolitik“ trägt. Die Bundesregierung dankt dem Rat für seine eingehende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im abgelaufenen Jahr und der Aussichten für 1988 ebenso wie für seine Darlegungen zu zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft sowie im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert.

A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1988

I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage

1. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland geht in ihr sechstes Jahr. Nach übereinstimmender Ansicht aller Experten bestehen gute Chancen, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung auch 1988 weiter erhöht wird.

Das abgelaufene Jahr war wirtschaftlich kein leichtes Jahr; es bedeutete nach den Worten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einen harten Test für die konjunkturellen Antriebskräfte (Ziffer 58 JG). Insbesondere der sich in den ersten Monaten fortsetzende Kursverfall des US-Dollars brachte starke Belastungen. Bis zum Frühjahr 1987 hatte sich die D-Mark gegenüber dem US-Dollar innerhalb von nur zwei Jahren um rund 90 v.H. aufgewertet. Damit waren viele deutsche Unternehmen unerwartet einem sehr scharfen Wettbewerb im Ausland, aber auch auf den heimischen Märkten ausgesetzt. Dies machte erhebliche Anpassungsprozesse in den inländischen Produktionsstrukturen erforderlich, die nicht ohne vorübergehende Wachstumseinbußen blieben. Infolgedessen geriet der Anstieg des Bruttosozialprodukts im Winterhalbjahr 1986/87 — zusätzlich belastet durch einen außergewöhnlich strengen Winter — zeitweilig ins Stocken. Bereits im Frühjahr gewannen indessen die Auftriebskräfte wieder die Oberhand. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch solide öffentliche Finanzen, relativ niedrige Zinsen und anhaltende Stabilität des Preisniveaus. Die deutsche Wirtschaft hat damit bewiesen, daß ihre Konstitution gefestigt ist und sie auch starken Belastungen standhalten kann.

2. In den letzten Jahren hat die Bundesregierung wichtige Weichen für eine dauerhafte Festigung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung gestellt. Auf ihren Vorschlag hin haben die gesetzgebenden Körperschaften bereits 1985 eine erhebliche Senkung der Lohn- und Einkommensteuer beschlossen, deren zweite Stufe Anfang 1988 in Kraft getreten ist.

Als Beitrag zu einer international abgestimmten Wirtschaftspolitik, wie sie im sogenannten Louvre-Abkommen im Februar 1987 von den Regierungen der sechs größten westlichen Industriestaaten vereinbart worden war, ist inzwischen das für 1988 vorgesehene Entlastungsvolumen — im Vorgriff auf die für 1990 vorgesehene umfassende Steuerreform — um rund 5 Mrd DM aufgestockt worden, so daß der Gesamtbeitrag der Entlastung jetzt fast 14 Mrd DM beträgt. Die Steuerreform 1990 wird in zwei Jahren eine weitere beträchtliche Nettoentlastung von Bürgern und Unternehmen bringen. Insgesamt führen die steuerlichen Maßnahmen zu jährlichen Steuersenkungen von netto rd. 50 Mrd DM, das entspricht etwa 2 1/2 v.H. des Bruttosozialprodukts.

Mit der Steuerpolitik der Bundesregierung, insbesondere der geplanten großen Steuerreform, werden die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven auf Dauer verbessert, indem das Steuersystem gerechter und leistungsfreundlicher gestaltet und die Dynamik der Wirtschaft entscheidend gestärkt wird. Auch der Sachverständigenrat (Ziffer 265 JG) und die Wirtschaftsforschungsinstitute halten die vorgesehene Steuerreform sowie den damit verbundenen Abbau von Steuervergünstigungen in ihrer Grundstruktur für einen richtigen Schritt zur Förderung von Leistungs- und Risikobereitschaft in der Wirtschaft. Außerdem wird durch die steuerlichen Entlastungen die inländische Nachfrage erheblich gestärkt. Damit wird zugleich die notwendige Verlagerung der Wachstumsimpulse von der Außenwirtschaft zur Binnennachfrage gefördert und der Abbau der internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte unterstützt. Die Bundesrepublik Deutschland entspricht so auch ihrer weltwirtschaftlichen Verantwortung.

3. Infolge der Turbulenzen an den Finanzmärkten seit Herbst letzten Jahres und aufgrund des nach einer längeren Stabilisierungsphase wieder unter Druck geratenen Dollar-Kurses sind freilich erhebliche neue außenwirtschaftliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft entstanden. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat darauf — wie es für diesen Fall bereits im letzten Jahreswirtschaftsbericht (Ziffer 12) angekündigt worden war — flexibel reagiert und im Rahmen ihrer mittelfristig angelegten Strategie zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums beschlossen. Die Deutsche Bundesbank hat gleichzeitig die Leitzinsen auf einen historischen Tiefstand abgesenkt. Mit diesen Maßnahmen leistet die Bundesrepublik Deutschland zugleich einen weiteren Beitrag für eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik zwischen den großen westlichen Industrieländern, wie sie insbesondere in der Erklärung der Siebenergruppe vom 23. Dezember 1987 bekräftigt und weiterentwickelt worden ist. Sie wirkt so mit, das Vertrauen auf den Finanz- und Devisenmärkten wieder zu festigen.

4. Gemessen an den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes war das Jahr 1987 für die deutsche Wirtschaft insgesamt zwar ein schwieriges, aber kein schlechtes Jahr, insbesondere wenn man die unerwartet starken außenwirtschaftlichen Belastungen in Rechnung stellt:

Das Wachstum der Wirtschaft setzte sich weiter fort; das Bruttosozialprodukt nahm im Jahresdurchschnitt real um 1,7 v.H. zu. Dabei standen einem Anstieg der Inlandsnachfrage um etwa 3 v.H. deutlich dämpfende Einflüsse von der Außenwirtschaft gegenüber. Ohne den Rückgang des realen Außenbeitrages hätte sich im vergangenen Jahr das Wachstum des Bruttosozialprodukts rechnerisch auf 2,8 v.H. belaufen.

Das Preisniveau blieb 1987 durch ein hohes Maß an Stabilität gekennzeichnet. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Jahresdurchschnitt nur um 0,2 v.H. über dem Stand des Vorjahres. Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet damit derzeit bei der Preisentwicklung die stabilste Periode seit den fünfziger Jahren. Dies stärkt die Realeinkommen von Arbeitnehmern, Rentnern, Selbständigen und freien Berufen und macht soziale Politik erfahrbarer. Insgesamt sind die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte in den letzten beiden Jahren um rd. 100 Mrd DM gestiegen.

5. Die Arbeitsmarktlage blieb 1987 — nicht zuletzt als Folge der mit dem außenwirtschaftlichen Anpassungsprozeß einhergehenden zeitweiligen Wachstumsabschwächung — unbefriedigend; allerdings konnten in einigen Bereichen wichtige Fortschritte erzielt werden:

- Der Anstieg der Beschäftigung, der seit Herbst 1983 im Gange ist, setzte sich auch im abgelaufenen Jahr fort, allerdings in vermindertem Tempo. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm 1987 im Durchschnitt um 155.000 zu, wobei einem Rückgang der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe ein starker Anstieg im Dienstleistungssektor gegenüberstand. Damit haben im Vergleich zum Tiefpunkt vom Herbst 1983 rund 700.000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz gefunden. Trotz erneut gestiegener außenwirtschaftlicher Belastungen wird nach gemeinsamer Auffassung von Bundesregierung und Sachverständigenrat die Aufwärtstendenz im laufenden Jahr, wenn auch in verhaltenem Tempo, andauern (Ziffer 228 JG).
- Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich 1987 deutlich verbessert. Wenn auch regionale und berufsfachliche Ungleichgewichte fortbestehen, so gab es doch zum ersten Mal seit 1981 zum Stichtag Ende September wieder insgesamt deutlich mehr unbesetzte Stellen als Bewerber um einen Ausbildungsplatz.
- Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist im abgelaufenen Jahr nicht weiter vorangekommen. Die zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten reichten nicht aus, um den Bedarf an Arbeitsplätzen zu decken. Ursache hierfür war insbesondere, daß unter den Frauen der Wunsch, berufstätig zu werden, erneut zunahm. Außerdem ist 1987 die ausländische Erwerbsbevölkerung wieder etwas gestiegen. Dabei waren die Ausländer in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Durchschnitt des Jahres 1987 waren 2,229 Mio Personen als arbeitslos gemeldet; das waren ebenso viele wie 1986.
- Die Jugendarbeitslosigkeit konnte im abgelaufenen Jahr erneut reduziert werden. Sie entwickelte sich damit weiterhin deutlich günstiger als die der abhängigen Erwerbspersonen insgesamt. Hierbei wirkten eine verbesserte Lehrstellensituation und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen positiv zusammen. Die OECD hat kürzlich festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen unter 25 Jahren im Durchschnitt der Mitgliedstaaten 1987

bei 15 v.H. lag, während sie sich in der Bundesrepublik Deutschland von 9 1/2 v.H. im Jahre 1985 über 8 1/2 v.H. im Jahre 1986 auf 7 3/4 v.H. im abgelaufenen Jahr verringert hat.

Globale Bestandsgrößen und ihre Entwicklung vermitteln ein nur unvollkommenes Bild der starken Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt. Im abgelaufenen Jahr meldeten sich rund dreieinhalb Millionen Personen arbeitslos, und für eine ähnlich große Zahl endete die Arbeitslosigkeit. Wenig geändert hat sich an der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit der Personen, die ihre Arbeitslosigkeit beendet haben. Sie lag 1987 wie im Vorjahr bei 6 1/2 Monaten. Aber auch hinter diesem Mittelwert stehen unterschiedliche Entwicklungen im einzelnen. Einer gewissen Verhärtung bei der Langzeitarbeitslosigkeit stand eine schnellere Arbeitsaufnahme bei denjenigen Gruppen gegenüber, die ohnehin nur relativ kurz arbeitslos bleiben. Gleichzeitig bestanden die deutlichen Unterschiede in der Dauer der Arbeitslosigkeit bei Personen mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung fort. Jüngere Arbeitnehmer waren auch 1987 wesentlich kürzer arbeitslos als ältere. Schließlich war erneut ein beträchtlicher Unterschied zwischen den Regionen zu verzeichnen. In Bundesländern mit gravierenden sektoralen Problemen — zu nennen sind hier insbesondere Kohlebergbau, Stahlerzeugung und Werften — kam es zu einem leichten Anstieg der Arbeitslosenquote, während diese in anderen Regionen unverändert blieb oder sogar zurückgegangen ist.

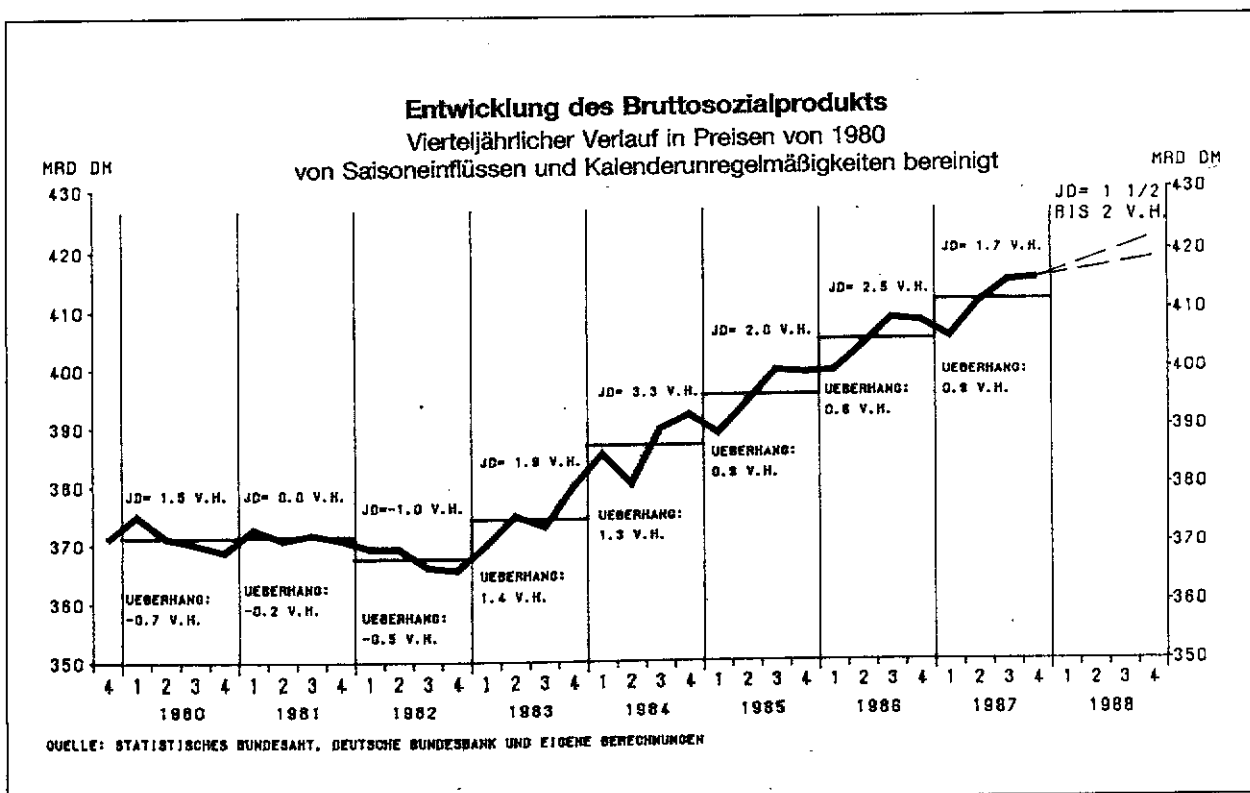
6. Die außenwirtschaftliche Bilanz stand im Zeichen der Anpassung der deutschen Wirtschaft an veränderte weltwirtschaftliche Rahmendaten. Real ist schon seit 1985 eine klare Tendenz zu einem Abbau der Überschüsse im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr zu verzeichnen. So sind die realen Wareneinfuhren mit + 5 1/2 v.H. fast doppelt so stark gestiegen wie das Ausfuhrvolumen. Dementsprechend ist der reale Überschuß in der Handelsbilanz deutlich zurückgegangen. In den nominalen Salden wurde dieser notwendige Prozeß — vor allem Wechselkursbedingt — durch im Jahresdurchschnitt weiter stark rückläufige Einfuhrpreise jedoch zunächst noch überlagert. Im Laufe des Jahres trat der Anpassungsprozeß aber auch hier zutage. Während die Leistungsbilanz im ersten halben Jahr 1987 noch um 4 Mrd DM über dem entsprechenden Vorjahresergebnis lag, blieb der Leistungsbilanzüberschuß im zweiten Halbjahr um 7 Mrd DM hinter dem vergleichbaren Vorjahresstand zurück. Im gesamten Jahr belief er sich auf 79 1/2 Mrd DM und war damit trotz abermals stark gesunkener Einfuhrpreise um 3 Mrd DM niedriger als ein Jahr zuvor.

7. Angesichts der Entwicklungen auf den Finanz- und Devisenmärkten seit Herbst letzten Jahres kommt es — entsprechend den auf den Konferenzen der Staats- und Regierungschefs der sieben größten westlichen Industriestaaten gefaßten Beschlüssen — darauf an, das Vertrauen in eine berechenbare Wirtschaftspolitik zu stärken. Die Bundesregierung und der Sachverständigenrat sind zuversichtlich, daß diese Aufgabe lösbar ist (Ziffer 197 JG). Mit ihrer

Erklärung vom 23. Dezember 1987 haben die Regierungen der sieben größten westlichen Industrieländer ihre Überzeugung bekräftigt, daß die grundlegenden Ziele und die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik, wie sie in der Louvre-Vereinbarung niedergelegt wurden, weiterhin gültig bleiben und für eine positive Entwicklung der Weltwirtschaft sorgen werden.

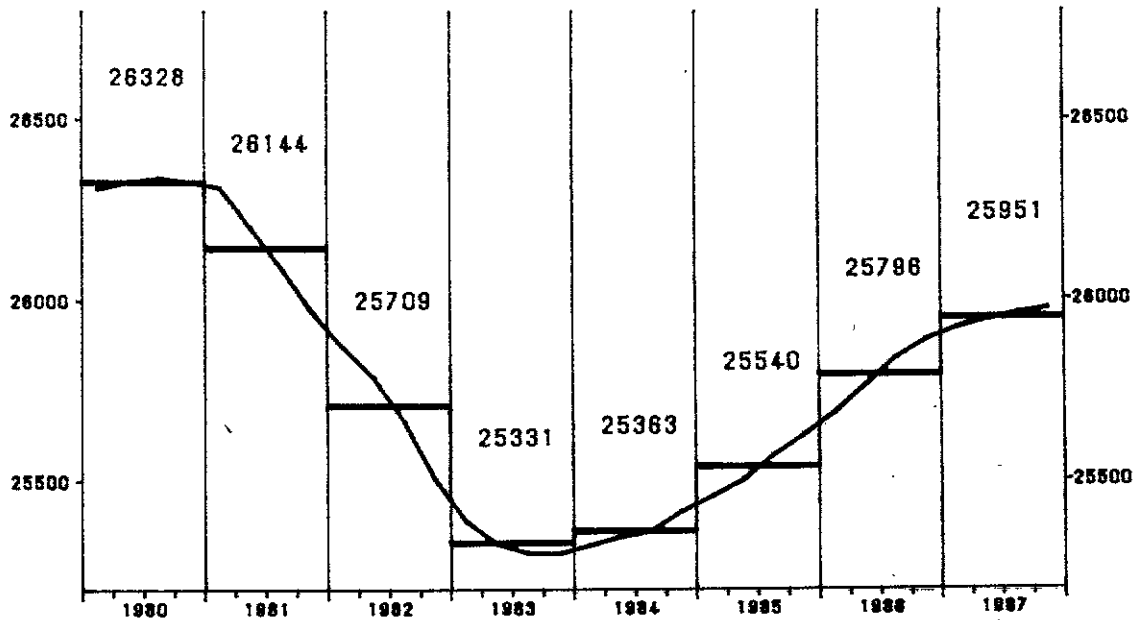
Auch 1988 werden die Bemühungen um eine Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik im Rahmen der auf dem Wirtschaftsgipfel in Venedig bestätigten Abmachungen fortgesetzt werden. Mit den eingeleiteten Schritten zur Begrenzung der öffentlichen Neuverschuldung in den Vereinigten Staaten, den abgestimmten europäischen Zinssenkungen und den deutschen Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums wurde inzwischen ein Beitrag für eine Sta-

bilisierung des Vertrauens auf den Aktien- und Devisenmärkten geleistet. Ein weiteres Absinken des Dollarkurses würde dagegen voraussichtlich die Probleme aller Beteiligten verschärfen, zumal die Handelsströme erst mit Verzögerung auf Wechselkursveränderungen reagieren. Ein anhaltendes Gefälle in der Binnennachfrage zwischen Überschuß- und Defizitländern bei stabileren Wechselkursen, verbunden mit einer fortschreitenden Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Defizitländer, wird dagegen den Abbau der internationalen Ungleichgewichte fördern und dies auch in den nominalen Leistungsbilanzsalden zunehmend sichtbar machen. Wichtig ist, daß nicht nur einige, sondern alle anderen Industrieländer sowie die Schwellenländer darauf hinwirken, daß die starken Ungleichgewichte in der Welt korrigiert werden.

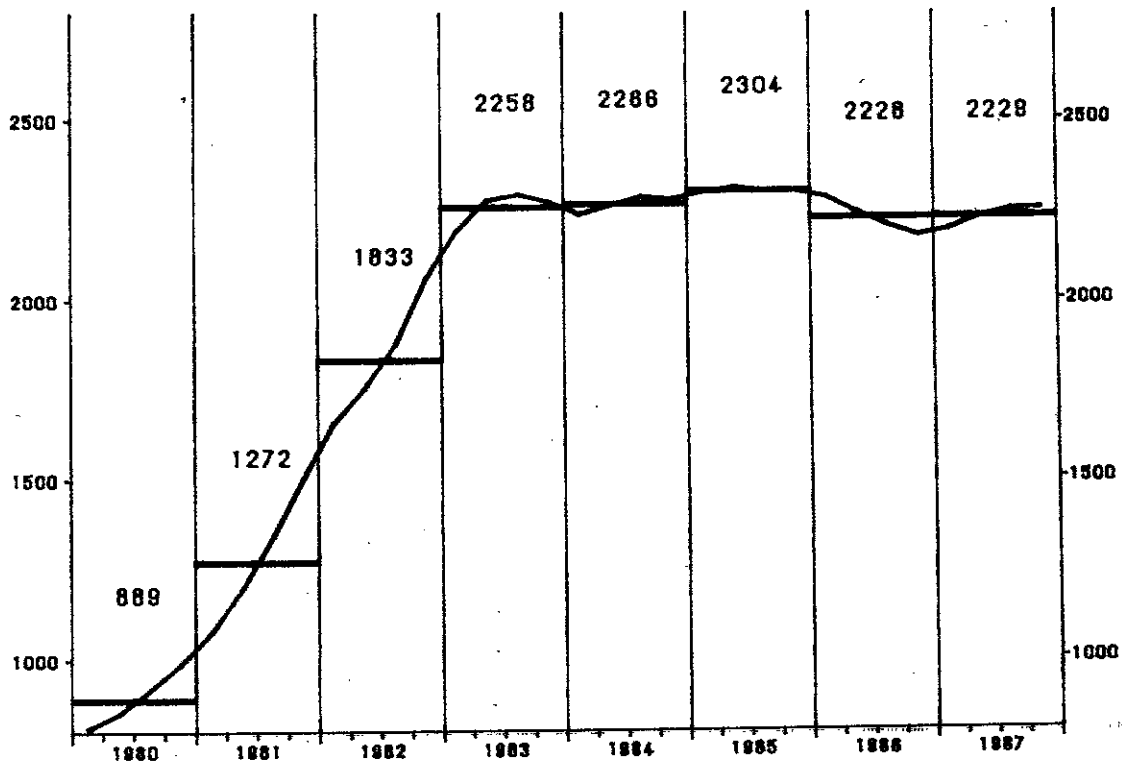


Arbeitsmarkt in 1000

ERWERBSTÄTIGE



ARBEITSLOSE



QUARTALSERGEBNISSE (SAISONBEREINIGT) UND JAHRES DURCHSCHNITTE.

QUELLE: BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, DEUTSCHE BUNDESBANK, STATISTISCHES BUNDESAMT.
1987: BISHER IST FÜR DIE ERWERBSTÄTIGEN NUR DAS JAHRESERGEBNIS VERFÜGBAR.
QUARTALSVERLAUF: FUER ERWERBSTÄTIGE EIGENE SCHÄTZUNG

II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte

8. Die gegen Ende des vergangenen Jahres eingetretene weitere Veränderung des außenwirtschaftlichen Datenkranzes wird zu einer Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozesses führen. Bei verantwortungsbewußtem Verhalten aller hält die Bundesregierung 1988

- die Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses,
- weitere Fortschritte bei der Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten,
- die Sicherung der hohen Kaufkraft der Einkommen durch einen weiterhin stabilen Geldwert
- und eine spürbare Rückführung auch der nominalen außenwirtschaftlichen Überschüsse

für erreichbar.

Im einzelnen strebt die Bundesregierung angesichts der um den Jahreswechsel erkennbaren Ausgangslage und der vorhandenen Informationen über die sich abzeichnenden Tendenzen für 1988 eine Entwicklung an, die gekennzeichnet ist durch

- ein sich fortsetzendes Wirtschaftswachstum, so daß das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt real sein Vorjahresniveau um 1 1/2 bis 2 v.H., d.h. etwa in der gleichen Größenordnung wie 1987, übertreffen wird;
- eine Fortsetzung des Beschäftigungsanstiegs, der zu einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um bis zu 1/2 v.H. führt. Die Arbeitslosenquote dürfte mit rd. 8 v.H. aller Erwerbspersonen bzw. rd. 9 v.H. der unselbstständigen Erwerbspersonen den Vorjahresstand im Durchschnitt leicht übertreffen;
- die Bewahrung eines hohen Maßes an Preisstabilität, wobei die Verbraucherpreise ihr durchschnittliches Vorjahresniveau um nicht mehr als 1 v.H. überschreiten;
- einen Beitrag zum Abbau der internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte durch eine erneute starke Rückführung des realen Außenbeitrags um 1/2 bis 1 v.H. des Bruttosozialprodukts, das sind mindestens 10 Mrd DM. Nominal dürfte der Außenbeitrag auf rd. 5 v.H. und der Leistungsbilanzüberschuß auf rd. 3 1/2 v.H. des Bruttosozialprodukts zurückgehen.

Die erwarteten Ergebnisse für die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Größen bewegen sich unter Berücksichtigung der üblichen Unsicherheitsmargen solcher gesamtwirtschaftlichen Rechenwerke im Rahmen der jüngsten Prognosen von Forschungsinstituten, Sachverständigenrat und internationalen Organisationen, die für das reale Wirtschaftswachstum zwischen 1 und 2 v.H. liegen.

Die Eckwerte der Bundesregierung stellen durchaus ehrgeizige Orientierungsmarken dar. Für ihre Erreichung bedarf es eines daran ausgerichteten Handelns der Gesamtheit der Marktteilnehmer, seien es Ver-

braucher, Investoren, Tarifvertragsparteien oder staatliche Stellen.

Die der Jahresprojektion zugrundegelegten welt- und binnenwirtschaftlichen Bedingungen sind im einzelnen in Anlage B dargestellt.

Fortsetzung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung

9. Es ist dem Sachverständigenrat zuzustimmen, wenn er die Bedeutung und die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums für den Abbau der Arbeitslosigkeit, für die Reduzierung der internationalen Ungleichgewichte, für den Umweltschutz und als Grundlage der sozialen Sicherung betont (Ziffer 246 JG). Die Bundesregierung begrüßt es, daß der Rat gerade in einer Zeit geringer gewordener Wachstumsraten die eigentlichen Quellen des Wirtschaftswachstums, nämlich die Anstrengungen zur Erzielung höherer Realeinkommen, um sich mehr Wünsche erfüllen zu können, in Erinnerung ruft (Ziffer 247 JG).

Wie der Rat sieht auch die Bundesregierung keine überzeugenden Gründe, daß es als Folge der Vorgänge auf den Aktien- und Devisenmärkten zu einer Rezession kommen wird (Ziffer 185 JG). Sie hält eher eine günstigere Entwicklung für möglich, als sie der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten erwartet, zumal sie im Rahmen ihrer mittelfristig angelegten Wirtschafts- und Finanzpolitik mit den „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums“ vom 2. Dezember 1987 auf die von den Turbulenzen möglicherweise ausgehenden wachstumsdämpfenden Einflüsse reagiert hat. Dies hat zusammen mit den Maßnahmen der Deutschen Bundesbank, mit denen sie die Tendenzen zu wieder niedrigeren Marktzinsen unterstützt, die Voraussetzungen für eine anhaltend kräftige Zunahme der Binnennachfrage verbessert.

Andererseits muß auch gesehen werden, daß die von der Außenwirtschaft ausgehenden Friktionen, die mit den starken Veränderungen des Wertes des US-Dollars einhergehen, das Wirtschaftswachstum insgesamt belasten; so daß sich der Wachstumstrend vorübergehend 1988 abflachen dürfte. In der Tat können in einer so stark vom Außenhandel abhängigen Wirtschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland starke Veränderungen der wichtigsten internationalen Schlüsselwährung nicht ohne Einfluß auf die realen Güterströme und das Verhalten von Investoren und Verbrauchern bleiben. Diese Einflüsse können auch nicht von der staatlichen Wirtschaftspolitik überspielt werden, erfordern aber umso mehr, daß ihr Kurs verläßlich, stetig und in sich stimmig ist und so zur Vertrauensstabilisierung beiträgt.

Wenn die Bundesregierung der Auffassung ist, daß mit 1 1/2 bis 2 v.H. ein Wachstum im oberen Bereich des derzeitigen Prognosespektrums zu erwarten ist, so erkennt sie dabei keineswegs die Risiken, die vor allem nach den Turbulenzen auf den Aktien- und Devisenmärkten zusätzlich entstanden sind. Diese könnten insbesondere dann eintreten, wenn es zu neuen Unruhen auf den Devisenmärkten kommen sollte. Die Bundesregierung weist andererseits darauf hin, daß die Folgen der Ereignisse an den Aktienmärkten auf die reale Wirtschaft vielfach übertrieben

einseitig und unvollständig dargestellt werden. Es gibt keine ökonomische Gesetzmäßigkeit oder Zwangsläufigkeit, daß die reale Wirtschaft den oftmals von ihr losgelösten Entwicklungen auf den Aktienmärkten folgt. Dies zeigen eindeutig die Erfahrungen. Kompensierende Einflüsse, z.B. bei der Zins- und Preisentwicklung, die dem Wachstum ihrerseits Impulse verleihen, sollten in ihrer Bedeutung nicht zu gering geschätzt werden. Direkte Auswirkungen der Aktienkursverluste auf Verbrauchs- und Investitionsneigung dürften bei der Anlage- und Finanzierungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, wenn überhaupt, allenfalls geringfügig zu Buche schlagen. Dies gilt in jedem Fall dann, wenn die wirtschaftspolitischen Akteure im privaten wie im staatlichen Bereich nicht falsch reagieren. Ernster zu nehmen sind dagegen die Risiken, die sich aus dem erneuten starken Kursrückgang des US-Dollars für die deutschen Ausfuhren und das Investitionsverhalten ergeben können. Sofern sich die Wechselkurse jedoch wieder stabilisieren, dürften von der Auslandsnachfrage 1988 – wenn auch unterdurchschnittliche – Wachstumsimpulse zu erwarten sein.

In einer stark weltwirtschaftlich verflochtenen Volkswirtschaft können gedämpfte Exporterwartungen und gewachsene Unsicherheit über die Wechselkursentwicklung nicht ohne Einfluß auf die Inlandsnachfrage bleiben. Beschäftigung, Einkommen, Verbrauchsneigung, Erträge und damit insbesondere die Investitionsbereitschaft sind hier in hohem Maße von der Entwicklung der für die Ausfuhr bestimmten Produktions- und Dienstleistungsaktivitäten abhängig. Dennoch bestehen gute Aussichten, daß die Inlandsnachfrage auch 1988, wie schon in den beiden Jahren zuvor, real wieder recht kräftig steigt und damit das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Produktionsausweitung übertrifft. Die Hauptimpulse dürften weiterhin vom Privaten Verbrauch ausgehen. Eine deutliche Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die alleine durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Steuersenkung um rd. 1 v.H.-Punkt beschleunigt wird, ist dafür eine gewichtige Grundlage. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen um gut 50 Mrd DM zunehmen. Dieser Anstieg der Nominaleinkommen dürfte auch 1988 durch Preissteigerungen nur geringfügig geschmälert werden; der Einkommensanstieg schlägt also auch real weitgehend zu Buche. Bei hoch bleibender Konsumneigung kann die reale Verbrauchszunahme damit etwa so hoch ausfallen wie im Vorjahr.

Jüngste Umfrageergebnisse signalisieren auch für 1988 einen weiteren Anstieg der privaten Unternehmensinvestitionen, wenn auch im Bereich des Produzierenden Gewerbes in einem im Vergleich zu den Vorjahren gemäßigteren Tempo. Hieran hat sich offenbar auch im Gefolge der Aktien- und Devisenmarkturbulenzen nur wenig geändert, wie entsprechende Erhebungen ergeben haben. Ein noch günstigeres Bild vermitteln die Auftragseingänge für Ausrüstungsgüter in wichtigen Investitionsgüterindustrien wie dem Maschinenbau und der elektrotechnischen Industrie; sie waren im 2. Halbjahr 1987 saisonbereinigt deutlich höher als im vorangegangenen Halbjahr. Einmal sprechen die Ertragslage und die Kostensitua-

tion für ein weiterhin günstiges Investitionsklima. Die zuletzt wieder deutlich gesunkenen Zinsen erleichtern die Investitionsfinanzierung. Die niedrigere Rendite für Finanzanlagen könnte die Neigung zu Investitionen in Sachanlagen weiter verstärken. Im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen werden die im Rahmen der „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums“ aufgestockten zinsgünstigen Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau investitionsfördernd wirken. Aber nicht nur die Investitionsmöglichkeiten sind weiterhin günstig; auch die Notwendigkeit zur Erhaltung eines hohen Investitionsniveaus ist angesichts der verschärften Wettbewerbsbedingungen noch größer geworden. Zu beachten ist ferner, daß die Deutsche Bundespost ihre Investitionsausgaben weiter beträchtlich aufstocken wird.

Stützend für das Wachstum der Inlandsnachfrage wird sich voraussichtlich die Wohnungsbautätigkeit auswirken.

Mit dem Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau für kommunale Investitionen können die Gemeinden ein attraktives Angebot zinsgünstiger Investitionsdarlehen nutzen. Die Bundesregierung erwartet, daß von diesem Angebot reger Gebrauch gemacht wird, so daß insgesamt mit einem leichten Anstieg der öffentlichen Investitionen gerechnet werden kann.

Trotz zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten schwierige Arbeitsmarktlage

10. Das für dieses Jahr erreichbar erscheinende Wirtschaftswachstum ist bei den gegebenen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt zwar voraussichtlich kräftig genug, die Fortdauer des Beschäftigungsanstiegs im Ganzen zu sichern. Es dürfte aber nicht ausreichen, kurzfristig größere Fortschritte beim Schließen der Lücke zwischen Beschäftigungswünschen und Beschäftigungsmöglichkeiten zu erzielen. Da das Wirtschaftswachstum 1988 in erster Linie von den arbeitsintensiven Dienstleistungsbereichen getragen wird, ist die „Beschäftigungsschwelle“ des Wachstums inzwischen allerdings niedriger anzusetzen, als vielfach angenommen wird. Die Bundesregierung stimmt insofern den Ausführungen des Sachverständigenrates zu (Ziffer 246 JG). In den Dienstleistungsbereichen könnte die Beschäftigungszunahme etwa im bisherigen Ausmaß fortauern. Die verhaltene Produktionsentwicklung in vielen Industriezweigen und nicht zuletzt die bisher hinausgeschobene, aber unvermeidliche Anpassung des Personals im Montanbereich dürften im Produzierenden Gewerbe einen rückläufigen Beschäftigungsstand zur Folge haben. Insgesamt wird daher der Beschäftigungszuwachs deutlich geringer sein als im letzten Jahr.

Die Zunahme des Arbeitskräfteangebots, die in hohem Maße mit dem Altersaufbau der Bevölkerung zusammenhängt, wird 1988 niedriger ausfallen als in den letzten Jahren; die Bundesregierung geht von einem Zuwachs um rd. 120 Tsd. aus. Da sich aber voraussichtlich die zusätzliche Arbeitskräftenachfrage ebenfalls abschwächen wird, werden die Arbeitsmarktp Probleme eher größer. Inwieweit sich dies in einer Änderung der statistisch meßbaren Erwerbsbe-

teilung einerseits und der registrierten Arbeitslosigkeit andererseits niederschlagen könnte, ist nur im Rahmen einer breiten Unsicherheitsspanne abschätzbar. Aufgrund der ungünstigeren Ausgangslage — Ende letzten Jahres lag die Arbeitslosenzahl um rd. 90 Tsd. höher als ein Jahr zuvor — ist nicht auszuschließen, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1988 leicht höher ausfällt als im Vorjahr und sich bei rd. 26 Millionen Erwerbstätigen auf 2 1/4 Millionen belaufen könnte. Im Jahresverlauf dürften sich allerdings wieder leichte Entspannungstendenzen bei der Arbeitslosigkeit durchsetzen.

Es ist dem Sachverständigenrat zuzustimmen, daß das derzeitige gesamtwirtschaftliche Expansionstempo nicht ausreicht, die Arbeitsplatzlücke zu schließen (Ziffer 228 JG). Dies unterstreicht die Notwendigkeit, mehr in die Erweiterung des Kapitalstocks zu investieren, um mittelfristig mehr Arbeitsplätze zu schaffen und das Wachstum beschäftigungsintensiver zu gestalten.

Sicherung einer hohen Kaufkraft der Einkommen durch weiterhin stabilen Geldwert

11. Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung mancher Beobachter, wonach die starke Ausweitung der Geldmenge in der jüngeren Vergangenheit eine akute Inflationsgefahr darstellt. Sie sieht vielmehr gute Gründe für eine weiterhin günstige Preisentwicklung, wenn sich alle Akteure bei ihren Entscheidungen mit wirtschaftspolitischer Tragweite bewußt sind, was stabiles Geld für die Kaufkraft der Einkommen bedeutet (Ziffer 238 JG). Selbst wenn man berücksichtigt, daß rückläufige Einfuhrpreise in den beiden letzten Jahren ein außergewöhnliches Maß an Preisniveaustabilität begünstigt haben, wäre ohne ein an einem stabilen Geldwert ausgerichtetes Verhalten der im Inland wirtschaftspolitisch Verantwortung tragenden Gruppen und Institutionen ein so großer Stabilitätserfolg nicht zu erzielen gewesen.

Für die Erhaltung eines günstigen Preisklimas in der Bundesrepublik Deutschland ist es wichtig, daß z.B. die Tarifvertragsparteien bei ihren einkommensrelevanten Entscheidungen und die Unternehmen bei ihren Preisforderungen keine stärkere Geldentwertung einkalkulieren. Es ist dem Sachverständigenrat zuzustimmen, daß in diesem Zusammenhang möglichst stabiler Lohnstückkosten eine besondere Bedeutung zukommt, weil stabile Lohnstückkosten und stabiler Geldwert sich gegenseitig weitgehend bedingen (Ziffer 238 JG). Die Lohnstückkosten steigen zwar nach der Projektion auch 1988 weiter, ihre Ausweitung dürfte jedoch insgesamt verhältnismäßig niedrig ausfallen. Stärkere Preisanhebungen sind auch aufgrund des intensiven Wettbewerbs nicht sehr wahrscheinlich. Da auf absehbare Zeit aufgrund der Angebotsbedingungen auf den Weltrohstoffmärkten und angesichts der Wechselkursituation auch die außenwirtschaftliche Flanke des inneren Geldwertes abgesichert erscheint, wird 1988 ein Jahr hoher Preisstabilität bleiben. Die Kaufkraft der steigenden Einkommen von Arbeitnehmern, Selbständigen und Rentnern wird dadurch gestärkt. Unter Berücksichtigung der

günstigen Ausgangslage dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt auf rd. 1 v.H. begrenzt bleiben.

Rückführung der außenwirtschaftlichen Überschüsse

12. Der Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte wird durch die absehbare gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr weiter unterstützt. So wird sich 1988 der reale Außenbeitrag gegenüber 1985 voraussichtlich mehr als halbiert haben. Rechnerisch, d.h. ohne die davon ausgehenden Auswirkungen auf die Inlandsnachfrage, bedeutet dies eine Minderung des realen Sozialproduktwachstums um kumuliert 3 Prozent-Punkte. Dies zeigt, daß in einer stark außenwirtschaftlich abhängigen Wirtschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig angemessenes Wirtschaftswachstum und Verminderung außenwirtschaftlicher Überschüsse nur in gewissen Grenzen möglich sind.

Daß die kräftige Rückführung der realen Überschüsse bisher nur wenig Wirkung bei den nominalen Größen zeigte, war nicht auf inländische Gründe zurückzuführen, wie auch der Sachverständigenrat betont. Ursächlich hierfür waren in erster Linie vielmehr die Effekte, die von der Höherbewertung der D-Mark auf die Einfuhrpreise ausgingen (Ziffer 239 JG). Jeder weitere Kursanstieg der D-Mark verzögert im übrigen den angestrebten Abbau des Ungleichgewichts in der nominalen Leistungsbilanz.

Wie schon in den beiden Vorjahren wird die Endnachfrage und hier insbesondere die Inlandsnachfrage real stärker als das Bruttosozialprodukt zunehmen. Das bedeutet zugleich, daß ein wachsender Anteil der im Inland wirksam werdenden Nachfrage nicht durch eine Ausweitung der inländischen Produktion, sondern durch Importe befriedigt wird. Von der Wirtschaftstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland gehen damit abermals mehr Produktions- und Beschäftigungsimpulse auf die Handelspartnerländer aus, als von dort empfangen werden.

Ausgewogene Einkommensentwicklung

13. Die vorgenannten Eckwerte für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Preisentwicklung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht erfordern situationsgerechte einkommenspolitische Entscheidungen der autonom handelnden Tarifvertragsparteien. Der derzeitigen Situation angemessen wären nach der Jahresprojektion Entscheidungen, die einerseits die Inlandsnachfrage insgesamt stützen, andererseits aber die Kosten- bzw. Gewinn-Erlös-Relation in der Wirtschaft (Ziffern 164 ff. JG) möglichst nicht verschlechtern. Diesen Anforderungen würden die Tarifvertragsparteien einmal dann Rechnung tragen, wenn sie sich bei ihren einkommenspolitischen Entscheidungen primär am zu erwartenden Produktivitätszuwachs orientieren. Hiermit wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine möglichst große Stabilität der Lohnstückkosten erfüllt (Ziffer 238 JG). Zugleich würde dies zur Zeit bedeuten, daß die nominalen Ver-

einbarungen, jedenfalls zum größten Teil, auch real gelten. Zum anderen sollten die Tarifvertragsparteien bei der Aufteilung des Verteilungsspielraums auf Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen bedenken, daß der Beschäftigungseffekt einer Verkürzung der Arbeitszeit bei rückläufiger Tendenz zu Überstundentätigkeit und steigender Kurzarbeit erheblich geringer als sonst ist. Der Verteilungsspielraum sollte daher primär für Einkommensverbesserungen genutzt werden. Außerdem muß beachtet werden, daß neue Investitionen nur dann im beschäftigungspolitisch erwünschten Ausmaß vorgenommen werden, wenn diese sich rentieren; ein Druck auf die Unternehmenserträge durch zu hohe Lohnkosten würde dem mit Sicherheit entgegenstehen. Dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst kommt in diesem Jahr eine besondere Bedeutung zu. Generell ist auch zu beachten, daß eine stärkere Differenzierung der Lohnabschlüsse nach Qualifikationen, Branchen und Regionen zur Verbesserung der Beschäftigungslage beiträgt (vgl. Ziffer 33).

Unter Berücksichtigung der bestehenden Marktunvollkommenheiten, der bereits getroffenen Entscheidungen und der in Ziffer 33 näher dargelegten Notwendigkeiten könnte eine Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer um 2 1/2 bis 3 v.H. in etwa den wachstums- und beschäftigungspolitischen Orientierungen der Jahresprojektion entsprechen, wobei dies nicht mit den Tariflohnsatzerhöhungen zu verwechseln ist. Rechnet man den erwarteten Beschäftigungsanstieg und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber hinzu, würde dies auf eine Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 3 bis 3 1/2 v.H. hinauslaufen. Mit der gleichen Rate könnte dann die Summe der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ansteigen. Die Verteilungspositionen der Primäreinkommen blieben damit stabil. Stützung der Verbrauchsnachfrage, Erhaltung guter Investitions- und Beschäftigungsbedingungen und ein hohes Maß an Geldwertstabilität könnten unter diesen Umständen gleichzeitig erreicht werden.

B. Mit der Sozialen Marktwirtschaft neue Herausforderungen meistern

I. Deutsche Wirtschaftspolitik in einem sich rasch verändernden weltwirtschaftlichen Umfeld

1. Die internationale Herausforderung annehmen

14. Der von der Bundesregierung seit Herbst 1982 verfolgte wirtschaftspolitische Kurs Sozialer Marktwirtschaft hat die Konstitution der deutschen Wirtschaft gefestigt. Darauf weist auch der Sachverständigenrat hin (Ziffer 232 JG). Gleichzeitig haben die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den In- und Auslandsmärkten gestärkt. Das gesamtwirtschaftliche Angebot von Gütern und Dienstleistungen hat sich in seiner Qualität verbessert und ist größer geworden. Der Einsatz umweltfreundlicher Produktionsverfahren hat stärkeres Gewicht bekommen. Die robustere Verfassung der Wirtschaft hat bewirkt, daß sich trotz hoher außenwirtschaftlicher Belastungen ihre Aufwärtsentwicklung – nach kurzer Unterbrechung – im Laufe des Jahres 1987 wieder durchgesetzt hat.

Zu Beginn des Jahres 1988 steht die Bundesrepublik Deutschland angesichts eines erneut schwieriger gewordenen weltwirtschaftlichen Umfeldes vor einer neuen Bewährungsprobe. Klarheit, Verlässlichkeit und Kontinuität der Wirtschaftspolitik sind um so mehr gefordert, als von der Außenwirtschaft zusätzliche Unsicherheiten für Exporteure und Importeure, Investoren und Verbraucher ausgehen. Die Voraussetzungen, daß die deutsche Wirtschaft diese Situation meistert und trotz erneuter Friktionen auf den für mehr Beschäftigung angestrebten Wachstumspfad einmündet, sind gut. Die stetige marktwirtschaftlich fundierte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung begrenzt die Risiken für die wirtschaftlich Handelnden; sie kann freilich den Bürgern, Unternehmen und Tarifvertragsparteien die Verantwortung für ihre Entscheidungen nicht abnehmen.

In der derzeitigen Situation sieht die Bundesregierung mehr denn je die weitere Stärkung der Wachstumskräfte als ihre vordringliche Aufgabe an. Dies ist der Weg, um die deutsche Wirtschaft gegenüber äußeren Entwicklungen noch widerstandsfähiger zu machen, gleichzeitig die nach wie vor großen Beschäftigungsprobleme weiter schrittweise überwinden zu können wie auch die anderen großen sozialen und gesellschaftlichen Aufgaben zu meistern.

Deutsche Wirtschaftspolitik in Internationaler Verantwortung

15. Die Turbulenzen an den Aktien- und Devisenbörsen haben national und international neue Unsicherheit verbreitet. Befürchtungen, daß sich daraus ein kumulativer Rückgang der Nachfrage, verbunden mit einer generellen Unterauslastung der Kapazitäten,

entwickelt, sind aus heutiger Sicht jedoch nicht gerechtfertigt.

Allerdings schätzt die Bundesregierung die außenwirtschaftlichen Risiken für 1988 höher ein, als dies der Sachverständigenrat zu tun scheint. Deshalb sah sie sich veranlaßt, ihre Politik mit den am 2. Dezember 1987 beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums der neuen Situation anzupassen. Dies bedeutet kein Abgehen von ihrer mittelfristig angelegten Politik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung, sondern eine situationsgerechte Umsetzung konkreter Maßnahmen. Diese sollen vor allem dazu beitragen,

- Klarheit über die Einhaltung des gleichzeitig Leistungsbereitschaft und Nachfrage stärkenden Kurses in der Steuerpolitik zu schaffen,
- prozyklischem Verhalten im öffentlichen und privaten Bereich entgegenzuwirken und
- gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen dort beschleunigt zu verbessern, wo bisher staatliche Regulierungen eine größere Dynamik verhindert haben.

Die Bundesregierung hat so ihre Bereitschaft deutlich gemacht, durch Stärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte einen adäquaten Beitrag zur internationalen wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit zu leisten. Sie wird auch weiterhin alles in ihrer Kraft Stehende tun, um zu einer Stärkung des Vertrauens an den internationalen Märkten und einer größeren Stetigkeit und Stabilität der Wechselkurse beizutragen.

Die Deutsche Bundesbank hat ihrerseits im Rahmen einer konzertierten Zinssenkungsaktion europäischer Notenbanken den Diskontsatz auf 2,5 v.H. und damit auf das bisher niedrigste Niveau gesenkt.

16. Die wachsende gegenseitige Durchdringung der Märkte für Güter, Dienstleistungen und Kapital in der Europäischen Gemeinschaft und weltweit bringt für alle Wohlstandsgewinne, macht aber auch die gegenseitige Abhängigkeit größer. Dem muß die Wirtschaftspolitik in allen Ländern durch eine engere Kooperation Rechnung tragen. Dies sieht die Bundesregierung gegenwärtig wie der Sachverständigenrat (Ziffern 270 ff. JG) als besonders dringlich an. Grundlage einer engeren Kooperation muß ein Konsens über die Ziele Stabilität, stetiges Wachstum und offene Märkte sein. Der Beitrag jedes Landes muß so angelegt sein, daß er überall sowohl zu mehr Wachstum und Beschäftigung als auch zu einem besseren außenwirtschaftlichen Gleichgewicht beiträgt.

Anhaltendes gesamtwirtschaftliches Wachstum liegt im ureigenen Interesse der Bundesrepublik Deutsch-

land. Es ist aber auch erforderlich als Beitrag zur Bewältigung der weltwirtschaftlichen Probleme.

Die Bundesregierung sieht — wie sie bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1987 erklärt hat — in ihrer mittelfristigen, marktwirtschaftlich ausgerichteten Wachstumspolitik den geeignetsten Beitrag für ein längerfristig besseres und ausgewogeneres Wachstum.

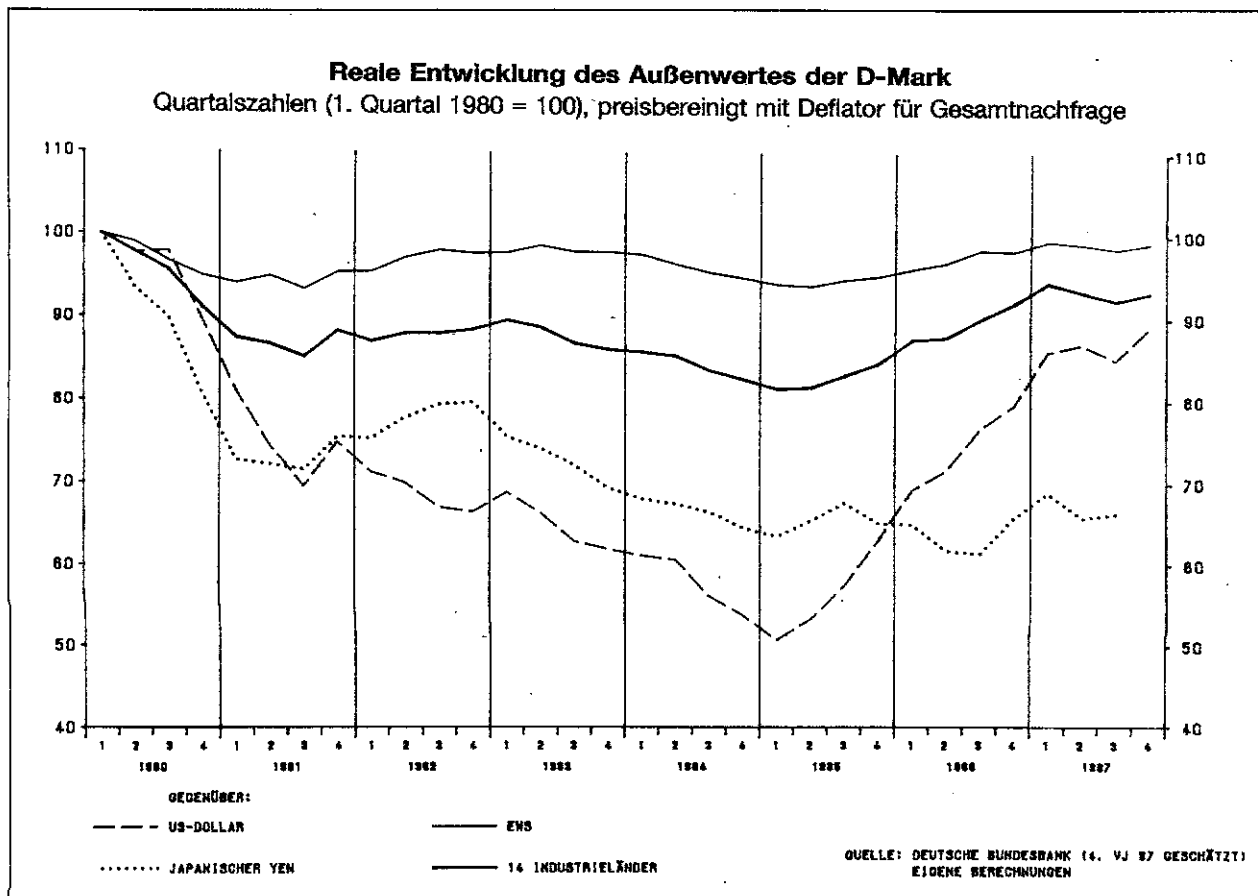
Attraktivität des Produktionsstandorts Bundesrepublik Deutschland erhöhen

17. Größere Freiräume für private unternehmerische Initiative, günstige Rahmenbedingungen für Kapitalbildung und Innovation sowie mehr Flexibilität sind für die Erhaltung der Qualität des Produktionsstandorts Bundesrepublik Deutschland unerlässlich. Dies gilt insbesondere angesichts des sich im größeren EG-Binnenmarkt verstärkenden Wettbewerbs um Investitionen und Produktion.

Ohne Zweifel sind die Exportbedingungen für die weltwirtschaftlich stark verflochtenen deutschen Unternehmen durch den Verfall des Dollarkurses schwieriger geworden. Im Durchschnitt des Monats Dezember 1987 lag der Dollarkurs um rd. 18 v.H. niedriger als zwölf Monate zuvor. Allerdings wurde gleichzeitig die D-Mark gegenüber den Währungen einiger anderer wichtiger Länder, deren Unternehmen im Wettbewerb mit deutschen Anbietern stehen, niedriger bewertet. So hat sich gegenüber der D-Mark der

japanische Yen um fast 4 v.H., das britische Pfund um rd. 4 1/2 v.H. und der Schweizer Franken um fast 3 v.H. aufgewertet. Vor allem auch wegen der großen Stabilität der Kurse im Wechselkursgefüge des Europäischen Währungssystems beträgt die gewogene Aufwertung der D-Mark gegenüber den 14 wichtigsten Industrieländern 3 1/2 v.H. Bei Berücksichtigung unterschiedlicher Preisentwicklungen verringert sich dieser Aufwertungssatz auf nur 1 1/2 v.H. Auch im längerfristigen Vergleich — z.B. gegenüber 1980 — zeigt sich, daß — trotz aller Belastungen — die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure von der Wechselkursseite her keinen Anlaß zu übermäßigem Pessimismus geben sollte. Zu sehen ist auch, daß je nach Abgrenzung nur 10 bis 15 v.H. der deutschen Exporte auf den Dollarraum entfallen. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß sich die Preise vieler eingeführter Rohstoffe und Vorprodukte spürbar ermäßigt haben.

Gerade jetzt, wo es die deutsche Exportwirtschaft im Preiswettbewerb mit ausländischen Anbietern schwerer hat, erweisen sich die nicht-preislichen Wettbewerbsfaktoren wie Qualität der Produkte, Kundendienst, Liefertreue und das Eingehen auf individuelle Kundenwünsche als besondere Stärke. Auch die Breite des im Export angebotenen Sortiments hilft, wechselkursbedingte Erschwernisse abzufangen. Zudem hat sich die Wettbewerbsfähigkeit vieler deutscher Unternehmen mit der Umstellung auf technisch anspruchsvolle Produkte deutlich verbessert.



Sorge bereiten auf der anderen Seite die hohen Lohn- und insbesondere Lohnnebenkosten, eine nach wie vor erhebliche, wenn auch verringerte Steuerbelastung der Unternehmen, aufwendige Regelungen und Verkrustungen vielfältiger Art. Hier sind alle Beteiligten aufgerufen, durch ihr Verhalten den neuen außenwirtschaftlichen Bedingungen Rechnung zu tragen.

Die Bundesregierung sieht es als notwendig an, die Lohnnebenkosten zu begrenzen, die Mobilität und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen und das Angebot von Gütern und Dienstleistungen durch mehr Wettbewerb auf Märkten zu verbessern, die heute noch marktwidrigen Regulierungen unterliegen. Günstige Investitionsbedingungen, ein leistungsfähiges und kostengünstiges Telekommunikationssystem, sowie flexible Nutzungsbedingungen für die vorhandenen Kapazitäten sind hierfür wichtige Beispiele.

Außerdem hält es die Bundesregierung für erforderlich, die Unternehmensbesteuerung langfristig zu reformieren. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmensbesteuerung die Investitionsentscheidungen erheblich beeinflußt und auch in anderen Industrieländern die Steuerbelastung der Unternehmen geringer geworden ist oder weiter zurückgeführt werden soll.

Allerdings muß auch gesehen werden, daß die damit angestrebte Verbesserung der Rahmenbedingungen nur unter Berücksichtigung der haushaltspolitischen Möglichkeiten und des notwendigen Konsenses mit den Betroffenen Schritt für Schritt durchgeführt werden kann.

Strukturwandel als Chance nutzen

18. Die Veränderungen in den Produktions- und Nachfragebedingungen auf den Weltmärkten und im Inland haben beträchtliche Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben nicht zuletzt daher in vielen Unternehmen und Branchen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel geführt und gehen mit schmerzhaften Anpassungsprozessen, Kapazitätsabbau und Beschäftigungseinschränkungen einher. Insbesondere bei Kohle, Stahl und Werften sind diese Anpassungsprobleme in den letzten Jahren härter geworden. Zusätzlich verschärft haben sich die Anpassungsprobleme dort, wo bestimmte Regionen vom Strukturwandel besonders betroffen werden, neue Arbeitsplätze gleichzeitig aber nicht in ausreichendem Umfang geschaffen werden. Dies ist gegenwärtig in besonderer Weise in den angestammten Montanregionen der Fall.

Der Sachverständigenrat hat darauf hingewiesen, daß Marktveränderungen nicht notwendigerweise Wachstumseinbußen bedeuten. Sie bringen nicht nur Anpassungslasten und Umstellungsrisiken, sondern bieten auch Chancen, mit Neuem erfolgreich zu bestehen (Ziffer 251 JG). Die Bundesregierung nimmt die Mahnung des Sachverständigenrates sehr ernst,

daß wachstums- und beschäftigungspolitisch in dieser Hinsicht noch Beträchtliches zu leisten ist (Ziffern 249 ff. JG). Auch unter diesem Gesichtspunkt hat der Bundeskanzler Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen und das Land Nordrhein-Westfalen für den 24. Februar zu einer Montankonferenz nach Bonn eingeladen, um über Wege zur Überwindung der besonderen Schwierigkeiten an Rhein und Ruhr zu sprechen.

Politik zur Bewältigung des Strukturwandels ist wesentlicher Bestandteil der mittelfristigen Politik für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Die Bundesregierung stimmt mit dem Sachverständigenrat darin überein, daß Wirtschaftswachstum und Strukturwandel sich in ihrem Tempo wechselseitig beeinflussen. Ein schwaches Wachstum erschwert die wirtschaftliche Erneuerung, während umgekehrt gilt, daß es einer Wirtschaft, die kräftig wächst, leichter fällt, auf Neues zu setzen, statt an Altem festzuhalten (Ziffer 253 JG). Damit die Umstellung der Wirtschaft auf neue Strukturen ohne übergroße Friktionen für die Beschäftigten gelingt, muß sie deshalb möglichst weitgehend mit einer Ausweitung und qualitativen Verbesserung des deutschen Güter- und Dienstleistungsangebots einhergehen. Dies ist das Ergebnis der Leistung und Anstrengung aller Bürger. Sie werden dann erbracht, wenn die Menschen davon eine weitere Verbesserung der Lebenslage für sich, ihre Familie und die Mitbürger erwarten können.

Der Sachverständigenrat spricht sich zu Recht gegen eine Wirtschaftspolitik aus, die den Wettbewerb hemmt und die Illusion nährt, sie könne Arbeitsplätze gegen den Markt erhalten (Ziffer 252 JG). Auch nach Auffassung der Bundesregierung lassen sich mit mehr staatlichen Eingriffen Beschäftigungsprobleme auf Dauer nicht lösen. Anpassungsprozesse zu verschleppen, nutzt weder den betroffenen Regionen noch der Mehrzahl der Beschäftigten. Erhaltung unwirtschaftlicher Produktion kann Arbeitsplätze nachhaltig nicht sichern, sondern belastet die Entwicklungsmöglichkeiten in marktstarken Bereichen, die über hohe Abgaben die Strukturhaltung mitfinanzieren. Sie behindert so die Schaffung langfristig rentabler Arbeitsplätze in neuen Bereichen der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes. Eine solche Politik läuft Gefahr, Anpassungsprobleme für die Zukunft aufzuhäufen.

Wenn die Wirtschaftspolitik dennoch in ganz speziellen Fällen in den Marktablauf eingreift, so muß sie sorgfältig abwägen zwischen einer vorübergehenden Absicherung gegenüber bruchartigen Entwicklungen mit schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Beschäftigten, Unternehmen und Regionen und den von der Marktentwicklung über kurz oder lang ohnehin gegebenen Notwendigkeiten der strukturellen Anpassung. Die Bundesregierung sieht indessen wie der Rat (Ziffer 253 JG) die Gefahr, daß jeder staatliche Schutz, einmal gewährt, zu einer Dauerhilfe zu werden droht, indem er Unternehmen und Arbeitnehmer verleitet, sich auf eine Anschlußregelung zu verlassen. Die Bundesregierung verfolgt daher — wie im 11. Subventionsbe-

richt dargelegt — grundsätzlich das Ziel, einen solchen Schutz nur vorübergehend und degressiv zu gewähren.

Tempo und Intensität der Strukturanpassung werden nicht zuletzt von der Höhe der Arbeitskosten beeinflußt. Gerade in Unternehmen, Wirtschaftszweigen und Regionen, die mit erheblichen Anpassungsschwierigkeiten zu kämpfen haben, kann deshalb auch durch eine entsprechend differenzierte Tarifpolitik zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie zu einer höheren Attraktivität der Regionen im Strukturwandel beigetragen werden. Wird dies nicht beachtet, vergrößert sich die Gefahr von Strukturverwerfungen mit verstärkter Freisetzung von Arbeitskräften.

19. Die Bundesregierung wird ihre marktwirtschaftliche Politik zur Unterstützung des Strukturwandels weiterführen. Eine Ordnungspolitik, die den Wettbewerb fördert, die Hemmnisse für die Erschließung neuer Märkte abbaut und damit Anreize für private Investitionen und Innovationen verstärkt, eröffnet — auch nach Meinung des Sachverständigenrates (Ziffern 256 ff. JG) — die besten Chancen für mehr Beschäftigung und Wachstum. Die Erfahrung zeigt, daß die Strukturanpassung im Wettbewerb am wirksamsten erfolgt (vgl. Ziffer 48 dieses Berichts).

Der Strukturwandel hängt in erheblichem Maße vom technischen Fortschritt ab. Die Umsetzung naturwissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse sowie neuer Managementmethoden in neue und intelligente Produkte und Produktionsverfahren ist dabei besonders wichtig. Die Geschwindigkeit dieser Umsetzung ist nicht allein eine Funktion neuer Ergebnisse der Forschung, sondern fußt vor allem auch auf der Fähigkeit und Bereitschaft der Menschen, diese Ergebnisse aufzunehmen und zu verarbeiten sowie sich gleichzeitig den dafür erforderlichen Veränderungen anzupassen. Deshalb werden künftig Lernfähigkeit und Weiterbildung immer entscheidender, damit die Chancen des Strukturwandels zum Wohle Aller genutzt werden. Gleichzeitig gewinnen eine Neugestaltung der Arbeitsorganisation in Betrieben und Behörden, andere Arbeitsabläufe, flexiblere Arbeitsbedingungen sowie eine Erweiterung der Möglichkeiten zu selbständigen Tätigkeiten zunehmend an Bedeutung.

Die Erfolge der deutschen Wirtschaft sind in entscheidender Weise auf eine qualifizierte Berufsausbildung und qualifizierte Fachkräfte zurückzuführen. Diese Aufgabe hat in der Vergangenheit das duale System der beruflichen Bildung in ausgezeichneter Weise erfüllt.

Für die Berufsbildung auf betrieblicher Ebene gibt es — neben der auch hier selbstverständlich notwendigen Modernisierung — noch eine zusätzliche Herausforderung, die sich aus der demographischen Entwicklung herleitet. Die geburtenschwachen Jahrgänge werden in den nächsten Jahren Ausbildungsplätze nachfragen. Da ein erheblicher Rückgang der Bewerberzahlen für eine berufliche Ausbildung absehbar ist und sich auch Alter und schulische Vorbildung der Bewerber tiefgreifend verändert haben, wird in Zukunft der Wettbewerb um Lehrlinge sehr

viel intensiver und anspruchsvoller sein. Dies eröffnet die Chance, sich Fragen der Qualität der beruflichen Ausbildung mit größerer Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wegen der sinkenden Geburtenzahlen wird in Zukunft in weit größerem Maße als bisher die Requalifikation der Älteren die Innovationen tragen müssen. Gleichzeitig ist das Wissen derjenigen, die bereits im Erwerbsleben stehen, angesichts der sich rasch wandelnden Anforderungen immer schneller anzupassen. Deshalb muß rechtzeitig, nämlich jetzt, über neue Wege, besonders in der Weiterbildung, nachgedacht werden.

Die Bundesregierung wird im Rahmen der „Konzertierten Aktion Weiterbildung“ neue Initiativen ergreifen und Anstöße zur Fortentwicklung der Weiterbildung geben. In diesem Zusammenhang ist es auch erforderlich, das zeitliche Verhältnis von Erstausbildung und Weiterbildung neu zu bestimmen und insbesondere zu einer Verringerung der überlangen Studienzeiten zu gelangen, wie dies der Wissenschaftsrat empfohlen hat.

Wachstum und Beschäftigung stehen nicht in einer starren Relation zueinander. Die marktwirtschaftliche Politik der Bundesregierung zur Unterstützung des Strukturwandels, mehr Wettbewerb und schnellere Anpassung auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen, größere Flexibilität und Differenzierung bei den Tarifabschlüssen und auf dem Arbeitsmarkt, höhere Qualifikation der Arbeitskräfte und eine Entkopplung der individuellen Arbeitszeiten der Arbeitnehmer von den Betriebszeiten der Unternehmen tragen dazu bei, das gesamtwirtschaftliche Wachstum beschäftigungswirksamer zu machen.

Grundsätzlich ist es zur Bewältigung eines dynamischen Strukturwandels erforderlich, daß die Marktkräfte gestärkt werden. Flexibilität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft werden dadurch erhöht. Dies geht gleichermaßen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, Unternehmen und Sozialpartner an. Es entspricht dem vom Sachverständigenrat geforderten Vorrang für eine marktwirtschaftliche Wachstumspolitik (Ziffern 256 ff. JG).

2. Die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte stärken

20. Damit die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft andauert, mehr Beschäftigung erreicht und weiterhin stabile Preise gesichert werden, wird die Bundesregierung ihre mittelfristig angelegte Politik einer Stärkung der Marktkräfte beharrlich fortsetzen. Eine auf die weitere Verbesserung der Steuerungsfunktion der Märkte ausgerichtete Wachstumspolitik wird daher Vorrang behalten. Darin sieht sich die Bundesregierung durch den Sachverständigenrat nachdrücklich bestätigt (vgl. Ziffern 256 ff. JG). Bedacht auf Kontinuität, Glaubwürdigkeit und Konsistenz wird die Bundesregierung weiterhin die Rahmenbedingungen für mehr marktwirtschaftliche Dynamik verbessern.

21. Die für 1990 beschlossene Steuerreform ist als Teil eines dreistufigen Gesamtplanes ein zentrales Element der Politik der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung. Im Anschluß an erhebliche Verbesserungen bei der Unternehmensbesteuerung seit 1982 und an die Steuerentlastungen 1986 und 1988 verwirklicht die Bundesregierung eine zukunftsweisende Reform des Steuersystems und eine dauerhafte Senkung der Steuerlast für Bürger und Wirtschaft. Sie gestaltet damit die Besteuerung gerechter und fördert die Leistungsbereitschaft. Sie entspricht so voll ihren Ankündigungen im letzten Jahreswirtschaftsbericht. Auch der Sachverständigenrat hält diese Steuerreform für notwendig (Ziffer 265 JG).

Aus dem für 1990 vorgesehenen Gesamtrahmen von 44 Mrd DM wurden bereits 5,2 Mrd DM zur Aufstockung der Steuerentlastungsstufe 1988 vorgezogen. Außer diesen 5,2 Mrd DM werden die Steuerzahler 1990 weitere rund 20 Mrd DM als echte Steuerentlastung erhalten. Knapp 19 Mrd DM werden durch Umschichtungen innerhalb des Steuersystems, insbesondere durch den Abbau nicht mehr gerechtfertigter Steuervergünstigungen und steuerlicher Sonderregelungen aufgebracht.

22. Im Mittelpunkt der Steuerreform steht ein neuer leistungs- und mittelstandsfreundlicher Einkommensteuertarif mit einer umfassenden und sozial ausgewogenen Entlastung für alle Bürger:

- Kernstück ist die Einführung eines linear-progressiven Tarifverlaufs, verbunden mit einer
- Senkung der Eingang- und Spitzensteuersätze um jeweils 3 Prozentpunkte auf 19 v.H. bzw. 53 v.H. und eine
- deutliche Anhebung des Grundfreibetrages und der Kinderfreibeträge.

Der neue Einkommensteuertarif führt auch zu einer deutlichen Entlastung der Unternehmen, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft sowie der freien Berufe, und fördert deren Eigenkapitalbildung und Investitionskraft.

Der Körperschaftsteuersatz für nicht ausgeschüttete Gewinne wird von 56 v.H. auf 50 v.H. ermäßigt. Dies ist zugleich ein Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen.

23. Neben der dauerhaften Steuerentlastung verfolgt die Steuerreform als eigenständiges Ziel die Verbesserung der Steuerstruktur. Die steuerlichen Bemessungsgrundlagen werden durch den Abbau steuerlicher Sonderregelungen in einer Größenordnung von knapp 19 Mrd DM erweitert.

Die vereinbarten Maßnahmen zum Abbau oder zur Einschränkung von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen sind umfassend angelegt, um eine größere Wirksamkeit, höhere Wettbewerbsneutralität und eine marktorientierte Ausrichtung des Steuersystems zu erreichen. Damit wird gleichzeitig auch die

Investitionstätigkeit begünstigt. Mit den bereits vollzogenen und den für 1990 geplanten Tarifsenkungen entfällt der Hauptgrund für zahlreiche, komplizierte und gesamtwirtschaftlich fragwürdige Steuervergünstigungen.

Die Bundesregierung legt ein in sich schlüssiges und sozial ausgewogenes Konzept zur Finanzierung der Steuerreform vor. Die in unserer Gesellschaft vertretenen großen Gruppen sollen dabei angemessen zum Abbau der Subventionen beitragen. Aus dem Zusammenwirken von Tarifentlastung und Abbau von Steuervergünstigungen ergibt sich für die ganz überwältigende Mehrheit der Steuerzahler insgesamt eine nachhaltige Steuersenkung.

Der weitaus überwiegende Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen führt auch zu beachtlichen Rechts- und Vereinfachungen. Die mit der Steuerreform angestrebte Steuervereinfachung ist gleichzeitig ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit.

Mit den jetzt beschlossenen steuerpolitischen Maßnahmen ist der Spielraum für weitere Steuersenkungen in dieser Legislaturperiode ausgeschöpft. Um für Bürger und Wirtschaft verlässliche Planungsgrundlagen zu schaffen, wird die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf für das Steuerreformgesetz so rechtzeitig zuleiten, daß eine Verabschiedung noch im 1. Halbjahr 1988 möglich ist.

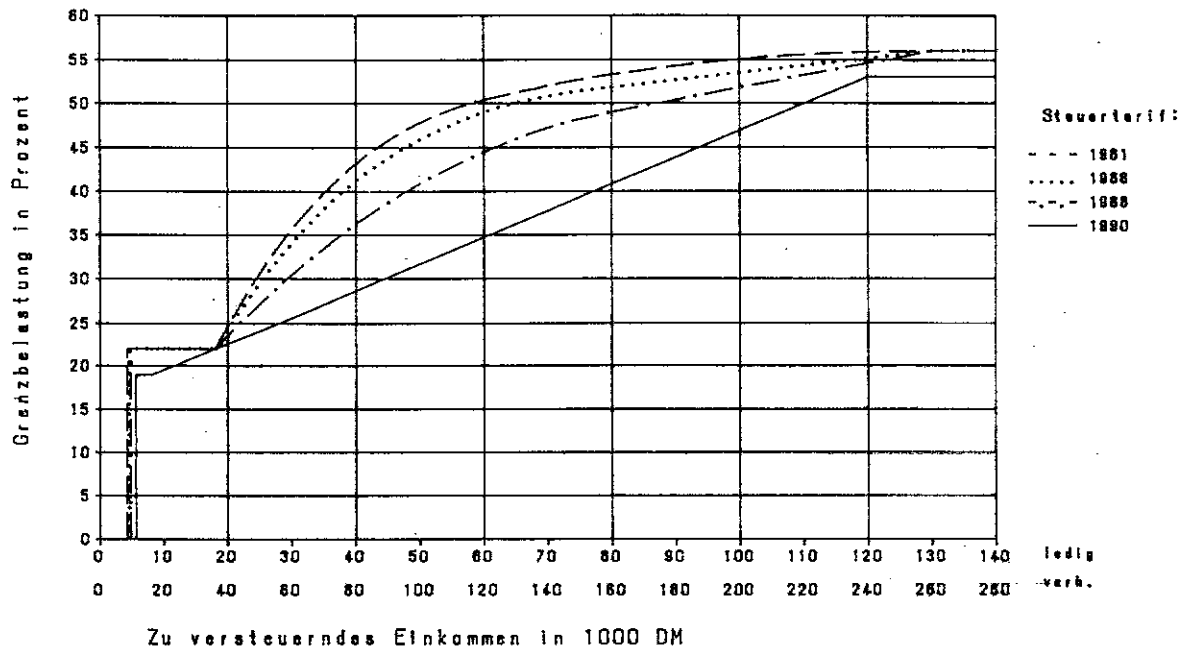
24. Insgesamt wird die Steuerreform die Binnen- nachfrage festigen, die Leistungsanreize erhöhen, die Investitionsfähigkeit und Risikobereitschaft steigern und so die wirtschaftlichen Auftriebskräfte nachhaltig stärken. Das dadurch induzierte Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland wird beschäftigungsfördernd wirken und darüber hinaus dazu beitragen, auch den weltwirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit wirksamer zu begegnen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird sowohl durch die Senkung der Steuersätze als auch durch das effizientere Steuergesetz gefördert.

Die Bundesregierung sieht in der Steuerpolitik einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf die wirtschafts- und gesellschaftlichen Herausforderungen zu sichern und weiter zu stärken.

Kontinuität in der Haushaltspolitik gewährleisten

25. Solide Haushaltspolitik schafft den notwendigen Rahmen, daß die Wachstumskräfte durch die Steuerreform verstärkt wirken können. Der entscheidende Maßstab hierfür ist die weitere Entwicklung der Staatsausgaben. Der Sachverständigenrat betont daher zu Recht, daß die Politik der Steuersenkungen von einer tendenziellen Rückführung der Staatsquote, d.h. von sparsamer Ausgabenpolitik, begleitet werden muß (Ziffer 275 JG). Mit einer solchen längerfristig angelegten Strategie bleiben 1988 vorübergehende Erhöhungen der staatlichen Defizite vereinbar, die durch die Steuerentlastungen und außenwirtschaftliche Anpassungsvorgänge entstehen. Angesichts des

Steuertarif 1981, 1986, 1988 und 1990 Verlauf der steuerlichen Grenzbelastung



hohen Maßes an Ausgabendisziplin beim Bund ist die heutige Haushaltssituation mit der von Anfang der 80er Jahre nicht vergleichbar. Die Zinsen sind niedrig und private Investitionen werden nicht beeintrtigt.

26. Für eine Fortsetzung der verlässlichen und gesamtwirtschaftlich verantwortlichen Haushaltspolitik stellen sich vorrangig folgende Aufgaben:

- Der Ausgabenanstieg im Bundeshaushalt 1988 wird auf 2 1/2 v.H. begrenzt. Eine Ausgabensteigerung von jährlich 2 1/2 v.H. ist auch in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1991 festgeschrieben und bleibt damit unter dem erwarteten Anstieg des nominalen Sozialprodukts. Die Bundesregierung erwartet von Ländern und Gemeinden, daß sie sich an die am 19. November 1987 vom Finanzplanungsrat erneut bekräftigte Linie halten, die Ausgaben der Gebietskörperschaften insgesamt jährlich nicht stärker als um 3 v.H. wachsen zu lassen. Auch aus Sicht des Sachverständigenrates, der mit ernster Sorge die Überschreitung der Ausgabenlinie durch Länder und Gemeinden seit 1985 konstatiert, ist die Einhaltung dieser Empfehlung die Voraussetzung für das Gelingen des eingeschlagenen mittelfristigen finanzpolitischen Kurses (Ziffer 281 JG).
- Alle Gebietskörperschaften sollten auf geringere Einnahmesteigerungen nicht mit Kürzungen der

geplanten Ausgabenzuwchse reagieren, sondern eine so entstehende vorübergehende Erhöhung der Neuverschuldung zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Kauf nehmen. Vor allem die Gemeinden, als wichtigster Träger öffentlicher Investitionen, sollten eine prozyklische Politik vermeiden. Für den Bundeshaushalt 1988 hat das Bundeskabinett diese Grundlinie mit den Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums vom 2. Dezember 1987 beschlossen und am 7. Januar 1988 bestätigt. Dazu gehört auch die Absicht, das Haushaltsdefizit ab 1989 wieder deutlich zurückzuführen. Gleichzeitig ist nach wie vor ein Höchstmaß an Flexibilität bei der Haushaltsgestaltung, insbesondere eine wachstumsorientierte Umschichtung von Ausgaben, wünschenswert.

- Die Programmaufstockung der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen der Beschlüsse der Bundesregierung zur Stärkung des Wachstums vom 2. Dezember 1987 erleichtert es den Gemeinden und den mittelständischen Unternehmen, ein prozyklisches Verhalten zu vermeiden und ihre Investitionstätigkeit mit positiven Vorzeichen zu versttigen. Der Bund stellt dafür jährlich durchschnittlich rd. 200 Mio DM an Zinsverbilligungsmitteln aus dem Haushalt zur Verfügung. Damit werden in den nächsten drei Jahren zusätzlich 15 Mrd DM an Krediten für die Gemeinden zu günstigen Zinssätzen mobilisiert. Dies kommt insbesondere der Auslastung der Baukapazitäten zugute. Au-

Berden werden durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitere 6 Mrd DM an Krediten für die mittelständischen Unternehmen bereitgestellt.

Auch die Erhöhung der Investitionen der Deutschen Bundespost um rd. 1 1/2 Mrd DM auf fast 20 Mrd DM im Jahre 1988, die die Beschlüsse der Bundesregierung vorsehen, trägt zur Stärkung der Wachstumskräfte bei.

- d) Nach dem vorgeschlagenen Abbau von knapp 19 Mrd DM an Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen im Rahmen der Steuerreform 1990 sind weitere Schritte auch beim Abbau der Finanzhilfen notwendig; das ist vor allem unter ordnungspolitischen Aspekten von Bedeutung. Der Sachverständigenrat verweist zu Recht darauf, daß der notwendige Anpassungsprozeß der Wirtschaft nicht durch Dauersubventionen verhindert werden darf (Ziffer 253 JG).

Bürgernahe Deregulierung und Entbürokratisierung

27. Die Bundesregierung ist wie der Sachverständigenrat der Auffassung, daß eine solchermaßen berechenbare und offensive Haushaltspolitik entschlossener Unterstützung durch Maßnahmen der Deregulierung und Liberalisierung auf allen Märkten (Ziffern 259 ff. JG) bedarf.

Im Laufe der Jahrzehnte ist ein ganzes Geflecht regulierender Eingriffe in den Markt entstanden. Sicherlich führen einzelne Regulierungen für sich genommen nicht zu gesamtwirtschaftlich fühlbaren Verzerrungen; aber in ihrer Kumulation können sie erhebliche negative Folgen für das Verhalten der Unternehmen oder der Verbraucher haben. Marktwidrige Regulierungen, mit denen der Staat dort eingreift, wo Märkte und Preise besser die Entscheidungen der Beteiligten koordinieren können, sind kostentreibend und wirken sich negativ auf die Realeinkommen aus. Sie schränken die Wahlfreiheit der Nutzer des Güter- und Dienstleistungsgebots ein. Gerade kleinere Unternehmen und Selbständige haben dabei das Nachsehen. Die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der notwendige Strukturwandel werden beeinträchtigt. Die Wachstumsdynamik und das Angebot von Beschäftigungsmöglichkeiten werden behindert. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird geschwächt.

Bedeutsame Industrie- und Handelsnationen, mit denen die deutsche Wirtschaft auf den Weltmärkten konkurriert, haben die Rücknahme staatlicher Regulierungen früher aufgegriffen. Es entspricht auch den deutschen Verpflichtungen im GATT und in der Europäischen Gemeinschaft bei der Vervollendung des Binnenmarktes, den Marktzugang zu erleichtern und eine fortschreitende Liberalisierung zu verwirklichen.

Die Bundesregierung wird den Abbau von staatlichen Regulierungen intensiv vorantreiben. Sie hat dafür — wie in der Regierungserklärung vom 18. März 1987 angekündigt — eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt, die Möglichkeiten und Wege der Deregulierung aufzeigen und hierzu konkrete Vorschläge machen soll.

28. Die Bundesregierung sieht die Rechts- und Verwaltungsvereinfachung als Daueraufgabe an. Die kritische Überprüfung der Verwaltungspraxis, das Entrümpeln von überflüssigen Vorschriften sowie eine strenge Prüfung der Notwendigkeit beim Erlass von Vorschriften sind Aufgaben, die sich immer wieder neu stellen. Dabei müssen alle Beteiligten mitwirken. Konsequente Entbürokratisierung ist wirtschaftsfördernde Politik und kommt jedem einzelnen Bürger zugute. Die Bundesregierung hat deshalb nunmehr ein Drittes Rechtsbereinigungsgesetz in Angriff genommen, mit dem ein weiterer wichtiger Beitrag zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung geleistet wird. Die Durchforstung in den einzelnen Rechtsbereichen, vor allem im Sozial-, Wirtschafts-, Steuer- und Baurecht, wird weiter fortgeführt und von der Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes unterstützt.

29. Erneut hat der Sachverständigenrat das Thema Ladenschluß aufgegriffen (Ziffern 411 ff. JG), nachdem er bereits in seinen früheren Gutachten auf die marktzugangs- und wettbewerbsbehindernde Wirkung der bestehenden Ladenschlußregelung in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht hatte.

Die Bundesregierung sieht in den Ausführungen des Rates eine Unterstützung ihrer Absicht, zur Einführung eines Dienstleistungsabends den Entwurf einer Änderung des Ladenschlußgesetzes im ersten Halbjahr 1988 vorzulegen. Mit der Möglichkeit eines verlängerten Einkaufs oder einer Inanspruchnahme von Dienstleistungen an einem Abend in der Woche wird eine flexiblere Gestaltung der Öffnungszeiten angestrebt. Dem Handel und dem Dienstleistungsgewerbe, die um die Kaufkraft der Verbraucher mit anderen Bereichen im Wettbewerb stehen, eröffnet dies zusätzliche Chancen.

Mehr Wettbewerb im Post- und Fernmeldewesen

30. Nach Vorlage des Berichts der unabhängigen Regierungskommission Fernmeldewesen im September 1987 wird die Bundesregierung bis zum 30. Juni 1988 einen Gesetzentwurf sowie ergänzende Maßnahmen zur Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens verabschieden. Dabei verfolgt sie — unter Wahrung der staatlichen Verantwortung für eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur — das Ziel, administrative Regelungen und Marktzugangsbeschränkungen weiter abzubauen sowie die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen, innovativen Wettbewerb auf möglichst vielen Kommunikationsmärkten zu verbessern.

Es ist geplant, für die Deutsche Bundespost eine neue Organisationsstruktur zu schaffen, um ihre Leistungsfähigkeit und die Voraussetzungen für einen wirksamen Wettbewerb zu verbessern, was auch vom Sachverständigenrat als erforderlich erachtet wird (Ziffern 403 f. JG). Dabei geht es u.a. um die Trennung von Hoheits- und Unternehmensaufgaben, wobei letztere in Form eines gemeinsamen Sondervermögens, aber in drei Unternehmen (POSTDIENST, POSTBANK,

TELEKOM) wahrgenommen werden sollen. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung auch über die von der unabhängigen Regierungskommission Fernmeldewesen vorgeschlagenen Empfehlungen entscheiden, die Ablieferung der Deutschen Bundespost an den Bundeshaushalt in einem mittelfristigen Übergang zu einem System unternehmensorientierter Besteuerung umzugestalten und die Flexibilisierung im Personalwesen zu erhöhen.

Im Fernmeldewesen soll das Monopol der Deutschen Bundespost auf die Übertragungswege einschließlich ihrer Abschlußeinrichtungen (Netzmonopol) und die Sprachübermittlung (Telefondienstmonopol) begrenzt werden. Wie es auch der Sachverständigenrat empfiehlt (Ziffer 404 JG), beabsichtigt die Bundesregierung, Randwettbewerb im Bereich der Satelliten- und Mobilfunkkommunikation zuzulassen. Die Märkte für die Fernmeldedienste (mit Ausnahme des Telefondienstes) sowie für Endgeräte – auch für den Telefonapparat am einfachen Hauptanschluß – sollen voll dem Wettbewerb geöffnet werden. Dabei ist vorgesehen, die Wettbewerbsbedingungen vor allem durch den Abbau einschränkender Reglementierungen und durch den schrittweisen Übergang zu einer kostenorientierten Tarifierung von Wahl- und Festverbindungen zu verbessern. Über die oben genannten Vorschläge und alle weiteren Einzelheiten wird die Bundesregierung nach entsprechenden Abstimmungsgesprächen bis zum 30. Juni 1988 entscheiden.

Die Bundesregierung erwartet, daß von der geplanten Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens mittelfristig die Wachstumskräfte, die gerade von der Informations- und Kommunikationstechnik ausgehen, gestärkt werden und damit in breitem Umfang belebende Impulse in der Wirtschaft auslösen.

Fortsetzung der Privatisierung

31. Die Bundesregierung wird ihre Politik der Privatisierung öffentlicher Beteiligungen konsequent fortführen. Für das Jahr 1988 ist vorgesehen, daß der Bund seine Beteiligungen an der Volkswagen AG und an der VIAG veräußert. Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beteiligung privater Kapitalgeber an der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank sowie für eine Umwandlung und Privatisierung der Deutschen Pfandbriefanstalt sollen geschaffen werden. Ziel ist es, noch 1988 die Teilprivatisierung der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank zu ermöglichen.

Die Deutsche Bundesbahn wird den Gesellschafterkreis der Deutschen Verkehrskreditbank AG durch Verkauf von 24,9 % des Kapitals erweitern.

Geldpolitik zwischen binnen- und außenwirtschaftlichen Erfordernissen

32. Die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank steht angesichts der weltweiten Entwicklungen an den Devisenmärkten im Spannungsfeld zwischen binnen- und außenwirtschaftlichen Erfordernissen.

Die Bundesregierung begrüßt die erneute Festlegung eines Zielkorridors für die Geldmenge von 3 bis 6 v.H. Damit wird im In- und Ausland Klarheit über die weitere Führung der deutschen Geldpolitik geschaffen. Erhalt der Geldwertstabilität und Förderung des Wachstums der Binnennachfrage stehen im Mittelpunkt des geldpolitischen Kurses der Deutschen Bundesbank auch im Jahre 1988.

Gemeinsam mit der Bundesregierung wird die Deutsche Bundesbank im Rahmen ihres stabilitätspolitischen Auftrags ihren Beitrag zur verstärkten internationalen wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit leisten. Ein koordiniertes Vorgehen der Notenbanken und Regierungen der großen westlichen Volkswirtschaften ist erforderlich, um das Vertrauen der Märkte zu stärken und um stabilere Wechselkursrelationen zu erreichen.

Zur weiteren Stärkung des Finanzplatzes Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt die Bundesregierung, eine Novelle zum Börsengesetz einzubringen, um die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Dies erleichtert die von den deutschen Kreditinstituten vorbereitete Gründung einer deutschen Termin- und Optionsbörse.

Mehr Beschäftigung durch eine situationsgerechte Tarifpolitik

33. Die Tarifvertragsparteien tragen mit ihren autonomen Entscheidungen über die Arbeitsbedingungen, insbesondere über Löhne und Arbeitszeiten, erhebliche Mitverantwortung für die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung sowie für den sozialen Frieden. Der Rat unterstreicht daher zu Recht (Ziffer 356 JG), daß von den Lohnabschlüssen der Tarifparteien abhängt, ob das Geldangebot auf Preise oder Produktion wirkt – sich höhere Preise oder mehr Produktion ergeben – und ob die Wirtschaftspolitik erfolgreich ist in ihrer Aufgabe, die wirtschaftlichen Auftriebskräfte zu stärken.

Wie der Rat (Ziffer 356 JG) ist auch die Bundesregierung der Auffassung, daß es angesichts des scharfen internationalen Wettbewerbs mittelfristig vor allem auf stabile Lohnstückkosten ankommt. Das bedeutet, daß gesamtwirtschaftlich die Lohnabschlüsse mittelfristig am Produktivitätszuwachs ausgerichtet werden sollten.

Die Tarifabschlüsse haben in den letzten Jahren – begünstigt durch sinkende Importpreise – zur Verbesserung der Beschäftigungslage beigetragen. Das stabile Preisniveau führte 1987 erneut zu einem spürbaren Anstieg der Nettoreallöhne je Beschäftigten. In der Tarifrunde 1987 wurden in bedeutenden Bereichen, in denen ungefähr ein Drittel aller Arbeitnehmer beschäftigt sind, längere Vertragslaufzeiten vereinbart. Die Bundesregierung erkennt nicht das Risiko der Fehleinschätzung wichtiger ökonomischer Daten bei mittelfristigen Festlegungen, auf das der Rat (Ziffer 363 JG) hinweist. Doch sollte der Gewinn an Planungssicherheit für die Unternehmen andererseits nicht gering geschätzt werden.

Der Sachverständigenrat weist darauf hin, daß der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst, der die Risiken des Marktes nicht wie andere Wirtschaftsbereiche spüre, im vergangenen Jahr nicht nur die öffentlichen Haushalte belastet, sondern auch kostenbewußte Abschlässe in der Wirtschaft nicht gerade begünstigt habe (Ziffer 359 JG). Die Bundesregierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die einzelnen Tarifabschlüsse in der eigenständigen Verantwortung der jeweiligen Tarifparteien liegen.

Auch wenn die Entscheidungen über Löhne und Arbeitszeit für 1988 und 1989 zum Teil schon festliegen, sollten die Tarifparteien in den Bereichen, in denen die Entscheidungen noch offenstehen, prüfen, ob es angesichts der konjunkturellen Entwicklung nicht sinnvoller ist, den vorhandenen Verteilungsspielraum stärker zur Erhöhung der Nominallöhne als zur Verkürzung der Arbeitszeit zu verwenden. Dafür spricht, daß mit Nominalloohnerhöhungen nicht nur zusätzliche Beiträge zur Sozialversicherung geleistet werden, sondern auch eine Verstetigung der Nachfrageentwicklung bewirkt wird. Da von stärker an der Produktivitätsstruktur und an den Markterfordernissen ausgerichteten Lohnunterschieden ein spürbarer Beitrag zur Verbesserung der gesamten Beschäftigungslage erwartet werden kann, ist eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Qualifikationen, Sektoren und Regionen notwendig. Hierauf weist auch der Rat (Ziffer 364 JG) erneut hin. Die Ansätze zu stärkeren Differenzierungen waren in den vergangenen Jahren durchaus vorhanden; die sich bietenden Möglichkeiten wurden aber nicht ausgeschöpft. Insbesondere in den Bereichen, die sich in tiefgreifenden strukturellen Anpassungsprozessen befinden, wäre es hilfreich, wenn deren schwierige Lage bei der Lohnfindung mehr berücksichtigt würde. Arbeitsplätze werden dadurch sicherer, neue Arbeitsplätze eher geschaffen. Sie erleichtert zugleich die strukturelle Anpassung, insbesondere in einer Zeit, in der die Zahl der eine Beschäftigung suchenden Bürger immer noch beträchtlich das Arbeitsplatzangebot übersteigt.

Die in wichtigen Tarifbereichen vereinbarte weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit sollte die Möglichkeit zu einer insgesamt flexibleren Handhabung und Gestaltung offenhalten; denn erst eine hohe Flexibilität in den Arbeitszeiten erlaubt es, die vielfältigen Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmer mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang zu bringen, was auch der Sachverständigenrat zu Recht hervorhebt (Ziffer 365 JG). Das Vordringen neuer Techniken in fast alle Tätigkeitsbereiche und der sich fortsetzende Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistungen bieten hier zusätzliche Möglichkeiten und erlauben zunehmend die Abkoppelung der individuellen Arbeitszeit von den Betriebszeiten. Die Bundesregierung appelliert an die Arbeitgeber, auch verstärkt Teilzeitarbeitsplätze anzubieten, um den Arbeitszeitwünschen bei den Arbeitnehmern und insbesondere Arbeitnehmerinnen entgegenzukommen, zumal hier im internationalen Vergleich noch beträchtlicher Nachholbedarf besteht. Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen zur Verstärkung der Teilzeiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst fortsetzen.

Berufliche Bildung — Investition in die Zukunft

34. In einer Zeit rapiden technologischen Wandels ist eine kontinuierliche und arbeitsnahe Aus- und Weiterbildung eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung und Stärkung der technologischen Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sie dient damit auch der langfristigen Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Es müssen daher von der Bildungspolitik und den Sozialpartnern alle Anstrengungen unternommen werden, die betriebliche Bildungsarbeit zu intensivieren und weiterzuentwickeln.

a) Das duale System einer beruflichen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule hat sich bewährt. Die Bundesregierung wird daher auch künftig in der Berufsbildungspolitik auf die Verantwortung und das Eigeninteresse der Wirtschaft an qualifiziertem Fachkräftenachwuchs setzen. Nachdem dank der großen Anstrengungen der Unternehmen inzwischen das globale Angebot von Ausbildungsplätzen mit der Nachfrage in Einklang gebracht werden konnte, werden die regional- und berufsbezogenen Probleme deutlicher sichtbar. Die Bundesregierung appelliert daher an die Wirtschaft, die freien Berufe und die Verwaltungen, auch für die einzelnen Berufe und Regionen ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot bereitzustellen.

b) In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und den Ländern wird die Bundesregierung die Modernisierung der Berufsausbildung zügig fortsetzen. Die Ausbildungsordnungen werden weiterhin flexibel und gegenüber neuen Entwicklungen offen gestaltet. Die Qualität der Berufsausbildung wird erhöht, indem die Ausbildungsinhalte — z.B. durch die Verstärkung der informationstechnischen Bildung, stärkere Betonung der Schlüsselqualifikationen und die Vermittlung umweltschutzrelevanter Kenntnisse — erweitert werden.

Im Mittelpunkt der Neuordnungsarbeiten 1988 steht insbesondere eine Reihe von handwerklichen Ausbildungsberufen. So werden zum 1. August 1988 neue Ausbildungsordnungen für sechs Elektrowerkzeugberufe in Kraft treten. Darüber hinaus werden 1988/89 unter anderem 18 neue Ausbildungsordnungen für metallhandwerkliche Berufe erlassen werden, in denen zur Zeit über 200.000 Lehrlinge ausgebildet werden.

Das Programm zur Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen wurde zum 1. Januar 1988 in das Arbeitsförderungsgesetz übernommen. Im Haushalt 1988 sind für die Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher 430 Mio DM vorgesehen.

Strukturverbessernde Arbeitsmarktpolitik

35. Die Arbeitsmarktpolitik wurde in den vergangenen Jahren als wichtiger ergänzender Bestandteil der Wachstums- und Beschäftigungspolitik von der Bundesregierung erweitert. Neben den Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung leisten insbesondere die Umschulung sowie die Arbeitsbeschaffung (ABM) einen bedeutsamen Beitrag zur Flankierung struktureller Anpassungsprozesse. Die Arbeitsmarktpolitik

trägt zugleich auch zu mehr Beweglichkeit des Arbeitsmarktes bei, auf deren Bedeutung der Rat insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung neuer Techniken hingewiesen hat (Ziffern 368 ff. JG).

Die Erfahrungen mit den im Beschäftigungsförderungsgesetz insbesondere auf mehr Beweglichkeit ausgerichteten, befristet geltenden arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Instrumenten werden von der Bundesregierung ausgewertet. Soweit diese sich bewährt haben, werden sie verlängert.

Gleichzeitig prüft die Bundesregierung, wie das Beschäftigungspotential in privaten Haushalten besser genutzt und ob es durch steuerliche Anreize gefördert werden kann.

- a) Die 1986 gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Bundesanstalt für Arbeit gestartete Qualifizierungsoffensive verlief bisher erfolgreich. Sie trägt dazu bei, die Wiedereingliederungschancen der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Gegenüber dem Vorjahr konnte 1987 die Zahl der Eintritte in berufliche Qualifizierungsmaßnahmen nochmals um rd. 12,5 v.H. auf nahezu 600.000 gesteigert werden. Der ursprünglich im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehene Betrag zur Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung wurde daher um 650 Mio DM auf 6,3 Mrd DM aufgestockt. Im Jahr 1988 werden hierfür 6,8 Mrd DM zur Verfügung stehen. Die Qualifizierungsoffensive wird somit auf einem hohen Niveau fortgesetzt, wobei jetzt der Qualität in der beruflichen Weiterbildung verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Qualifizierungsanstrengungen sind ein Appell an alle. In erster Linie ist die berufliche Weiterbildung Aufgabe der Unternehmen und Arbeitnehmer selbst, die diese als Investition in die Zukunft begreifen müssen, die es sich auch ohne ergänzende staatliche Maßnahmen und Anreize zu tätigen lohnt. Insbesondere werden damit auch künftige Engpässe bei Fachkräften vermieden. Die Bundesregierung appelliert an die Tarifpartner, sich im Hinblick auf bessere Arbeitsplatz- und Einkommenschancen der Arbeitnehmer als auch mit Rücksicht auf die Sicherung eines qualifizierten Bestandes an Facharbeiterinnen und Facharbeitern künftig verstärkt dieser Aufgabe zu stellen. Die Bundesregierung unterstützt den Hinweis des Rates (Ziffer 367 JG) auf die zunehmende Bedeutung einer tarifvertraglichen Verbindung kürzerer und flexibler Arbeitszeiten mit der beruflichen Weiterbildung.

- b) In den vergangenen Jahren wurde die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stark ausgebaut. Sie wird 1988 auf hohem Niveau fortgesetzt. Die Zahl der geförderten Arbeitnehmer wurde nochmals erhöht und belief sich im Jahresdurchschnitt 1987 auf 115.000. Auch 1988 stehen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung von allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 3,3 Mrd DM zur Verfügung. Um einen möglichst großen Beschäftigungseffekt zu erzielen, muß auch weiterhin streng auf die Zusätzlichkeit

der Maßnahmen und die Vermeidung von Mitnahme- und Verdrängungseffekten geachtet werden. Wegen der besonderen Probleme Langzeitarbeitsloser wäre eine noch stärkere Konzentration der verfügbaren Mittel auf diese Personengruppe wünschenswert; gleichzeitig sollte allerdings auch das erfolgreiche Modell „Arbeit und Lernen“, das für jüngere Arbeitslose angeboten wird, intensiver genutzt werden.

- c) Die soziale Absicherung der Arbeitslosen ist in der Bundesrepublik Deutschland höher als in den meisten anderen Industrieländern — das gilt sowohl für das Leistungsniveau wie die Unterstützungsdauer. Zur Verbesserung der sozialen Absicherung der Arbeitslosen wurde die Dauer des Arbeitslosengeld-Bezugs nach 1985 und 1986 zum 1. Juli 1987 erneut verlängert. Mit der wiederholten Ausdehnung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld werden zugleich Länder und Kommunen bei der Sozialhilfe entlastet.
- d) Die Gewährung von Kurzarbeitergeld dient der Erhaltung von Arbeitsplätzen bei vorübergehendem Arbeitsausfall. Wegen der anhaltend außergewöhnlichen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt wurde die Bezugsfrist generell auf 24 Monate erweitert. Die darüber hinausgehende Verlängerung für Betriebe der Stahlindustrie auf 36 Monate bis Ende 1989 soll den strukturellen Anpassungsprozeß, in dem sich diese Branche befindet, flankieren. Dem gleichen Zweck dient die begrenzte Gewährung von Kurzarbeitergeld bei strukturellen Anpassungsmaßnahmen in Unternehmen der Stahlindustrie durch die 8. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die zum 1. Januar 1988 in Kraft trat.
- e) Mit der 8. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) wurden außerdem die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik ergänzt, Vorschriften zur Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs neugefaßt und Regelungen zur Vereinfachung von Verwaltungsverfahren bei den Arbeitsämtern getroffen.

Auch ältere Arbeitnehmer haben ihre spezifische Leistungskraft und sollten für die Wirtschaft unentbehrlich sein. Deshalb wurden die Wiederbeschäftigungschancen älterer Arbeitsloser durch die Möglichkeit einer längeren Zahlung höherer Lohnkostenzuschüsse verbessert. Da Arbeitslose zunehmend daran interessiert sind, eine selbständige Existenz aufzubauen, wurde die Bezugsdauer des — steuerfreien — Überbrückungsgeldes bei Existenzgründungen durch Arbeitslose auf sechs Monate verdoppelt.

Gleichzeitig wurden wichtige arbeitsmarktbezogene Aktivitäten in den Aufgaben- und Finanzierungsbereich der Bundesanstalt für Arbeit übertragen. Das Benachteiligtenprogramm des Bundes, nach dem derzeit die Ausbildung von über 30.000 benachteiligten Jugendlichen — vor allem Hauptschulabgänger ohne Abschluß, ehemalige Sonderschüler und bestimmte Gruppen junger Ausländer — gefördert wird, ist in das Arbeitsförderungsgesetz übernommen und damit dauerhaft auf eine gesetzliche Grundlage gestellt worden. Bisher war

die Durchführung dieses Programms durch die Bundesanstalt für Arbeit bis Ende 1989 befristet. Ebenfalls auf die Bundesanstalt für Arbeit übertragen wurde die Sprachförderung von Aussiedlern oder Asylanten — bei gleichzeitiger Verlängerung der maximalen Förderungsdauer von 8 auf 10 Monate — sowie die Förderungsmaßnahmen nach dem Bildungsbeihilfengesetz für arbeitslose Jugendliche.

Um die Vermittlungschancen für Arbeitslose besser nutzen zu können, wurde das „Presseprivileg“, wonach Arbeitskräfte über Anzeigen vermittelt werden können, auf Rundfunk, Fernsehen und Bildschirmtext ausgedehnt sowie die uneigennützig und unentgeltliche Arbeitsvermittlung erleichtert und dadurch im Rahmen des Alleinvermittlungsrechts der Bundesanstalt für Arbeit die Kooperation mit Dritten erweitert.

Mit ihrer Berufs- und Arbeitsberatung, Arbeitsvermittlung, der Förderung der Arbeitsaufnahme, der Qualifizierung der Arbeitnehmer und Arbeitslosen, der beruflichen Rehabilitation, mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Kurzarbeitergeld verfügen Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung über eine breite Palette von Instrumenten, um zum Arbeitsmarktausgleich beizutragen.

- f) Die Bundesregierung setzt die Bekämpfung illegaler Beschäftigung fort. Die von ihr vorgesehene Einführung eines Sozialversicherungsausweises wird ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung und der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen sein.
- g) Schwerpunkt der Ausländerpolitik der Bundesregierung ist weiterhin die wirtschaftliche und soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. Deshalb wird auch die Politik der Begrenzung des weiteren Zuzugs von Ausländern und der seit 1973 geltende Anwerbestopp uneingeschränkt beibehalten. Um zurückkehrenden Arbeitnehmern und ihren Familienangehörigen die Wiedereingliederung in das soziale Leben ihrer Heimatländer zu erleichtern, wird die Bundesregierung zusammen mit den Herkunftsländern ihre schon 1987 verstärkt angebotenen Hilfen mit sozial-, arbeitsmarkt- und berufspolitischer Ausrichtung weiter ausbauen.

Strukturreform der Kranken- und Rentenversicherung

36. Die Bundesregierung wird 1988 die Strukturreformen der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Rentenversicherung vorbereiten und dem Parlament die entsprechenden Gesetzentwürfe vorlegen.

- a) Ziel der Strukturreform des Gesundheitswesens ist die Sicherung des hohen Leistungsstandes, der Abbau von Versorgungsdefiziten sowie die Senkung der Abgabenbelastung von Versicherten und Unternehmen. Künftig wird es für alle Beteiligten mehr Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten geben. Das Verhältnis zwischen Solidarität und Subsidiarität wird neu geordnet und die Eigenverantwortung des Bürgers für seine Gesundheit

gestärkt. Vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven sollen genutzt werden, ohne dabei bewährte Grundprinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung in Frage zu stellen.

Positive Auswirkungen sind zu erwarten beispielsweise durch Konzentration beim Leistungskatalog, feste Erstattungsbeträge zur Begrenzung der Sachleistung auf das medizinisch Notwendige, Intensivierung der Vorsorge, Stärkung des Wettbewerbs unter den Anbietern, erhöhte Transparenz und den Ausbau von Sparanreizen für die Versicherten, insbesondere dort, wo der Patient Leistungen in Anspruch nimmt, die den Rahmen des medizinisch Gebotenen überschreiten. Zusätzlich zu diesen Schritten müssen die Bemühungen um mehr Wirtschaftlichkeit in den Krankenhäusern konsequent fortgesetzt werden.

Die Bundesregierung wird darauf achten, daß die mit der Reform angestrebten Einsparungen zu gleichen Teilen einerseits für Entlastungen bei den Beiträgen und andererseits für Hilfen bei der häuslichen Pflege sowie für Verbesserungen im präventiven Bereich und zur wirksamen Bekämpfung großer Volkskrankheiten wie Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen, Rheuma und Aids verwandt werden.

- b) Das zweite große Reformvorhaben ist die Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung, die die Alterssicherung langfristig auf ein tragfähiges finanzielles Fundament stellen soll und den demographischen Veränderungen Rechnung trägt. Dabei werden künftige Belastungen von allen Beteiligten, — Rentnern, Beitragszahlern und Bundeshaushalt — zu tragen sein.

Da der Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen und der vermehrten Finanzierung aus dem Bundeshaushalt Grenzen gesetzt sind, werden auch Anpassungen auf der Leistungsseite notwendig. Die Reformmaßnahmen sollen deshalb frühzeitig getroffen werden, damit die Versicherten ausreichend Zeit haben, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen.

II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik

37. Die Bundesrepublik Deutschland wird auch in Zukunft in der Gestaltung ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik zusammen mit den anderen großen Industrienationen der Welt auf eine ausgeglichene und spannungsfreie Entwicklung der Weltwirtschaft hinwirken. Die Bundesregierung hält dabei wie der Sachverständigenrat (Ziffern 270 ff. JG) eine enge Kooperation der europäischen und internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik für dringlich. Diese muß vor allem auf ein offenes und multilaterales Welt handels- und Weltwährungssystem gerichtet sein, die stabile Wirtschaftsbeziehungen und ein inflationsfreies Wachstum in der Weltwirtschaft unterstützen sowie zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte beitragen.

Neue Perspektiven durch den europäischen Binnenmarkt

38. Die wirtschaftspolitischen Anstrengungen in der Europäischen Gemeinschaft (EG) sind zunehmend gerichtet auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992. Dies festigt die politische Zusammenarbeit in Europa.

Ein großer einheitlicher Markt eröffnet neue Möglichkeiten für einen intensiven Austausch von Waren und Dienstleistungen, fördert die Dynamik der Gesamtwirtschaft, verstärkt über größeren Wettbewerb Arbeitsteilung und Spezialisierung und schafft zusätzliche Investitions- und Innovationsanreize. Er führt zu besserer Nutzung der Ressourcen, niedrigeren Preisen für die Verbraucher, höheren Realeinkommen und zu einem größeren und vielfältigeren Waren- und Dienstleistungsangebot. Die Chancen für mehr Beschäftigung werden dadurch verbessert. Ein europäischer Binnenmarkt ohne Grenzen erhöht für die Wirtschaft der Gemeinschaft und damit für die deutsche Wirtschaft die Möglichkeiten, im weltweiten Wettbewerb zu bestehen.

Die Bundesregierung wird die Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes zu einem Schwerpunkt ihrer Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 machen.

39. Dynamischer Wettbewerb ist das Kernelement des gemeinsamen Binnenmarktes.

Die Vereinheitlichung aller wirtschaftsrelevanten Rechtsvorschriften ist weder notwendig noch entspricht sie der pluralistischen Organisation der Gemeinschaft. Im Grundsatz sollte eine Harmonisierung von Vorschriften sich nur auf das Wesentliche konzentrieren und nur dort vorgenommen werden, wo dies zum Funktionieren des gemeinsamen Binnenmarktes notwendig ist. Im übrigen sollten nationale Vorschriften gegenseitig anerkannt werden, wobei sich aus der Unterschiedlichkeit durchaus ein Wettbewerb der Regelungssysteme entwickeln kann. Effizienzmindernde Bürokratisierung ist zu vermeiden. Ein dynamischer Wettbewerb im gemeinsamen Binnenmarkt wird sich um so mehr entfalten, wenn die Märkte offengehalten und Wettbewerbsbeschränkungen unterbunden werden. Deshalb unterstützt die Bundesregierung auch eine wettbewerbsorientierte europäische Fusionskontrolle, die Marktbeherrschung als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen verhindert.

Die Vielfalt in der Gemeinschaft hat sich durch die Erweiterung verstärkt. Die regionalen Unterschiede haben sich dadurch vergrößert. Die Bundesregierung ist bereit, daran mitzuwirken, daß die Mittel der Strukturfonds deutlich erhöht und mehr als bisher auf die strukturschwachen Regionen konzentriert werden. Die Förderung mit Gemeinschaftsmitteln soll dabei die Eigenanstrengungen der Mitgliedsländer, die letztlich für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung entscheidend sind, flankieren.

Damit die Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung erhöht sowie Kapital und Arbeit wirkungsvoller eingesetzt werden, ist es wichtig, daß generell Freizügigkeit hergestellt wird, d.h. daß sich Kapital

genauso frei bewegen kann wie Personen, Güter und Dienstleistungen. Deshalb wird sich die Bundesregierung aktiv dafür einsetzen, daß die von der EG-Kommission im November 1987 vorgeschlagene Richtlinie zum Abbau aller noch bestehenden Kapitalverkehrsbeschränkungen zügig behandelt wird.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung der EG-Kommission, daß ein Fortfall der Binnengrenzen eine weitgehende Angleichung indirekter Steuern der EGM-Länder erforderlich macht. Sie hält die Kommissionsvorschläge vom Juli vergangenen Jahres für einen geeigneten Ausgangspunkt, die Diskussion auf EG-Ebene voranzubringen.

Bei der Verwirklichung des Binnenmarktes kommt dem öffentlichen Auftragswesen angesichts seines beträchtlichen Anteils am Sozialprodukt eine besondere Bedeutung zu. Von den hierzu vorgelegten Richtlinienvorschlägen der Kommission ist die Beratung bei der Novellierung der Lieferkoordinierungsrichtlinie am weitesten fortgeschritten. Durch diese wird die europaweite Marköffnung für Lieferungen bei öffentlichen Aufträgen gestärkt. Die Novellierung dieser Richtlinie soll im ersten Halbjahr 1988 unter deutscher Präsidentschaft verabschiedet werden.

Wichtige Fortschritte sind letztes Jahr im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik erzielt worden. Mit ihrem „Grünbuch“ für Telekommunikationsdienstleistungen und -geräte hat die EG-Kommission nicht nur grundlegende Orientierungen, sondern auch weitere konkrete Schritte auf dem Weg zu einem gemeinsamen Telekommunikationsmarkt vorgeschlagen. Vordringlich sind 1988 zunächst weitere Maßnahmen zur Öffnung der Fernmeldemärkte und Leitsätze zur Erarbeitung von Richtlinien, die einen offenen Zugang zu Fernmeldenetzen gewährleisten.

40. Um die Vorteile eines gemeinsamen Binnenmarktes voll zur Entfaltung kommen zu lassen, muß sich die Gemeinschaft dem weltweiten Wettbewerb stellen. Die Schaffung des Binnenmarktes darf nicht damit verbunden sein, Interessenkonflikte durch den scheinbar einfachen Weg der außenwirtschaftlichen Abschottung zu lösen. Damit würden das weltoffene multilaterale Handelssystem entscheidend geschwächt, Exportchancen der europäischen Unternehmen beschnitten, Absatzmöglichkeiten der Entwicklungsländer eingeschränkt, der Abbau der weltweiten Ungleichgewichte behindert und neue Spannungen mit den übrigen Handelspartnern provoziert. Die Kosten würden sich erhöhen und das Preisniveau steigen. Wachstum, Beschäftigung und Lebensstandard in der Gemeinschaft würden beeinträchtigt. Die Bundesregierung teilt die Sorge des Sachverständigenrates über marktwidrige Entwicklungen in einzelnen Bereichen der Europäischen Gemeinschaft und die damit verbundenen Abschottungstendenzen gegenüber Drittländern (Ziffern 49 ff. JG). Vereinbarungen zwischen der EG und den EFTA-Staaten sollen sicherstellen, daß diese am Aufbau des Binnenmarktes auf der Basis der Gegenseitigkeit beteiligt werden.

Für die deutsche Wirtschaft bedeutet die Schaffung des europäischen Binnenmarktes nicht nur eine

Chance, sondern auch eine Herausforderung. Viele Bereiche, wie z.B. der Verkehrssektor, die Energiewirtschaft, das Versicherungsgewerbe und andere Dienstleistungssektoren werden sich auf neue Gegebenheiten einstellen müssen, um im europäischen Wettbewerb bestehen und die größeren Möglichkeiten nutzen zu können. Aus der Umstellung auf den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt können sich Schwierigkeiten ergeben. Sie sollten jeweils abgewogen werden mit den großen Vorteilen, die für alle – Unternehmer und Arbeitnehmer, Investoren und Konsumenten – aus der Schaffung eines großen Marktes, der in seinem Umfang diejenigen in den USA und Japan noch übertrifft, erwachsen. Die Bundesregierung ermutigt die Wirtschaft, sich rechtzeitig und aktiv auf die Bedingungen eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes einzustellen.

41. Eine wichtige Aufgabe während der deutschen Präsidentschaft wird es sein, Einvernehmen über die Grundzüge der Finanz-, Agrar- und Strukturfondsreform herzustellen. Die Gemeinschaft muß die Entscheidung für ein neues Finanzierungssystem mit einem neuen Plafond ihrer Eigenmittel jetzt treffen. Höhere Eigenmittel sind nur dann sinnvoll und politisch durchsetzbar, wenn für die Gemeinschaftsausgaben eine strikte Haushaltsdisziplin vereinbart wird. Vor allem muß die Gemeinschaft die grundlegenden Entscheidungen insbesondere zur Eindämmung der Agrarüberschüsse treffen und die Agrarausgaben unter Kontrolle bringen. Der Europäische Rat wird sich am 11./12. Februar dieser Fragen annehmen, um in dieser Hinsicht möglichst weit voranzukommen.

Mehr Kooperation in der internationalen Währungspolitik und Stärkung des Europäischen Währungssystems

42. Die Währungspolitik ist im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Lage vor die Aufgabe gestellt, bei Aufrechterhaltung der internen Preisstabilität auf eine stabilere und stetigere Entwicklung der Währungen hinzuwirken und so das Vertrauen an den Devisenmärkten zu festigen. Dies erfordert in erster Linie eine internationale Politik zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und zur Sicherung eines dauerhaften inflationsfreien Wachstums mit mehr Beschäftigung. Größere Stabilität und Stetigkeit an den Devisenmärkten trägt dazu bei, das Welthandelssystem offen zu halten und die Expansion des internationalen Handels zu stärken. Die Bundesregierung wird sich wie bisher für eine enge wirtschafts- und währungspolitische Kooperation mit ihren Partnerländern einsetzen. Dies entspricht auch den Zielen der Louvre-Vereinbarungen sowie den Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs auf dem Wirtschaftsgipfel in Venedig im Juni 1987.

Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv an der intensiven währungspolitischen Zusammenarbeit im Internationalen Währungsfonds (IWF). Sie begrüßt es, daß die diesjährige Jahrestagung der Weltbank und des IWF in Berlin stattfindet.

43. Die Bundesregierung wird sich auch 1988 um eine enge währungspolitische Zusammenarbeit in Eu-

ropa bemühen. Das Europäische Währungssystem (EWS) hat in den letzten Jahren zu besserer Abstimmung in der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik geführt und damit zu einer größeren Konvergenz in Europa beigetragen. Mit den Vereinbarungen der Finanzminister und Notenbankengouverneure vom September 1987 zur Stärkung des EWS ist der Kooperationswille in der Gemeinschaft bekräftigt und auch während der Turbulenzen an den Devisenmärkten erfolgreich unter Beweis gestellt worden. Wie der Sachverständigenrat ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Beschlüsse zur Stärkung des EWS die Geldwertstabilität in der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährden (Ziffer 355 JG).

Die weitere Festigung des EWS erfordert – wie dies auch vom Sachverständigenrat (Ziffer 348 JG) hervorgehoben wird – vor allem die Verbesserung der Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitik auf der Basis eines stabilen Preisniveaus.

Fortentwicklung der freiheitlichen Welthandelsordnung

44. Die Sicherung und Fortentwicklung einer freiheitlichen Welthandelsordnung hat für die Bundesregierung hohe Priorität. Die Bundesregierung teilt die Sorge des Sachverständigenrates (Ziffern 9 ff. JG) über wachsenden Bilateralismus und handelsverzerrende staatliche Interventionen, insbesondere durch Subventionen. Sie wird in der EG und auf internationaler Ebene (insbesondere auf dem Wirtschaftsgipfel in Kanada, im Rahmen von OECD, IWF, GATT und UNCTAD) sowie in bilateralen Gesprächen alles tun, damit die Prinzipien der Multilateralität, der Nicht-Diskriminierung und der unbedingten Meistbegünstigung die Säulen der Welthandelsordnung bleiben. Sie sieht wie der Sachverständigenrat in einer Politisierung des internationalen Warenaustausches eine große Gefahr (vgl. Ziffer 10 JG).

Die Bundesregierung wird zusammen mit ihren EG-Partnern weiterhin für zügige Verhandlungen im Rahmen der neuen GATT-Runde („Uruguay-Runde“) eintreten und wird dies zu einem Schwerpunkt während ihrer EG-Präsidentschaft im 1. Halbjahr 1988 machen. Für den offenen Welthandel und für einen erfolgreichen Verlauf der GATT-Runde ist es wichtig, daß alle Handelspartner die bestehenden GATT-Verpflichtungen respektieren. Entsprechend ihren Zusagen dürfen sie keine neuen protektionistischen Maßnahmen ergreifen („Standstill“) und müssen bestehende GATT-widrige Handelshemmnisse abbauen („Rollback“). In den jetzt beginnenden Verhandlungsphasen müssen alle Bemühungen darauf gerichtet sein, konstruktive Lösungen auch in so schwierigen Fragen wie Agrarhandel, Handel mit Dienstleistungen und Schutz des geistigen Eigentums zu erzielen. Im Vordergrund vieler Verhandlungsgruppen steht dabei auch die Notwendigkeit einer weiteren Marktöffnung für Produkte der Entwicklungsländer.

Ein zentrales Ziel der deutschen Handelspolitik ist es 1988, die Uruguay-Runde als Ganzes substantiell voranzubringen. Eine positive Zwischenbilanz zur Halbzeit (Ende 1988) des für die gegenwärtige Verhandlungsrunde vorgesehenen Zeitraums könnte mit der Festschreibung und vorgezogenen Umsetzung einzel-

ner Ergebnisse, auch von Zwischen- und Teilergebnissen, weitere Impulse für die gesamte GATT-Runde geben.

45. Die privaten Direktinvestitionen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Fortentwicklung der internationalen Arbeitsteilung. Vor allem gilt es, weltweit die Bedingungen für Direktinvestitionen zu verbessern. Die Bundesregierung wird durch eine flexible Handhabung ihres außenwirtschafts- und entwicklungspolitischen Instrumentariums zur Förderung von Direktinvestitionen beitragen. Sie wird das Netz der Investitionsschutz- und Förderverträge ausbauen. Dabei werden zunehmend auch Verhandlungen mit solchen Ländern oder Ländergruppen geführt, die Investitionsförderungs- und Schutzverträgen aus grundsätzlichen Erwägungen bisher zurückhaltend gegenüberstanden, wie beispielsweise die Länder Osteuropas. Entscheidend ist, daß die Wirtschaftspolitik dieser Länder selbst einen attraktiven und verlässlichen Rahmen für private Direktinvestitionen schafft.

Angesichts der Reformbemühungen in den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Annäherung des RGW an die Europäische Gemeinschaft ist die Bundesregierung auf dem Wiener Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) für einen vertieften Dialog über Fragen des Handels und der Wirtschaft eingetreten. Zu dessen Fortführung und Intensivierung wird als wichtiges Forum die von der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Wiener Folgetreffen vorgeschlagene West-Ost-Wirtschaftskonferenz dienen.

Bei der Übernahme von Ausfuhrleistungsgewährleistungen wird die Bundesregierung trotz gestiegener Risiken ihre flexible Deckungspolitik fortsetzen und die praktische Nutzbarkeit des Instrumentariums im Dialog mit der Wirtschaft weiter verbessern.

Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Lösung ihrer Probleme

46. Die schwierige Situation vieler Entwicklungsländer, insbesondere die Verschuldung, bleibt eine große Herausforderung. Trotz erreichter Fortschritte müssen alle Beteiligten – Schuldner- wie Gläubigerländer, internationale Organisationen und Geschäftsbanken – ihren Beitrag in enger Zusammenarbeit weiter leisten. Nach wie vor gilt es Lösungen zu finden, die auf die jeweiligen Besonderheiten des Einzelfalls ausgerichtet sind. Die Bundesregierung steht zu ihrer Mitverantwortung und wird durch ihre Politik der Wachstumsförderung bei Preisstabilität und Öffnung der Märkte, durch ihre aktive Beteiligung an Umschuldungsvereinbarungen im Rahmen des Pariser Clubs, durch ihre Entwicklungshilfeleistungen und durch ihre Bemühungen zur Stärkung der internationalen Organisationen zu einer sachgerechten Lösung der Probleme beitragen.

Sie wird insbesondere auch der besonders schwierigen Lage der ärmsten hochverschuldeten Länder Rechnung tragen. Die Bundesregierung hat 24 am wenigsten entwickelten Ländern Forderungen aus

der finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von insgesamt 4,2 Mrd DM erlassen; neue finanzielle Hilfen an diese Länder werden nur noch in Form von Zuschüssen gewährt. Die Bundesregierung tritt für eine baldige Kapitalerhöhung der Weltbank ein und wird sich konstruktiv an den Gesprächen über die Quotenaufstockung des Internationalen Währungsfonds beteiligen. Sie unterstützt die Aufstockung der Strukturanpassungsfazilität des IWF.

Die Bundesregierung sieht die wichtige Rolle, die in der Verschuldungsproblematik die Beziehungen zwischen Schuldnerländern und Geschäftsbanken spielen. Sie ist der Auffassung, daß es im eigenen Interesse der Banken liegt, die Kreditbeziehungen zu den von Schuldenproblemen betroffenen Ländern nicht abreißen zu lassen. Die Bundesregierung verfolgt mit Aufmerksamkeit neue Entwicklungen und Finanzierungstechniken, die die Kreditvereinbarungen zwischen Banken und Schuldnerländern flexibel und von Fall zu Fall ergänzen können. Über die Anwendung solcher neuer Verfahren müssen die unmittelbar Betroffenen in eigener Verantwortung entscheiden.

47. In den Entwicklungsländern sollten vor allem die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden, um so der privaten Initiative mehr Raum zu geben und möglichst breite Bevölkerungsschichten am Entwicklungsprozeß teilhaben zu lassen. Unerläßlich bleiben die stärkere Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, die Öffnung der Märkte in den Industrieländern für Produkte der Entwicklungsländer, international die Schaffung eines günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds und die Mobilisierung angemessener Finanzierungsmittel sowie Hilfestellungen internationaler Institutionen.

Zur Unterstützung eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses ist die Bundesregierung im Dialog mit interessierten Staaten der Dritten Welt bereit, wirtschaftspolitische und außenwirtschaftliche Beratung anzubieten. Dabei geht es auch um Fragen der Gestaltung der Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die Einbindung dieser Länder in das marktwirtschaftlich orientierte multilaterale Welthandelssystem zu fördern. Hierdurch wird die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe weiter verbessert.

III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik

Mehr Beschäftigung durch Strukturwandel

48. Eine rasche Anpassung an geänderte Produktions- und Nachfragebedingungen bleibt für die deutsche Wirtschaft unverzichtbar. Die Bundesregierung sieht sich mit dem Sachverständigenrat (Ziffern 256 ff. JG) einig, daß eine Politik, die den Wettbewerb fördert, die Hemmnisse für die Erschließung neuer Märkte abbaut und damit Anreize für private Investitionen und Innovationen dauerhaft verstärkt, die besten Chancen für mehr Beschäftigung und Wachstum eröffnet (vgl. Ziffern 18 f. dieses Berichts).

Die Erfahrung zeigt, daß Strukturanpassung am wirksamsten im Wettbewerb erfolgt. Dies wird durch die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen bestätigt, die

sich den Herausforderungen des Strukturwandels gestellt und ihn ohne staatliche Unterstützungsmaßnahmen bewältigt haben. Produktivitäts- und innovationsstarke Unternehmen z.B. der Automobilbranche, der Elektroindustrie oder des Maschinenbaus, der chemischen und kunststoffverarbeitenden Industrie oder der feinmechanischen und optischen Industrie haben in den letzten Jahren mit technologisch hochentwickelten Verfahren und Produkten nicht nur eine Spitzenposition auf den nationalen und internationalen Märkten behaupten und zum Teil sogar ausbauen können, sie haben gleichzeitig oft auch überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze geschaffen.

Marktwirtschaftlicher Strukturwandel als Ergebnis eines dynamischen Wettbewerbsprozesses folgt keinem im einzelnen vorgegebenen oder vorhersehbaren Muster. Dies gilt auch im Hinblick auf die Strukturverschiebungen zwischen der Industrie und den Dienstleistungsbereichen, in denen sich kleine Unternehmen und freie Berufe mit Erfolg betätigen und viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zwischen den Industrie- und Dienstleistungsunternehmen bestehen dabei enge, sich gegenseitig tragende und fördernde arbeitsteilige Beziehungen. Dienstleistungen sind auch ein integraler und wachsender Bestandteil in der industriellen Fertigung.

49. Die fünf mit der Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft beauftragten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben die Gutachten der Berichtsrunde 1984 – 1987 inzwischen vorgelegt. Sie bieten eine aktuelle Untersuchung der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft und erteilen einer interventionistischen Wirtschafts- und Strukturpolitik dabei erneut eine deutliche Absage. Die Bundesregierung wird hierzu nach Auswertung der Berichte in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem Deutschen Bundestag Stellung nehmen. In Zukunft werden die Institute ab 1989 neben aktuellen Spezialuntersuchungen in einer umfassenden Analyse jedes Jahr in wechselnder Folge zeitnah über die Grundzüge der Strukturentwicklung berichten.

Den Wettbewerb stärken

50. Offene Märkte und dynamischer Wettbewerb bei verlässlichen Rahmenbedingungen sind die Basis für ein anhaltendes gesamtwirtschaftliches Wachstum. In dieser grundlegenden Aussage stimmt die Bundesregierung voll mit dem Sachverständigenrat (Ziffer 402 JG) überein. Die Diskussion um eine Überprüfung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) hat die Gefahren und Nachteile privater Wettbewerbsbeschränkungen wieder deutlicher gemacht. Ihre Vermeidung ist daher Schwerpunkt wettbewerbspolitischer Überlegungen.

Wie im letzten Jahreswirtschaftsbericht (Ziffer 46) und in der Regierungserklärung vom März 1987 angekündigt, überprüft die Bundesregierung das GWB umfassend auf Novellierungsbedarf. Die vom Bundesminister für Wirtschaft dafür eingerichtete Arbeitsgruppe prüft insbesondere, ob die Konzentrationsentwicklung in bestimmten Bereichen des Handels – na-

mentlich im Lebensmittelhandel – Änderungen des Kartellrechts erfordert. Die Prüfung umfaßt zudem die kartellrechtlichen Ausnahmereiche, insbesondere Verkehr, Banken, Versicherungen und leitungsgebundene Energieversorgung.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten zeichnen sich im Hinblick auf den Handel Novellierungsmöglichkeiten ab. Dazu gehören vor allem eine einfachere und wirksamere Ausgestaltung der Vorschrift, die kleine und mittlere Unternehmen vor Verdrängungspraktiken großer Wettbewerber schützen soll, sowie die Absicherung der Kooperationsmöglichkeiten für kleine und mittlere Handelsunternehmen beim Einkauf. Überlegt wird ferner, ob der nach dem Diskriminierungsverbot bestehende Anspruch marktstarker Nachfrager auf Belieferung eingeschränkt werden kann. Ob auch die Vorschriften über die Fusionskontrolle geändert werden sollen, z.B. im Lebensmittelhandel, wird derzeit noch eingehend geprüft.

Bei den sogenannten Ausnahmereichen des GWB prüft die Bundesregierung, ob eine Auflockerung kartellrechtlicher Ausnahmeregelungen möglich ist, insbesondere auch im Hinblick auf die fortschreitende Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes. Es ist dabei sorgfältig zu untersuchen, welche Einschränkungen des Wettbewerbs das Kartellrecht in diesen Bereichen weiterhin zulassen sollte, um den zum Teil spezifischen Bedingungen in diesen Branchen unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Fachaufsicht Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung sieht in substantiellen Schritten, einzelne Bereiche stärker den allgemeinen Regeln des Kartellrechts zu unterstellen, einen Gesamtansatz für eine etwaige Novellierung des Kartellrechts.

Auf der Grundlage des für Frühjahr 1988 in Aussicht genommenen Berichts der Arbeitsgruppe wird die Bundesregierung über die Frage einer Novellierung des Kartellgesetzes entscheiden. Für den Fall einer Novellierung soll der Regierungsentwurf Anfang 1989 im Parlament eingebracht werden, so daß eine Änderung des Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode möglich wäre.

Leistungspotentiale bei mittelständischen Unternehmen und freien Berufen mobilisieren

51. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird in hohem Maße von mittelständischen Unternehmen und selbständig Tätigen bestimmt. Die auf Stärkung der Marktkräfte und des Wettbewerbs gerichtete Wirtschaftspolitik der Bundesregierung fördert Eigeninitiative, Selbständigkeit und Unternehmungsgeist in Handwerk, kleinen und mittleren Unternehmen und bei freien Berufen.

Die Bundesregierung hat mit ihren steuerpolitischen Maßnahmen insbesondere die Abgabenbelastung des Mittelstandes verringert und dessen Eigenfinanzierungskraft gestärkt. Die für 1990 beschlossene weitergehende Steuerreform wird zusätzliche Entlastungen für den Mittelstand bringen.

Der Gründung selbständiger Existenzen mißt die Bundesregierung auch künftig große Bedeutung bei. Sie prüft deshalb, ob das Ende 1988 auslaufende Eigenkapitalhilfeprogramm durch andere Formen der Existenzgründungsförderung, die nicht den Bundeshaushalt belasten, ersetzt werden kann.

Die Bundesregierung will die wirtschaftliche Betätigung des Staates bei solchen Aufgaben abbauen, die der private Sektor mindestens ebenso gut wie der Staat wahrnehmen kann. Die Privatisierung von Dienstleistungen eröffnet neue Betätigungsfelder für den freiberuflichen und gewerblichen Mittelstand. Das Privatisierungsgebot muß insbesondere auch von Ländern und Gemeinden stärker durchgesetzt werden. Im Zuge dieser Politik sollen z.B. auf dem Gebiet der technischen Sicherheit, bei der Kraftfahrzeugüberwachung und bei Überwachungsbedürftigen Anlagen, freiberufliche Sachverständige — unter Beibehaltung des bisherigen Sicherheitsniveaus — in Wettbewerb mit den bestehenden Überwachungsorganisationen treten können. Auf dem Gebiet der freiwilligen Kfz-Überwachung werden baldmöglichst auch Organisationen von freiberuflichen Sachverständigen ihre Zulassung bei den Ländern beantragen können.

Notwendig ist es außerdem, durch Schritte zur Marktöffnung und zur Deregulierung den kleinen und mittleren Unternehmen sowie den freien Berufen weiteren Raum zur wirtschaftlichen Betätigung zu eröffnen. Gerade die kleineren Dienstleistungs- und Einzelhandelsunternehmen können aus der im Rahmen der Einführung eines Dienstleistungsabends vorgesehenen Auflockerung der Ladenöffnungszeiten Nutzen ziehen, wenn sie bereit sind, ihre spezifischen Vorteile an Flexibilität und Dynamik zur Geltung zu bringen.

52. Die Bundesregierung wird die deutsche Präsidentschaft in der EG im ersten Halbjahr 1988 nutzen, die europäische Mittelstandspolitik weiter zu entwickeln. Vor allem sollen die Voraussetzungen für die Erschließung des europäischen Binnenmarktes und seines Wachstumspotentials durch die mittelständische Wirtschaft verbessert werden. Beratungs- und Informationsangebote sowie Kooperationshilfen der EG leisten dazu ebenso einen wichtigen Beitrag wie einfache und übersichtliche Gemeinschaftsregelungen; eine weitere finanzielle Förderung für den Mittelstand auf Gemeinschaftsebene soll nicht geschaffen werden.

Forschungsbereite Unternehmen

53. In unserer marktwirtschaftlichen Ordnung ist marktnahe Forschung und Entwicklung ureigene Aufgabe unternehmerischen Handelns. Die deutsche Wirtschaft hat ihre eigenen Forschungsanstrengungen in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Wichtige Impulse hierfür sind von günstigeren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und den neu gesetzten Akzenten in der Forschungs- und Technologiepolitik ausgegangen. So hat die Förderung von Forschungs- und Entwicklungspersonal, die von einer Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen in An-

spruch genommen wurde, dazu beigetragen, deren Innovationspotential auszubauen.

Der auch in Verbindung mit der Steuerreform beschlossene und nicht zuletzt ordnungspolitisch gebotene Subventionsabbau kann die Forschungsförderung nicht aussparen. Der Abbau der Investitionszulage für Forschungsinvestitionen und das Auslaufen zumeist befristeter Maßnahmen der indirekten Forschungsförderung sind angezeigt, weil die Innovationskraft vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen durch die nachhaltigen Steuerentlastungen merklich gestärkt wird. Dies entspricht der Forderung des Sachverständigenrates, allen gleiche Möglichkeiten einzuräumen, Neuerungen in Angriff zu nehmen (Ziffer 262 JG).

Die indirekte FuE-Förderung zugunsten mittelständischer Unternehmen soll künftig primär bei unternehmensübergreifenden Problemen ansetzen. Hierbei ist insbesondere an die industrielle Gemeinschaftsforschung und eine Verbesserung des Technologietransfers zu denken. Kleine und mittlere Unternehmen sollten sich möglichst rasch auf neue Technologien einstellen. Information und Beratung in neuen Technologiefeldern werden für kleine und mittlere Unternehmen immer wichtiger, ebenso wie eine intensivere Zusammenarbeit der mittelständischen Wirtschaft mit der Wissenschaft. Hierzu tragen auch die Fördermaßnahmen bei, die die Verbesserung der Forschungskoperation zwischen Industrie und Wissenschaft zum Ziel haben. Die Förderung der Auftragsforschung wird fortgeführt.

Nach einer gründlichen Auswertung des auslaufenden Modellversuchs „Technologieorientierte Unternehmensgründungen“ ist zu entscheiden, ob und gegebenenfalls durch welche Maßnahmen künftig die Gründung solcher Unternehmen unterstützt werden kann.

Die Grundlagenforschung hat in den letzten Jahren im Rahmen der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung an Gewicht gewonnen. Diese Politik wird konsequent fortgeführt. Zunehmende Bedeutung kommt den Aufgaben in der Vorsorgeforschung (z.B. ökologische Forschung, Klimaforschung und Gesundheitsforschung) zu. Die direkte Projektförderung von Unternehmen bleibt auf Ausnahmen — d.h. risikoreiche, aufwendige, die Privatwirtschaft überfordernde längerfristige Forschung und Entwicklung oder besonders wichtige, branchenübergreifende Schlüsseltechnologien — konzentriert, wobei Verbundprojekte eine wichtige Rolle spielen.

54. Im Herbst letzten Jahres wurde das mit rd. 6,5 Mrd ECU (d.h. rd. 13,5 Mrd DM) ausgestattete FuE-Rahmenprogramm der EG für die Jahre 1987 bis 1991 verabschiedet. Von diesem und den unter seinem Dach zusammengefaßten speziellen Förderprogrammen, von denen u.a. das nachrichtentechnische FuE-Programm RACE bereits beschlossen ist und weitere wichtige noch unter deutscher Präsidentschaft zur Verabschiedung anstehen, sind erhebliche Anstöße für die Stärkung des technologischen Potentials der EG vor allem in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu erwarten.

EUREKA mit seinem offenen Rahmen für Initiativen aus Wirtschaft und Wissenschaft wird — auch über die EG hinaus — immer mehr zu einem festen und anerkannten Bestandteil europäischer Zusammenarbeit auf wichtigen Gebieten von Forschung und Technologie. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß die Beteiligung deutscher Unternehmen an einer wachsenden Zahl von Projekten auch ohne öffentliche Förderung zustandekommt.

Innovationen für die Zukunft

55. Der Auffassung des Sachverständigenrates (Ziffer 403 JG), daß die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze in Industrie- und Dienstleistungsunternehmen entscheidend von den verfügbaren Technologien und Diensten für die Informationsverarbeitung und die Telekommunikation abhängen wird, stimmt die Bundesregierung zu. Bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben in Umweltschutz, Energieversorgung und Gesundheitsvorsorge gewinnt die Informationstechnik ebenfalls immer mehr an Bedeutung.

Die Voraussetzungen für eine breite und wirtschaftliche Anwendung der Informationstechnik in Wirtschaft und Verwaltung sind in den kommenden Jahren weiter zu verbessern. Die Neuordnung des Fernmeldewesens (Ziffer 30 dieses Berichts) spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Bundesregierung wird darüber hinaus in einem weiterführenden Konzept ihre Ziele und Politik auf dem Gebiet der Informationstechnik im einzelnen darlegen. Günstige wirtschaftliche Rahmensetzungen sowie nach innen wie nach außen offene Märkte, namentlich der große europäische Binnenmarkt, sollen der informationstechnischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland gute Standortbedingungen bieten. Die notwendigen eigenen Forschungsanstrengungen der Wirtschaft können sich dabei auf erhebliche forschungspolitische Vorleistungen im Bereich der Grundlagenforschung stützen.

56. Die Luft- und Raumfahrtindustrie als innovationsorientierte Branche hat durch die Entscheidungen der Bundesregierung zur Förderung der Erweiterung des Airbusprogramms, durch ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an den Raumfahrtprojekten Ariane 5, Columbus und Hermes im Rahmen des langfristigen Programms der europäischen Weltraumorganisation ESA sowie durch den Beschluß über einen langfristigen Rahmen für das Weltraumprogramm der Bundesregierung weitreichende Orientierungen erhalten. Damit wird auch die europäische und atlantische Kooperation in diesem Sektor weiterentwickelt.

Der Sachverständigenrat hat sich eingehend mit dem Airbus-Programm befaßt (Ziffern 415 ff. JG). Freilich liegt der Anteil des Airbus am Weltmarkt für zivile Flugzeuge nicht wie im Jahresgutachten dargelegt bei 30 %, er beträgt zur Zeit vielmehr weniger als 20 %. Öffentliche Hilfen, die der europäischen Luftfahrtindustrie den Weg auf den Weltmarkt ebnen, hält der Sachverständigenrat als Marktzugangssubventionen für vertretbar. Er weist allerdings zugleich auf

erhebliche Risiken, vor allem auf die Gefahren internationaler Handelskonflikte und einer zur Dauersubventionierung ausufernden Förderung hin. Auch eine Wechselkursgarantie des Staates hält der Rat wegen der unkalkulierbaren Risiken für den Haushalt und der damit verbundenen Diskriminierung anderer Exportbranchen für unverträglich. Die Bundesregierung ist übereinstimmend mit dem Sachverständigenrat der Ansicht, daß die Industrie ihre Unternehmensstruktur konsolidieren und vor allem die Rentabilität des Airbusprogramms sichern muß, damit die genannten Gefahren vermieden werden und der Staat sich langfristig aus seinem weitgehenden finanziellen Engagement, insbesondere bei der Serienproduktion, lösen kann. Derzeit wird dieser Umsteuerungsprozeß allerdings durch den niedrigen Dollarkurs sehr erschwert. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Flugzeughersteller wird überdies durch die hohe indirekte Förderung als Folge des militärischen Flugzeugbaus im Hauptherstellerland belastet.

Vorsorgender Umweltschutz

57. Die langfristige Sicherung einer lebenswerten Umwelt für den Menschen, der wirkungsvolle Schutz der Natur, der sparsame Umgang mit Rohstoffen und Energie sowie die Beseitigung bereits eingetretener Umweltschäden haben für ein dichtbesiedeltes und hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland herausragende Bedeutung. Anpassungen von Produzenten und Verbrauchern an neue ökologische Erfordernisse erfolgen am Markt rasch und wirkungsvoll, wenn klare Grundsätze und verlässliche Rahmenbedingungen gelten. Die Möglichkeiten und die Bereitschaft, die Kosten des Umweltschutzes zu tragen, sind in einer wachsenden Wirtschaft erheblich größer. Zu Recht betont daher der Sachverständigenrat, daß Umweltschutz durch Wachstumsverzicht nicht erleichtert wird (Ziffer 246 JG). Gerade in einer wachsenden Wirtschaft setzen sich umweltschonende Verfahren und Produkte leichter am Markt durch; die vorhandenen Anlagen werden rascher durch neue ersetzt, die in der Regel energiesparender und umweltschonender sind.

Die Umsetzung der in der vergangenen Legislaturperiode novellierten wichtigen Umweltgesetze und -vorschriften führt zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation der Umwelt. Die zügig fortschreitende Entschwefelung und Entstickung der Kraftwerke und die zunehmende Verbreitung schadstoffarmer Kraftfahrzeuge verbunden mit dem Verbot des bleihaltigen Normalbenzins sind Beispiele für das Erreichte. Die Weiterentwicklung der Umweltpolitik wird in der neuen Legislaturperiode mit Nachdruck fortgesetzt. Durch die angestrebte Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz soll die besondere Verantwortung des Staates für den Schutz und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt betont werden. Die Bundesregierung überprüft derzeit die Erweiterung der im Gewässerschutz bereits vorhandenen verschuldensunabhängigen Gefährdungshaftung auf Luft und Boden sowie die Möglichkeiten der Einführung einer obligatorischen Haftpflichtversiche-

rung, damit verantwortungsbewußtes und vorsorgendes Handeln in den Unternehmen gestärkt wird.

Eigenverantwortung und Eigeninitiative von Wirtschaft und Verbrauchern im Umweltschutz müssen den vom Staat gesetzten umweltpolitischen Rahmen ausfüllen. Erforderlich sind hier vor allem umwelt-schutzorientierte Innovationen der Produktionstechnologien, insbesondere im Hinblick auf einen integrierten Umweltschutz.

Das Verursacherprinzip zwingt Unternehmen und Verbraucher, sich stärker an umweltpolitischen Notwendigkeiten auszurichten. Kerngedanke des Verursacherprinzips ist es, daß die Verursacher weder aus ihrer rechtlichen, noch aus ihrer wirtschaftlichen Verantwortung für die Vermeidung von Umweltbelastungen entlassen werden. Im Vordergrund der finanziellen Unterstützung durch den Bund steht in den kommenden Jahren die flankierende Förderung namentlich der mittelständischen Unternehmen. Diese ist vor allem vor dem Hintergrund der Umsetzung der TA Luft und der verschärften Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes erforderlich.

58. Die Bundesregierung wird ihre Anstrengungen fortsetzen, durch den weiteren Ausbau marktwirtschaftlicher Instrumente den Umweltschutz zu fördern. Sie prüft zur Zeit die Wirkungen bestehender ökonomischer Anreize wie der Abwasserabgabe und der Kompensationslösung in der TA Luft sowie weitere Anwendungsmöglichkeiten für diese und andere ökonomische Instrumente beim Schutz von Umwelt und Natur.

Eine Lösung der abfallwirtschaftlichen Entsorgungsprobleme wird immer drängender. In Teilbereichen wie der Sonderabfallentsorgung drohen Engpässe, die unter Umständen Produktionsmöglichkeiten einschränken können, wenn nicht rasch gemeinsames Handeln von Wirtschaft und den zuständigen staatlichen Stellen für Abhilfe sorgt. Durch eine konsequente Umsetzung der im Abfallgesetz angelegten Vermeidungs- und Verwertungsstrategie sollen einerseits die Abfallmengen und Reststoffe deutlich reduziert werden. Zum anderen ist ein Ausbau der Entsorgungsinfrastruktur dringend erforderlich.

Die verstärkte Berücksichtigung des Umweltschutzes in der landwirtschaftlichen Erzeugung bleibt eine wesentliche Aufgabe. Dabei geht es auch darum, bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen für Zwecke des Umwelt- und Naturschutzes zu verwenden.

Kooperative und zukunftsweisende Lösungen von Umweltproblemen setzen voraus, daß die Unternehmen die von ihnen ausgehenden Belastungen und auch die an sie gestellten Anforderungen und technischen Lösungsmöglichkeiten kennen. Vor allem kleine und mittlere Betriebe, die zunehmend von Umweltschutzanforderungen betroffen werden, stehen dabei häufig vor großen Informationsproblemen. Zu den wichtigen umweltpolitischen Aufgaben gehört es daher, gemeinsam mit der Wirtschaft neue Beratungskonzepte zu entwickeln.

59. Die sichere Entsorgung der Kernkraftwerke und hierbei insbesondere die geordnete Beseitigung radioaktiver Abfälle haben für die friedliche Nutzung der Kernenergie herausragende Bedeutung. Die sichere Entsorgung der Kernkraftwerke ist für die Bundesregierung unverändert Voraussetzung für deren Errichtung und Betrieb.

Die Bundesregierung begrüßt, daß trotz Verzögerungen in einigen Teilbereichen bei der Umsetzung des Entsorgungskonzepts in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt und die im Entsorgungskonzept angelegten Perspektiven in vielen Teilen weiter konkretisiert wurden. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, daß die derzeit erbrachten Entsorgungsvorsorgenachweise für Kernkraftwerke auch in Zukunft geführt werden, und daß bei weiterer konsequenter Verwirklichung der Entsorgungsanlagen — einschließlich der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und der Endlagerprojekte Konrad und Gorleben — bis zum Jahr 2000 der größte Teil der bis dahin angefallenen radioaktiven Abfälle sicher beseitigt wird.

Die Bundesregierung ist sich dabei bewußt, daß die Umsetzung des Entsorgungskonzeptes noch erheblicher Anstrengungen des Bundes, der Länder und der Elektrizitätswirtschaft bedarf.

Die Bundesregierung hält es aufgrund der bekanntgewordenen Unregelmäßigkeiten bei der Firma Transnuklear für erforderlich, daß die staatliche Kontrolle bei der Behandlung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle intensiviert wird. Der Bundesumweltminister hat die hierfür erforderlichen Schritte eingeleitet und wird im Benehmen mit den Ländern eine entsprechende Richtlinie erlassen.

Die Bundesregierung stellt fest, daß sich das integrierte Entsorgungskonzept als richtig erwiesen hat. Daher ist die friedliche Nutzung der Kernenergie auch unter dem Gesichtspunkt der Entsorgung verantwortlich. Eine überzeugende Alternative zu dem von der Bundesregierung verfolgten Entsorgungskonzept mit Wiederaufarbeitung gibt es nicht.

60. Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihre geographische Lage in besonderem Maße der großräumig grenzüberschreitenden Ausbreitung von Schadstoffen in Luft und Wasser ausgesetzt. Gleichzeitig steht sie ihrerseits in der Verantwortung, die vom Bundesgebiet ausgehenden Umweltbelastungen nachhaltig zu vermindern. Die Bundesregierung tritt daher auf internationaler Ebene weiter offensiv für eine Politik der Umweltvorsorge ein.

Die Harmonisierung der umweltpolitischen Anforderungen auf hohem Niveau in der Europäischen Gemeinschaft wird in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen — sowohl aus umwelt- wie aus wettbewerbspolitischen Gründen. Besondere Schwerpunkte während der deutschen EG-Präsidentschaft werden u.a. die Verabschiedung einer Richtlinie zur Verminderung der Emissionen aus Großfeuerungsanlagen, die Novellierung der sog. „Seveso“-Richtlinie über schwere Unfälle bei Industrietätigkeiten sowie

weitere Schritte zum umweltfreundlichen Kraftfahrzeug sein.

Überwindung regionaler und sektoraler Schwierigkeiten

61. Die Regionalpolitik stand 1987 im Zeichen intensiver Verhandlungen mit der EG-Kommission über Umfang und Intensität der deutschen Regionalförderung. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, die EG-Kommission zu einem Kompromiß zu bewegen, der föderale Besonderheiten der Bundesrepublik Deutschland stärker berücksichtigt.

Der Bund-Länder-Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur hat am 2. Juli 1987 einen Beschluß zur Umsetzung dieses mit der EG-Kommission ausgehandelten Kompromisses gefaßt, der eine Reduzierung des Fördergebiets der Gemeinschaftsaufgabe zum 1. Januar 1988 sowie eine Absenkung der Förderintensität in Schwerpunktornten vorsieht; dabei wurde sichergestellt, daß die bevorzugte Zonenrandförderung durch einen Präferenzvorsprung bei Fördermaßnahmen beibehalten wird. Gleichzeitig wurden die Fördermöglichkeiten außerhalb von Schwerpunktornten verbessert. Durch den einstimmigen Beschluß der Länderwirtschaftsminister haben die Länder die speziellen Landesfördergebiete reduziert und damit ihren Beitrag zum Kompromiß mit der EG-Kommission geleistet.

Im Rahmen der Steuerreform soll zusammen mit dem Abbau vieler anderer Vergünstigungen auch die bisherige regionale Investitionszulage wegfallen. Gleichzeitig sollen die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um jährlich 500 Mio DM erhöht werden. Damit soll den Unternehmen in den Fördergebieten neben den Steuererleichterungen durch die Steuerreform eine angemessene Förderung erhalten bleiben sowie ein effizienterer Einsatz der zur Verfügung stehenden Fördermittel erreicht werden. Gleichzeitig wird dadurch die Kompetenz der Länder in der Regionalförderung gestärkt. Darüber hinaus wird der Zonenrandeulaß mit dem Ziel einer besseren Förderung überarbeitet. Das Fördergefälle zwischen Berlin und dem Zonenrandgebiet einerseits und den übrigen Fördergebieten andererseits bleibt erhalten.

Die notwendige Anpassung an neue Entwicklungen zu bewältigen, ist nach der im Grundgesetz verankerten Verteilung der regionalpolitischen Kompetenzen Aufgabe der Länder und der Regionen selbst. Die Bundesregierung wird ihrerseits bei Entscheidungen, die Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen haben, regionalpolitische Gesichtspunkte berücksichtigen, soweit dies mit den Zielen der betreffenden Maßnahmen vereinbar ist.

62. Die regionale Entwicklung wird vom sektoralen Strukturwandel und von der Strukturschwäche in peripheren, überwiegend ländlich geprägten Regionen erheblich beeinflusst; bei starker regionaler Konzentration dieser Strukturprobleme und -schwächen können ganze Regionen so stark in Mitleidenschaft gezogen werden, daß sie die erforderliche Strukturanpassung aus eigener Kraft nicht befriedigend bewältigen können und daher die Schaffung von wettbewerbsfäh-

higen neuen Arbeitsplätzen durch Regionalhilfen gefördert werden muß.

Der Bund-Länder-Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur hat dem Rechnung getragen, indem für die vom Strukturwandel betroffenen „alten“ Industrieregionen zusätzliche Regionalmittel zur Schaffung von neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen und zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft die Montanregionen in Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland, die Schuhregion in Rheinland-Pfalz und die Schiffbauregionen der Küstenländer. Außerdem wurde wegen der Einstellung der Kohleförderung ein regionalpolitisches Sonderprogramm für die Regionen Aachen und Jülich beschlossen. Weitere Impulse für die wirtschaftlichen Perspektiven der Montanregionen werden von der Montankonferenz Ende Februar erwartet, zu der der Bundeskanzler eingeladen hat (vgl. Ziffer 18 dieses Berichts).

63. Angesichts tiefgreifender sozialer und regionaler Auswirkungen von schwerwiegenden Strukturänderungen in ganzen Produktionszweigen wie bei Stahl und Schiffbau kann auch eine marktwirtschaftlich orientierte sektorale Strukturpolitik auf vorübergehende staatliche Flankierungen nicht verzichten. Derartige staatliche Hilfen sollen grundsätzlich von vornherein zeitlich befristet und degressiv ausgestaltet werden. Sie sollen neben der Förderung von Ersatzarbeitsplätzen durch die Stärkung des regionalen Wirtschaftspotentials die strukturelle Anpassung sozial abfedern und zeitlich strecken, um bruchartige Entwicklungen zu vermeiden. Unumgängliche Strukturadaptierungen dürfen allerdings nicht unnötig hinausgezögert werden, da sonst später umso gravierendere Verwerfungen auftreten würden.

64. Die Strukturanpassung in der Werftindustrie an die grundlegend geänderten Bedingungen auf dem Schiffbauweltmarkt setzt sich fort. Die Bundesregierung flankiert die Bemühungen der deutschen Werften, ihre Betriebsstrukturen durch Rationalisierung und Kapazitätsanpassung zu verbessern und ihren hohen Leistungsstand im Bau hochwertiger Schiffe zu behaupten, durch begrenzte Hilfen.

Das bisherige Förderinstrumentarium für Schifffahrt und Schiffbau ist so umgestaltet worden, daß es künftig besser zur Bewältigung der spezifischen Probleme der beiden Sektoren beiträgt. Durch die Einführung von bis 1990 befristeten Wettbewerbshilfen hat sich der Auftragseingang bei deutschen Werften inzwischen deutlich belebt. Die notwendige und mit erheblichen Mitteln des Bundes flankierte Anpassung im Schiffbau muß in den kommenden Jahren weiter fortgeführt werden. Die Bundesregierung erwartet, daß auch die strukturpolitischen Entscheidungen der Landesregierungen diesen Erfordernissen Rechnung tragen.

65. Die deutsche Stahlindustrie befindet sich in einer schwierigen Anpassung. Die Unternehmen halten aufgrund ihrer Absatzerwartungen eine weitere deutliche Anpassung von Produktionskapazitäten und Be-

zu Verfügung für unumgänglich. Die Bundesregierung trägt dazu bei, daß die Unternehmen die notwendigen strukturellen Anpassungsmaßnahmen für die nächsten Jahre sozialverträglich treffen können und daß es — wie zwischen Industrie und IG-Metall vereinbart — in diesem Zusammenhang nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. Inhalt dieser Vereinbarung ist auch, daß sich die Stahlunternehmen verpflichtet haben, bei allen zukünftigen Investitionsentscheidungen sicherzustellen, daß, wenn irgend möglich, zukünftige Investitionen in den betroffenen Stahlregionen getätigt und so dort Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Die Stahlunternehmen werden sich dafür einsetzen, daß in ihren Konzerngesellschaften in gleicher Weise vorgegangen wird.

Die Bundesregierung hat beschlossen, als Beitrag zur sozialen Flankierung des Anpassungsprozesses in der Stahlindustrie zu den bisher schon gewährten Hilfen und neben den bereits erwähnten Regionalmitteln zusätzliche 300 Mio DM zur Verfügung zu stellen. Sie erwartet, daß die betroffenen Bundesländer sich ihrerseits mit weiteren 150 Mio DM an den Hilfen für die bei ihnen angesiedelten Stahlunternehmen beteiligen. Zuwendungen zur sozialen Flankierung, die sich aus Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft ergeben, werden auf die erwähnten Hilfen des Bundes und der Länder angerechnet, sofern sie 150 Mio DM übersteigen.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat am 22. Dezember 1987 der Verlängerung des Stahlquotensystems für wesentliche Produkte (Warmbreitband, Feinblech, Grobblech und Formstahl) zunächst bis zum 30. Juni 1988 zugestimmt. Wenn bis zum 10. Juni 1988 verbindliche Zusagen seitens der Stahlindustrie über einen weiteren substantiellen Abbau bestehender Überkapazitäten vorliegen, soll das System bis Ende 1990 fortgeführt werden. Zur Flankierung des nach wie vor notwendigen Umstrukturierungsprozesses ist auch für 1988 das Außenschutzregime unverändert mit 14 Drittstaaten verlängert worden.

Mit der konsequenten Anbindung der dreijährigen Verlängerung der Quotenregelung an ausreichende Stilllegungszusagen sollen die noch immer vorhandenen Kapazitätsüberhänge — die EG-Kommission geht von insgesamt 30 Mio t aus — reduziert und eine stufenweise Rückkehr zu mehr Wettbewerb ermöglicht werden; die Beendigung des Quotenregimes für einen Teil der bisher quotierten Produkte ab 1. Januar 1988 macht dies deutlich.

Energiepolitik — Kontinuität mit neuen Akzenten

66. Die Bundesregierung hält auch im Zeichen deutlich gesunkener Energie- und insbesondere Rohölpreise auf dem Weltmarkt sowie des niedrigen Dollarkurses an ihrer Energiepolitik mit den Schwerpunkten einer rationellen und sparsamen Verwendung von Energie sowie der Diversifizierung der Versorgung fest. Es ist notwendig, daß Energie auch in Zukunft sparsam genutzt wird und der Mineralölanteil begrenzt bleibt. Die erfolgreiche Energiepolitik wird mit dem Ziel fortgeführt, auch in Zukunft alle Energieträger einschließlich der Kernenergie und der erneuerbaren Energieträger zu nutzen. Die aktuellen Ereig-

nisse beim Umgang mit radioaktivem Abfall haben das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Kernenergiewirtschaft beschädigt. Die Bundesregierung hat daher dafür Sorge getragen, daß die Aufsicht des Staates beim Umgang mit radioaktivem Abfall weiter verstärkt wird (vgl. Ziffer 59 dieses Berichts). Um die Chancen der bisher nur in relativ geringem Umfang wirtschaftlich einsetzbaren erneuerbaren Energiequellen zu verbessern, hat die Bundesregierung die Mittel zu ihrer Erforschung und Fortentwicklung erhöht. Sie appelliert an die Energiewirtschaft, hierbei aktiv mitzuwirken.

67. Die deutsche Steinkohle muß auf Dauer einen wichtigen Beitrag zur deutschen Energieversorgung leisten, sich zugleich aber an geänderte Marktbedingungen anpassen. Dies ist ein wesentliches Ergebnis der Kohlerunde vom 11. Dezember 1987. Rückläufiger Absatz an die Stahlindustrie und im Wärmemarkt sowie der Abbau der subventionierten Koks-kohle-Exporte, die keinen Beitrag für die Sicherheit unserer Energieversorgung leisten, zwingen zu einer Verringerung der Förderkapazität. Die Bundesregierung hat in dieser Kohlerunde mit den Beteiligten Einvernehmen darüber erzielt, daß die Größenordnung der notwendigen Anpassung bei 13 bis 15 Mio t liegt, das Fördervermögen so zügig wie möglich angepaßt und der Anpassungsprozeß bis spätestens 1995 beendet sein wird.

Die Anpassung wird sozialverträglich gestaltet und deshalb über mehrere Jahre gestreckt. Die Bundesregierung wird den notwendigen Kapazitätsabbau mit regional- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie mit zusätzlichen Anpassungshilfen, für die bereits im Bundeshaushalt Vorsorge getroffen ist, flankieren. Die Anpassungsgeldregelung wird um 5 Jahre verlängert. Außerdem haben sich die Bundesregierung und die nordrhein-westfälische Landesregierung auf zusätzliche beihilfefähige Koks-kohleexporte in Höhe von 11 Mio t verständigt.

Die Bundesregierung setzt sich für den Erhalt des Jahrhundertvertrages als wichtigste Absatzstütze der deutschen Steinkohle ein; er sichert bis 1995 den Absatz von über der Hälfte der Förderung. Die Bundesregierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der den Kohlepfennig schrittweise absenkt, zugleich Einnahmen und Ausgaben zur Deckung bringt und dabei das Mengengerüst des Jahrhundertvertrages bis 1995 erhält. Nur so kann die politische Akzeptanz des Verstromungsfonds insbesondere in den revierfernen Bundesländern erhalten werden. Mit den an der Kohlerunde Beteiligten tritt die Bundesregierung für eine Regelung nach 1995 ein, die an das geltende Vertragswerk anknüpft. Sie geht davon aus, daß die Verhandlungen hierfür rechtzeitig eingeleitet werden. Die Bundesregierung fordert alle beteiligten Länder, die Elektrizitätsversorgungsunternehmen und den Kohlebergbau auf, ihren Beitrag zur Erhaltung der Kohleverstromung zu leisten. Es ist dabei geboten, am Konsens von Kohle und Kernenergie als Grundlage der Verstromung deutscher Steinkohle festzuhalten.

Für die Koks-kohlenbeihilfe der Jahre 1989 bis 1991 wird 1988 ein Plafond gemäß den Vereinbarungen zur Anschlußregelung Hüttenvertrag festgelegt werden,

der den Unternehmen weiterhin das Preisrisiko des Weltmarktes abnimmt, aber zugleich den notwendigen Druck zu Rationalisierungsanstrengungen verstärkt.

68. Kundenfreundlichere Stromtarife zu schaffen, die gleichfalls ein sparsames und rationelles Verbrauchsverhalten stärker honorieren, ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Sie beabsichtigt deshalb entsprechend dem Beschluß der Länderwirtschaftsministerkonferenz vom 5. Oktober 1987, die Bundestarifordnung Elektrizität zu novellieren. Die Bundesregierung beabsichtigt darüber hinaus, die Heizkostenverordnung zu ändern, um die verbrauchsabhängige Abrechnung der Heizkosten zu verbessern. Als Beitrag zur Deregulierung soll die Heizungsbetriebs-Verordnung aufgehoben werden.

Stärkung der Berliner Wirtschaft

69. Den Anschluß Berlins an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu halten und zu festigen bleibt ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel. Bei — auch nach den im Zuge der Steuerreform unumgänglichen Anpassungen der Berlinförderung — günstigen speziellen Rahmenbedingungen für die Berliner Wirtschaft werden dazu die Industrie ebenso wie Tätigkeiten, die das überregionale Dienstleistungsangebot verbreitern, mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen ih-

ren Beitrag leisten. Das politisch entspannte Klima eröffnet zudem für Berlin neue Möglichkeiten zur Verbesserung des Eisenbahnverkehrs und des Anschlusses an Verbundsysteme im Energiebereich.

Die Wahl Berlins zur Kulturstadt Europas des Jahres 1988 sowie die Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Berlin im Herbst 1988 werden die internationale Ausstrahlung und Leistungsfähigkeit der Stadt begünstigen.

Gefestigte innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen

70. Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen bleiben ein wichtiges Element in den Gesamtbeziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Dies wurde bei den Gesprächen anläßlich des Besuchs von Generalsekretär Erich Honecker erneut betont. Beide Seite bekräftigten die Absicht, die Struktur des Handels zu verbessern, verstärkt auf den Austausch von Investitionsgütern hinzuwirken sowie die Zusammenarbeit im Energie- und Umweltbereich zu intensivieren. Die Bundesregierung begrüßt, daß ihre Gespräche mit Generalsekretär Honecker ein erstes konkretes Ergebnis in diesem Bereich in der Übereinkunft über eine langfristige stromwirtschaftliche Zusammenarbeit unter Einschluß von Berlin (West) gefunden haben.

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1987¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Bei Aufstellung der Jahresprojektion 1987 bewegte sich der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar um 2 DM. Zu Beginn des Jahres sank der Dollarkurs weiter rasch und deutlich, wodurch die Exportbedingungen der deutschen Wirtschaft abermals erheblich verschlechtert wurden. Erst mit dem Louvre-Abkommen Ende Februar 1987 setzte eine längere Zeit relativ stabiler Wechselkurse ein, die aber im Herbst von neuen Turbulenzen an den Devisenmärkten abgelöst wurde. Der Wert der D-Mark war infolgedessen während des ganzen Jahres erheblich höher, als es den Annahmen der Jahresprojektion entsprach. Zu Beginn des Jahres waren außerdem die Außenarbeiten, insbesondere in der Bauwirtschaft, durch einen außergewöhnlich langen und frostigen Winter beeinträchtigt. Beide Effekte, deutliche Höherbewertung der D-Mark und ausgeprägter Wintereinbruch, haben die gesamtwirtschaftliche Aktivität zu Jahresbeginn stark beeinträchtigt und führten vorübergehend zu einem saisonbereinigten Rückgang des Sozialprodukts im ersten Quartal. Auf diese beiden Einflüsse ist es auch zurückzuführen, daß die in der Jahresprojektion 1987 erwartete Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von real rd. 2 1/2 v.H. nicht erreicht worden ist; die stärksten Abweichungen ergaben sich bei den Exporten und den Bauinvestitionen. Diesen geänderten Rahmenbedingungen hat die Bundesregierung im Frühjahr Rechnung getragen, indem sie die u.a. für Steuerschätzung und Finanzplanungsrat relevanten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte zurücknahm und für das reale Wirtschaftswachstum von einer Zunahme zwischen 1 1/2 und 2 v.H. ausging.

Die ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, die aber erfahrungsgemäß noch erheblichen Revisionen unterliegen können, weisen im Jahresdurchschnitt 1987 einen *Anstieg des Bruttosozialprodukts* von real 1,7 v.H. aus. Nach dem Rückgang zu Jahresbeginn setzte sich vom zweiten Quartal an die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung wieder deutlich durch.

Trotz der erheblich hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Bauinvestitionstätigkeit kamen die Wachstumsimpulse, wie vor einem Jahr projiziert, ausschließlich von der *Inlandsnachfrage*. Sie nahm im Jahresdurchschnitt 1987 real um rund 3 v.H. zu. Dabei blieb die reale Ausweitung des *Privaten Verbrauchs* mit 3 v.H. an der Untergrenze der Jahresprojektion (+ 3 bis + 4 v.H.). Die nominale wie preisbereinigte Zunahme des verfügbaren Einkommens ist zwar zutreffend vorausgeschätzt worden, aber die Sparneigung war etwas höher als unterstellt. Die Expansion des *Staatsverbrauchs* blieb mit real 1,5 v.H. unterhalb der Projektionsmarge (+ 2 bis + 3 v.H.).

Deutlich schwächer als erwartet haben dagegen die *Anlageinvestitionen* mit 1,5 v.H. (Jahresprojektion: + 3 bis + 5 v.H.) zugenommen. Dies hing ausschließlich mit der erheblich schwächeren Bauinvestitionstätigkeit zusammen. Während nämlich die *Ausrüstungsinvestitionen* mit real + 4,2 v.H. im Rahmen der Erwartungen blieben (Jahresprojektion: + 3 bis + 5 v.H.), ging das Volumen der *Bauinvestitionen* um 0,4 v.H. zurück; in der Jahresprojektion war von einem kräftigen Anstieg um 3 1/2 bis 4 1/2 v.H. ausgegangen worden.

Betrachtet man die Entwicklung der Anlageinvestitionen nach den großen volkswirtschaftlichen Sektoren, blieb die Zunahme im Unternehmensbereich mit 3,3 v.H. etwas hinter den Vorstellungen vor Jahresfrist zurück (Jahresprojektion: + 4 bis + 5 v.H.); der Wohnungsbau und die öffentlichen Investitionen fielen real jedoch geringer als im Jahr zuvor aus. Erwartet worden war dagegen ein kräftiger Anstieg, insbesondere bei den öffentlichen Investitionen. Vom Ausmaß des *Lageraufbaus* gingen etwas stärkere Wachstumsimpulse aus, als in der Jahresprojektion unterstellt worden war.

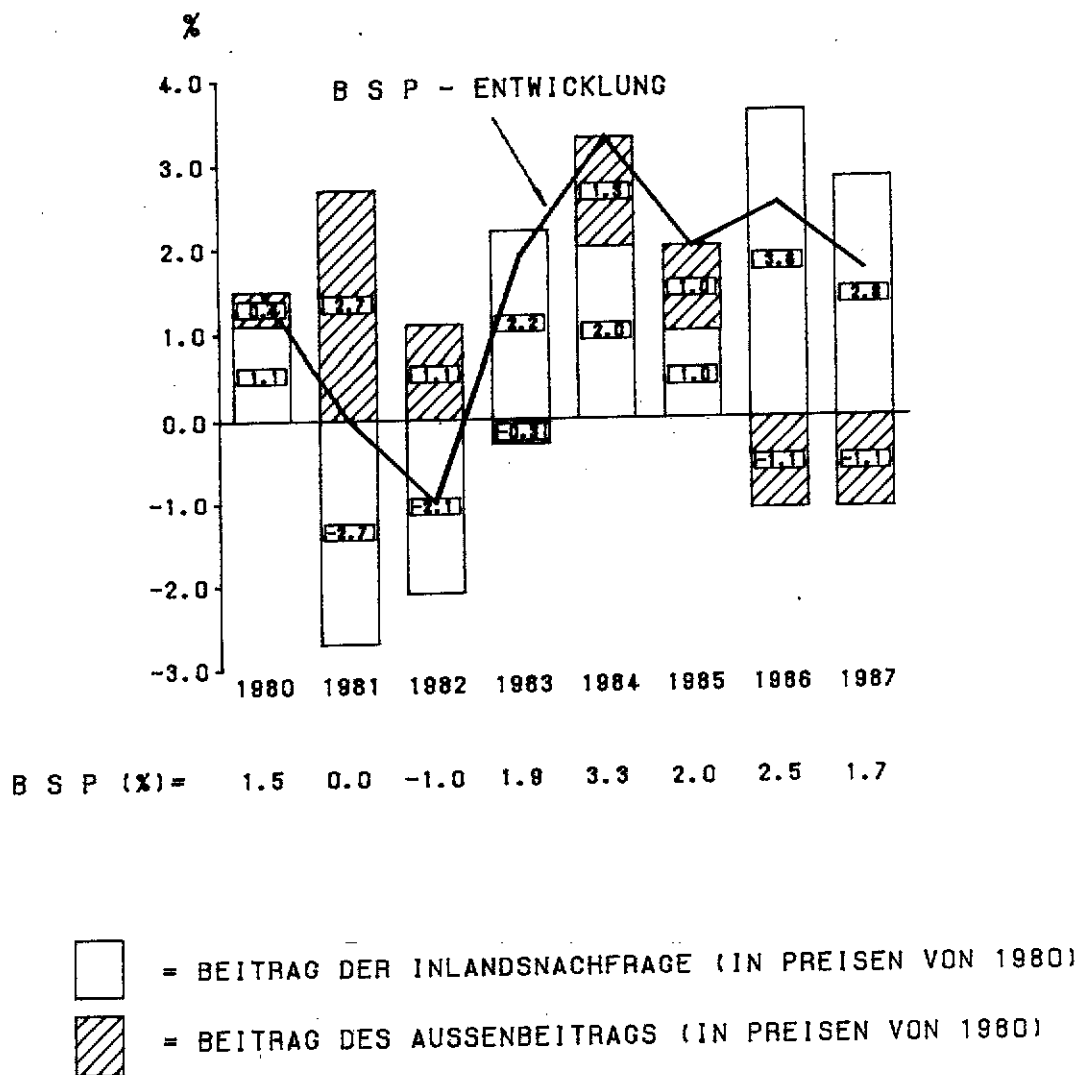
Für die *Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen* war die Jahresprojektion von einer realen Zunahme um + 1 bis + 2 v.H. ausgegangen. Tatsächlich kam es hier mit + 0,3 v.H. nahezu zu einer Stagnation, vor allem wegen der starken Belastung des Exportgeschäftes durch die Verschiebungen im Wechselkursgefüge. Wegen der schwächeren Zunahme der Gesamtnachfrage, also Inlandsnachfrage und Ausfuhren, — diese stieg um 2,2 v.H. statt wie projiziert um 3 bis 3 1/2 v.H. — nahmen die *Einfuhren von Waren und Dienstleistungen* mit 4,0 v.H. schwächer als erwartet zu (Jahresprojektion: + 5 bis + 6 v.H.). Der kontraktiv auf das Wirtschaftswachstum wirkende Effekt, der vom Außenbeitrag ausging, lag mit real mehr als 1 v.H. des Bruttosozialprodukts etwa in der Größenordnung, von der in der Jahresprojektion ausgegangen worden war.

2. Wegen des hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Wirtschaftswachstums fiel auch der *Anstieg der Erwerbstätigenzahl* mit 155 Tsd oder 0,6 v.H. schwächer aus. In der Jahresprojektion war die Zunahme auf 220 Tsd oder rd. 1 v.H. veranschlagt worden. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nahm um 153 Tsd oder 0,7 v.H., die der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 2 Tsd oder 0,1 v.H. zu. Die Ausweitung des Beschäftigungsstandes fand per Saldo ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen statt; im Produzierenden Gewerbe kam es bei verhaltener Produktionstätigkeit dagegen zu einer leichten Verringerung der Zahl der Beschäftigten.

Die in der Zunahme der Erwerbstätigenzahl zum Ausdruck kommende zusätzliche Arbeitskräftenachfrage fiel etwa genauso hoch aus wie das aus strukturellen Gründen nach wie vor steigende Arbeitskräfteangebot. Daher blieb die *Arbeitslosenzahl* mit knapp 2,23 Mio im Jahresdurchschnitt etwa auf dem Stand

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (Drucksache 10/6796)

**Einfluß von Inlandsnachfrage und Außenbeitrag
auf das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP)
im Vergleich zum Vorjahreszeitraum**



des Vorjahres (Jahresprojektion: Rückgang auf 2,15 Mio). Im Jahresverlauf kam es zu einem Anstieg, d.h. am Jahresende wurde das Niveau vor Jahresfrist um 90 Tsd. überschritten.

3. Die Preissituation blieb 1987 erwartungsgemäß günstig. Der Anstieg der Verbraucherpreise in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lag mit 0,6 v.H. in der projizierten Marge von 0 bis + 1 v.H. Der auf einem festen Wägungsschema beruhende und monatlich festgestellte Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg im Jahresdurchschnitt sogar nur um 0,2 v.H.

Der Preisindex des Bruttosozialprodukts — dieser mißt die Verteuerung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung im Inland — fiel dagegen mit + 2,1 v.H. höher als erwartet aus (Jahresprojektion: + rd. 1 1/2 v.H.). Dies lag einmal daran, daß der Lohnstückkostenanstieg aufgrund eines gegenüber den Annahmen der Jahresprojektion schwächeren Produktivitätsanstiegs höher ausfiel; zudem dürfte der Einfuhrpreisrückgang noch nicht vollständig in den Endnachfragepreisen weitergegeben worden sein, was zu einer Ausweitung der Ertragsmargen geführt hat.

4. Schwächeres reales Wachstum und ein etwas stärkerer Anstieg des Preisindex des Bruttosozialprodukts führten im Ergebnis dazu, daß die nominale Zunahme des Bruttosozialprodukts mit 3,9 v.H. noch der Untergrenze der Jahresprojektion (+ 4 bis + 4 1/2 v.H.) entsprach. Damit überschreitet das Sozialprodukt wie erwartet 2 Billionen DM.

Hauptsächlich wegen der wie erwähnt erheblich schwächeren Bauinvestitionen blieb die Zunahme der Inlandsnachfrage nominal mit 4,2 v.H. hinter den Erwartungen zurück (Jahresprojektion: + 4 1/2 bis + 5 1/2 v.H.). Die Rückführung des nominalen Außenbeitrags fiel mit 1,3 Mrd DM auf 109,3 Mrd DM oder 5,4 v.H. des Bruttosozialprodukts jedoch erheblich geringer als projiziert aus (Jahresprojektion: Verminderung um rd. 10 Mrd DM auf rd. 4 1/2 v.H. des Bruttosozialprodukts). Zwar verlief die reale Reduzierung der Überschussposition etwa wie unterstellt (vgl. Ziffer 1); das unerwartete Ausmaß der D-Mark-Höherbewertung führte jedoch zu einer kräftigeren Einfuhrverbilligung. Der realen Rückführung der außenwirtschaftlichen Überschussposition stand im Jahresdurchschnitt 1987 also nochmals eine über Erwarten starke terms-of-trade-Verbesserung gegenüber. Daher ging auch der Überschuß in der Leistungsbilanz nicht wie projiziert auf 3 v.H. des Bruttosozialprodukts zurück, sondern belief sich auf rd. 4 v.H. (1986: 4,1 v.H.).

5. Wie das nominale Sozialprodukt nahm auch das Volkseinkommen mit 4 v.H. noch entsprechend der Untergrenze der Jahresprojektion (+ 4 bis + 4 1/2 v.H.) zu. Dabei blieb die Brutto Lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer mit einer Steigerung um 3 v.H. ebenfalls an der unteren Grenze der projizierten Spanne von 3 bis 3 1/2 v.H. Aufgrund der etwas hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Ausweitung der Beschäftigung reichte der Anstieg der Summe der gesamten Bruttoeinkom-

men aus unselbständiger Arbeit mit 3,7 v.H. nicht ganz an die Annahme der Jahresprojektion (+ 4 bis + 4 1/2 v.H.) heran. Etwas stärker war dagegen mit 4,6 v.H. die Zunahme der gesamten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die somit im oberen Bereich der Vorstellungen vor einem Jahr blieb (Jahresprojektion: + 3 bis + 5 v.H.). Die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote verringerte sich nur noch leicht.

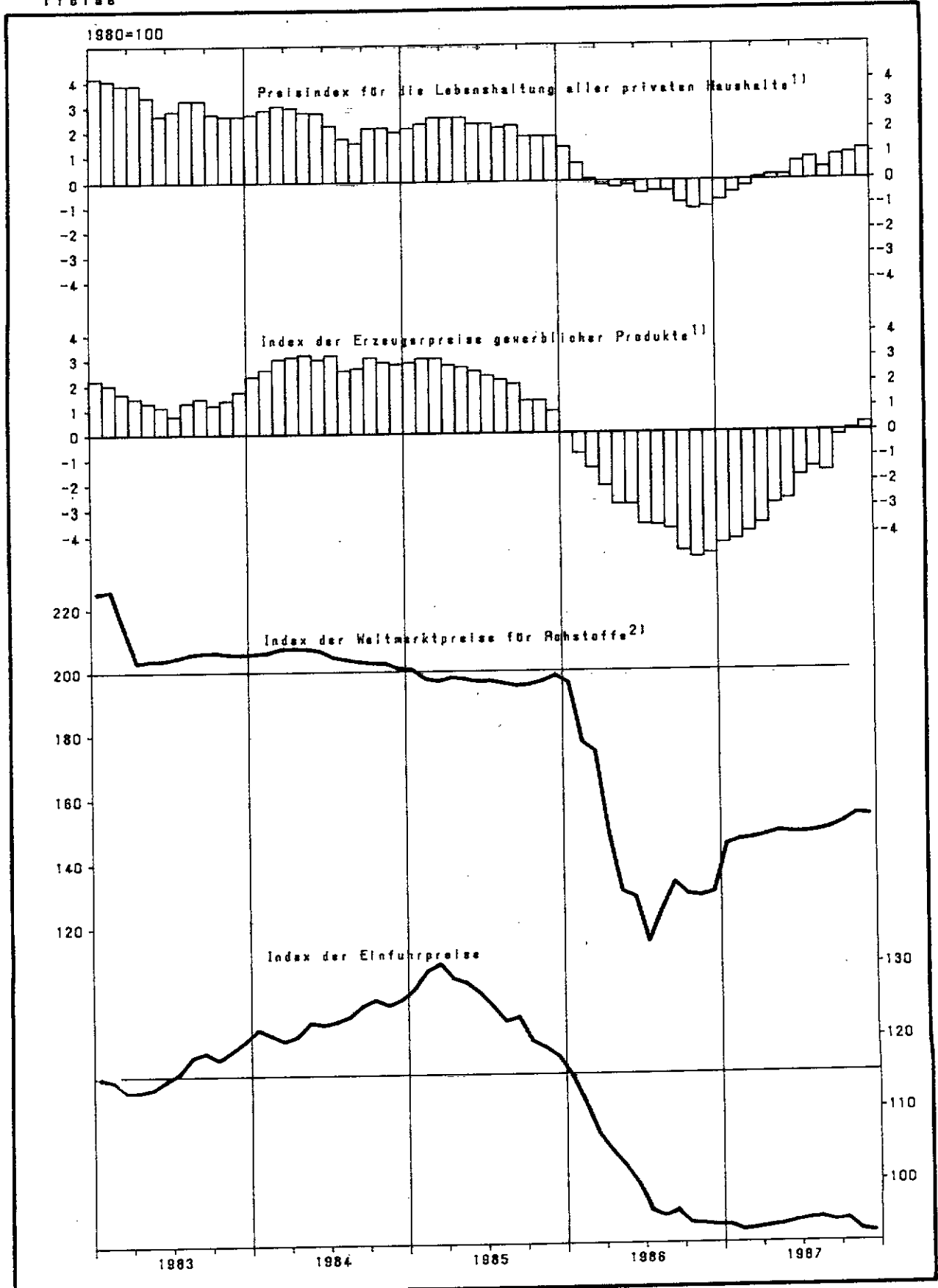
6. Der Anstieg der Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung entsprach mit 4 v.H. etwa der Obergrenze der Jahresprojektion (+ 3 1/2 bis + 4 v.H.). Dabei lag die Zunahme des Staatsverbrauchs mit 3,8 v.H. geringfügig unter den Erwartungen (Jahresprojektion: + 4 bis + 4 1/2 v.H.).

Der Anstieg der öffentlichen Einnahmen blieb mit rund 3 v.H. hinter der Untergrenze der Jahresprojektion (+ 3 1/2 bis + 4 1/2 v.H.) zurück. Während die Steuereinnahmen mit + 3,8 v.H. aufgrund des geringeren Sozialproduktwachstums das erwartete Ausmaß nicht erreichten (Jahresprojektion: + 4 1/2 bis + 5 1/2 v.H.), entsprach die Zunahme der Sozialversicherungsbeiträge mit 4 v.H. (Jahresprojektion: + 4 bis + 5 v.H.) der Untergrenze der projizierten Spanne. Der Rückgang der sonstigen Einnahmen fiel mit 7,8 v.H. höher als erwartet aus (Jahresprojektion: — 5 bis — 6 v.H.). In diesem verringerten Aufkommen schlägt sich vor allem der im Vergleich zu den Vorjahren niedrigere Bundesbankgewinn bei den Einnahmen des Bundes nieder.

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erhöhte sich das Finanzierungsdefizit von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung gegenüber 1986 um 10 1/2 Mrd DM auf 34,2 Mrd DM. Die Jahresprojektion war dagegen von einem im Ganzen unveränderten Finanzierungssaldo ausgegangen. Die Defizitauseitung fand ausschließlich bei den Gebietskörperschaften statt; die Überschussposition im Bereich der Sozialversicherung fiel zwar etwas geringer als im Jahr zuvor aus, blieb aber im Ganzen bestehen. Insgesamt belief sich der Anteil des staatlichen Finanzierungsdefizits — in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — auf 1,7 v.H. des Bruttosozialprodukts; die Jahresprojektion war von einem Anteil von rd. 1 v.H. ausgegangen.

7. Diesem höheren öffentlichen Kreditbedarf stand eine über die Erwartungen hinausgehende Geldvermögensbildung der privaten Haushalte gegenüber. Zudem hat die Beanspruchung des inländischen Mittelaufkommens durch den Unternehmenssektor (einschl. Wohnungswirtschaft) nicht, wie in der Jahresprojektion unterstellt, zugenommen, sondern abgemindert. Die Eigenmittel der Unternehmen sind kräftiger als die Bruttoinvestitionen gestiegen. Insgesamt wurde das Kapitalmarktaufkommen in geringerem Maße durch inländische Sektoren beansprucht als es den Annahmen der Jahresprojektion entsprach. Der Finanzierungsbedarf der übrigen Welt, wie er im Leistungsbilanzüberschuß zum Ausdruck kommt, wurde dagegen aus den erwähnten Gründen (vgl. Ziffer 4) weniger als erwartet abgebaut.

Preise



Quellen: Statistisches Bundesamt und HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung.

1) Veränderung gegen Vorjahresmonat in %.

2) Auf US-Dollar-Basis, 1975=100.

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1987
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

	Jahresprojektion	Tatsächliche Entwicklung ⁵⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
Entstehung des Sozialprodukts		
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+rd. 2½	+ 1,6
Erwerbstätige	+rd. 1	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-rd. ½	- 1,0
BIP je Erwerbstätigen	+rd. 1½	+ 1,0
BIP je Erwerbstätigenstunde	+rd. 2	+ 2,0
nachrichtlich:		
Arbeitslosenquote in v. H. A ¹⁾	(rd. 8½)	(8,9)
B ²⁾	(rd. 7½)	(7,9)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 3½ bis + 4½	+ 3,5
Staatsverbrauch	+ 4 bis + 4½	+ 3,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5 bis + 7	+ 2,9
Vorratsveränderung (Mrd DM)	(+ 2 bis + 6) ⁴⁾	(+ 10,2)
Inlandsnachfrage	+ 4½ bis + 5½	+ 4,2
Außenbeitrag (Mrd DM)	(+97 bis +101) ⁴⁾	(+109,3)
(in v. H. des BSP)	(rd. 4½)	(5,4)
Bruttosozialprodukt	+ 4 bis + 4½	+ 3,9
In Preisen von 1980		
Privater Verbrauch	+ 3 bis + 4	+ 3,0
Staatsverbrauch	+ 2 bis + 3	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3 bis + 5	+ 1,5
Ausrüstungen	+ 3 bis + 5	+ 4,2
Bauten	+ 3½ bis + 4½	- 0,4
Inlandsnachfrage	+ 3½ bis + 4	+ 2,9
Ausfuhren	+ 1 bis + 2	+ 0,3
Einfuhren	+ 5 bis + 6	+ 4,0
Bruttosozialprodukt	+rd. 2½	+ 1,7
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	0 bis + 1	+ 0,6
Inlandsnachfrage	+ 1 bis + 1½	+ 1,2
Bruttosozialprodukt	+rd. 1½	+ 2,1
Verteilung des Volkseinkommens		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 4 bis + 4½	+ 3,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 3 bis + 5	+ 4,6
Volkseinkommen	+ 4 bis + 4½	+ 4,0
nachrichtlich:		
Bruttolöhne- und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer ...	+ 3 bis + 3½	+ 3,0
Beschäftigte Arbeitnehmer	+rd. 1	+ 0,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ³⁾	+ 3½ bis + 4	+ 3,7
Sparquote	(rd. 11½)	(12,2)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

⁴⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1986

⁵⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1988

**Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
im Jahre 1987**
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung)

	Jahres- projektion der Bundes- regierung	Tatsäch- liche Entwick- lung ⁴⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.	
Einnahmen		
Steuern	+ 4½ bis + 5½	+ 3,8
Sozialbeiträge ¹⁾	+ 4 bis + 5	+ 4,0
Sonstige Einnahmen	- 5 bis - 6	- 7,8
Einnahmen insgesamt	+ 3½ bis + 4½	+ 2,9
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 4 bis + 4½	+ 3,8
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ²⁾	+ 2½ bis + 3½	+ 4,4
Investitionen	+ 7 bis + 8	+ 1,6
Ausgaben insgesamt	+ 3½ bis + 4	+ 4,0
Finanzierungssaldo in Mrd DM	-22 bis -26 ³⁾	-34,2
(in v.H. des BSP)	(-rd. 1)	(- 1,7)

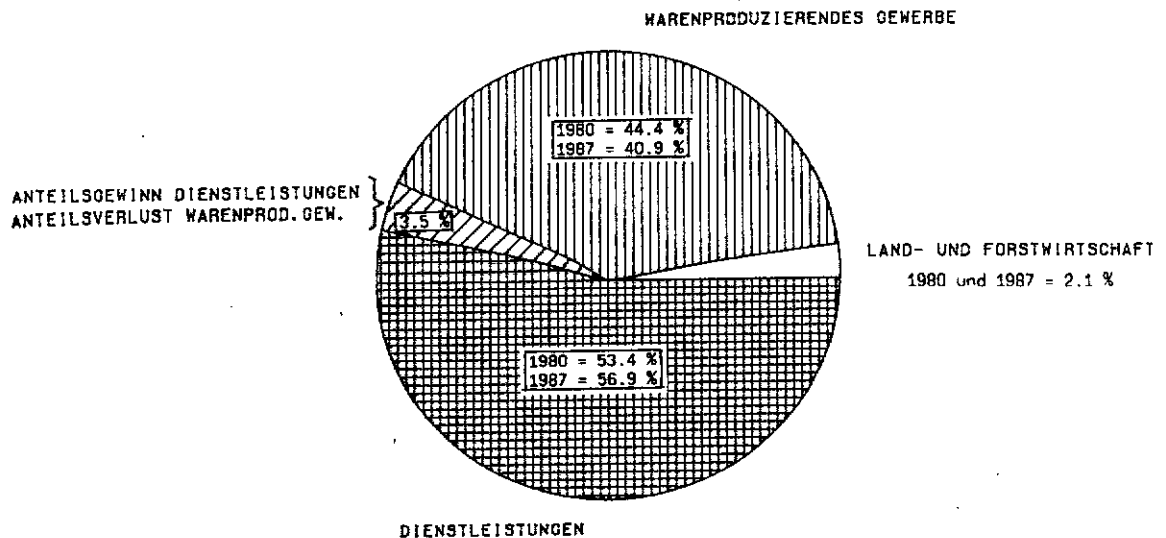
¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statisti-
schen Bundesamtes für 1986

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand:
Januar 1988

Anteile der Sektoren an der Wertschöpfung
— in Preisen von 1980 —
Anteilsveränderung 1980—1987



Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1983	1984	1985	1986	1987 ⁴⁾	1983	1984	1985	1986	1987 ⁴⁾
	Wirtschaftswachstum Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. ¹⁾					Verbraucherpreise Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H. ²⁾				
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,7	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,1	- 0,5	+ 0,6
USA	+ 3,6	+ 6,4	+ 3,0	+ 2,9	+ 2 ³ / ₄	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,2	+ 4
Japan	+ 3,2	+ 5,1	+ 4,7	+ 2,4	+ 3 ¹ / ₂	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,6	+ ¹ / ₄
Frankreich	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 1 ¹ / ₂	+ 9,6	+ 7,2	+ 5,7	+ 2,5	+ 3 ¹ / ₄
Großbritannien	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,3	+ 3 ³ / ₄	+ 5,0	+ 4,8	+ 5,2	+ 3,6	+ 3
Italien	- 0,2	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2 ³ / ₄	+15,2	+11,1	+ 9,3	+ 6,1	+ 5
Kanada	+ 3,1	+ 5,5	+ 4,3	+ 3,3	+ 3 ³ / ₄	+ 6,2	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,2	+ 4 ¹ / ₄
Spanien	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,2	+ 3,4	+ 4 ¹ / ₂	+12,2	+10,9	+ 8,3	+ 8,9	+ 5 ¹ / ₂
Niederlande	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 1 ³ / ₄	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,6	0	- ¹ / ₄
Schweden	+ 2,4	+ 4,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 2 ¹ / ₂	+10,6	+ 8,3	+ 7,3	+ 4,7	+ 4 ¹ / ₂
Schweiz	+ 0,8	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,7	+ 1 ¹ / ₂	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,7	+ 0,1	+ 1 ¹ / ₄
Belgien	- 0,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1 ¹ / ₄	+ 7,3	+ 6,1	+ 4,8	+ 1,4	+ 2
Österreich	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,7	+ 1	+ 3,0	+ 5,8	+ 3,5	+ 1,9	+ 1 ¹ / ₂
Dänemark	+ 2,0	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,4	- ³ / ₄	+ 7,3	+ 6,4	+ 4,9	+ 3,6	+ 4
Finnland	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,4	+ 3 ¹ / ₄	+ 8,6	+ 6,9	+ 5,9	+ 3,1	+ 3 ³ / ₄
Norwegen	+ 4,5	+ 5,7	+ 5,4	+ 4,4	+ 1 ³ / ₄	+ 8,4	+ 6,6	+ 5,8	+ 7,2	+ 8 ¹ / ₂
OECD-Länder insgesamt	+ 2,7	+ 4,7	+ 3,2	+ 2,8	+ 2 ³ / ₄	+ 5,6	+ 5,0	+ 4,5	+ 2,9	+ 3 ¹ / ₂
	Arbeitslose in v. H. aller Erwerbspersonen ³⁾					Leistungsbilanz in v. H. des BSP bzw. BIP				
Bundesrepublik Deutschland	8,1	8,1	8,2	7,9	7,9	- 0,6	1,3	2,4	4,1	4
USA	9,6	7,5	7,2	7,0	6 ¹ / ₄	- 1,4	- 2,8	- 2,9	- 3,3	- 3,5
Japan	2,7	2,7	2,6	2,8	3	1,8	2,8	3,7	4,4	3,7
Frankreich	8,5	10,0	10,2	10,5	10 ³ / ₄	- 0,9	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,4
Großbritannien	11,6	11,5	11,6	11,8	10 ³ / ₄	1,0	1,4	0,8	- 0,3	- 0,4
Italien	9,8	9,8	9,3	10,1	10 ³ / ₄	0,2	- 0,8	- 0,8	0,7	- 0,3
Kanada	11,9	11,3	10,5	9,6	9	0,7	0,8	- 0,2	- 1,8	- 1,6
Spanien	17,7	20,6	21,9	21,5	20 ³ / ₄	- 1,6	1,3	1,7	1,8	0,5
Niederlande	15,0	15,4	14,2	13,2	12 ³ / ₄	2,8	4,0	3,4	2,8	1,4
Schweden	3,3	2,5	2,4	2,2	2	- 1,0	0,4	- 1,2	0,9	- 0,1
Schweiz	0,8	1,2	1,0	0,8	³ / ₄	4,0	4,8	5,6	5,0	3,8
Belgien	12,9	12,9	12,0	11,4	11 ¹ / ₄	- 0,4	0	0,8	2,7	2,4
Österreich	4,1	3,8	3,6	3,1	3 ³ / ₄	0,3	- 0,3	- 0,3	0	0,5
Dänemark	10,5	10,1	9,0	7,9	8	- 2,1	- 3,0	- 4,6	- 5,2	- 2,6
Finnland	6,1	5,2	5,0	5,5	5 ¹ / ₄	- 1,9	0	- 1,4	- 1,2	- 1,8
Norwegen	3,3	3,0	2,6	2,0	2 ¹ / ₄	3,7	5,4	5,1	- 6,4	- 5,0
OECD-Länder insgesamt	8,8	8,5	8,4	8,3	8	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,4

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen

²⁾ Deflator des Privaten Verbrauchs

³⁾ Nationale Definition der Arbeitslosen

⁴⁾ Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

B. Jahresprojektion 1988

8. Im Gegensatz zur Situation vor einem Jahr, als es angesichts der eingetretenen Veränderungen im internationalen Wechselkursgefüge ein sehr breites, als Ausdruck von Unsicherheit zu wertendes Erwartungsspektrum für das Wirtschaftswachstum 1987 gab, herrschte bis zum Einsetzen der jüngsten Turbulenzen auf den Finanzmärkten im vergangenen Oktober ein verhältnismäßig übereinstimmendes Meinungsbild vor. So überwogen bis zum Herbst 1987 die Urteile, daß die Konjunktur 1988 nach Überwindung der gravierendsten außenwirtschaftlichen Anpassungslasten wieder an Schwung zulegen werde. Mit den Kursverlusten auf den Aktienmärkten und der neuerlichen starken Höherbewertung der D-Mark ist allerdings wieder Unsicherheit eingetreten. Wie der Sachverständigenrat sieht die Bundesregierung aber keine überzeugenden Gründe, daß es zu einer Rezession kommen wird (Ziffer 185 JG). Auch die Prognosen von Forschungsinstituten oder internationalen Organisationen gehen nicht von einem weltweiten Abschwungsprozeß aus, der auf die deutsche Wirtschaft übergreifen könnte. Unbeschadet unterschiedlicher Nuancierungen im Meinungsspektrum, das für das 1988 erzielbare Wachstum derzeit von 1 bis 2 v.H. reicht, besteht allgemein die Überzeugung, daß die Konstitution der deutschen Wirtschaft robust genug ist, trotz fortdauernder und neuerlicher Belastungen eine Fortdauer der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung zu gewährleisten. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß das Wachstum mit einer Spanne von 1 1/2 bis 2 v.H. im oberen Bereich der derzeitigen Erwartungen liegen dürfte.

Das abgelaufene Jahr hat wieder deutlich veranschaulicht, wie stark gesamtwirtschaftliche Ergebnisse von den von der staatlichen Politik nicht oder nur wenig beeinflussbaren Bedingungen des Wirtschaftens abhängig sind. Gesamtwirtschaftliche Voraussetzungen, die wie die Jahresprojektion bedingte Prognosen sind, müssen diese Bedingungen vorwegnehmen und als festen Rahmen ihren Rechenwerken zugrundelegen. Ändern sich eine oder gar mehrere solcher Bestimmungsgrößen, dann können auch die Ergebnisse von Vorausschätzungen nicht zutreffen.

Zu den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für 1988 gehört die Annahme, daß sich die Expansion von Weltkonjunktur und Welthandel in verhaltenem Tempo fortsetzt. Dies ist das Ergebnis der Annahmen der großen Mehrheit nationaler und internationaler Beobachter (so auch SVR, Ziffer 198 JG). Danach dürften von den Geschehnissen an den internationalen Börsen zwar gewisse Bremsspuren ausgehen, eine grundsätzliche Umkehr der aufwärtsgerichteten weltwirtschaftlichen Wachstumstendenz wird dagegen nicht erwartet. Voraussetzung dafür ist, daß die Anpassung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, insbesondere zwischen USA einerseits und Japan, Europa und den ostasiatischen Schwellenländern andererseits, weitere Fortschritte macht; hierzu gehört auch, daß die Stabilisierung der Devisenmärkte gelingt, eine Verschärfung des Protektionismus vermieden und eine krisenhafte Zuspitzung der

Verschuldungslage in den Entwicklungsländern verhindert wird.

In der Jahresprojektion wird in diesem Zusammenhang angenommen, daß es nach den ernsthaften Anstrengungen von Regierung und Kongreß in den Vereinigten Staaten von Amerika, das Defizit im Bundeshaushalt nachhaltig zu reduzieren, wieder zu einer stabileren Phase beim Wechselkurs des US-Dollars kommt. In der Jahresprojektion wird von keinen Wechselkursverschiebungen gegenüber dem zuletzt erreichten Niveau ausgegangen, die über neu entstehende Preis- und Kostendifferenzen hinausgehen. Ferner wird in der Jahresprojektion angenommen, daß das internationale Zinsniveau niedrig gehalten werden kann und daß das Zinsgefüge zwischen den Industrieländern die Tendenz zu wieder stabileren Wechselkursen stützt. Im übrigen geht die Jahresprojektion davon aus, daß sich die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten, einschl. des Erdöls, weiterhin im derzeitigen Rahmen bewegen werden.

Bei den binnenwirtschaftlichen Bedingungen geht die Jahresprojektion davon aus, daß die Ausgaben der öffentlichen Haushalte sich im Rahmen der Empfehlungen des Finanzplanungsrates halten werden. Ferner wird angenommen, daß unvermeidbare Einnahmeverluste, seien sie konjunktur- oder wechselkursbedingt, entsprechend den Beschlüssen der Bundesregierung vom 2. Dezember 1987 und 7. Januar 1988 hingenommen werden. Durch Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherung wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung somit gestützt. Erwartet wird, daß das Angebot der „Maßnahmen zur Verstärkung des Wachstums“ von den Gemeinden und Unternehmen angenommen wird. Weiterhin wird unterstellt, daß sich die Liquiditätspräferenzen von Unternehmen und privaten Haushalten angesichts des niedrigen Zins- und Preisniveaus nicht erhöhen und die Geldversorgung kein Hindernis für ein weiterhin niedriges Zinsniveau im Inland darstellen wird. Schließlich gehört zu den Annahmen der Jahresprojektion, daß die Tarifvertragsparteien bei ihren autonomen Entscheidungen in diesem Jahr den konjunkturellen Notwendigkeiten Rechnung tragen und bei dem verhältnismäßig geringen Verteilungsspielraum Einkommensverbesserungen den Vorzug vor weiteren Verkürzungen der Arbeitszeit geben.

9. Für die Exporte zeichnet sich zwar 1988 wieder ein realer Wachstumsbeitrag ab; dieser dürfte aber erneut deutlich hinter den Impulsen zurückbleiben, die von einer abermals kräftiger steigenden Importnachfrage an die Handelspartner ausgehen.

Das Sozialproduktwachstum der westlichen Industrieländer könnte unter den oben genannten Bedingungen trotz zusätzlicher Anpassungsfriktionen infolge erheblicher Wechselkursverschiebungen mit + 2 bis + 2 1/2 v.H. fast so hoch wie 1987 ausfallen. Dabei dürfte das Welthandelsvolumen 1988 mit einer Rate von 3 bis 4 v.H. wachsen. Etwa in diesem Ausmaß könnte sich unter Berücksichtigung der Regional- und Warenstruktur der deutschen Ausfuhr auch die Zunahme der deutschen Exportmärkte bewegen. Auch

für dieses Jahr ist allerdings zu erwarten, daß wegen der vorausgegangenen drastischen D-Mark-Aufwertung die deutschen Ausfuhren an der Expansion des Welthandels nicht in vollem Umfang teilnehmen können. Es dürfte also erneut zu begrenzten Marktanteilsverlusten am Welthandel zugunsten der Länder mit abwertenden Währungen kommen. Wie der Sachverständigenrat zu Recht betont, erweist sich aber neben einer vielgestaltigen Produktpalette die regional breite Streuung der deutschen Absatzmärkte mit Schwerpunkt Europa derzeit als Vorteil (Ziffer 209 JG). Trotz langsameren Marktwachstums in der europäischen Gemeinschaft begünstigt die größere Wechselkursstabilität hier die deutschen Exportchancen.

Unter den geschilderten Annahmen bezüglich Marktwachstum und Marktanteilsentwicklung wird unter der Bedingung eines stabilen realen Wechselkurses der D-Mark in der Jahresprojektion eine

nominale Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 2 1/2 bis 3 1/2 v.H.

erwartet (1987: — 0,4 v.H.). Real, d.h. preisbereinigt mit voraussichtlich nur geringfügig steigenden Ausfuhrpreisen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, würde dies eine Zunahme von 1 1/2 bis 2 1/2 v.H. (1987: 0,3 v.H.) bedeuten.

10. Obwohl für 1988 erstmals seit zwei Jahren wieder mit einer auch im Jahresdurchschnitt spürbar positiveren Exportentwicklung gerechnet wird, werden die wesentlichen Auftriebskräfte auch in diesem Jahr von der *Binnennachfrage* kommen; deswegen wird sich über ein kräftiges Einfuhrwachstum der Abbau der realen außenwirtschaftlichen Überschüsse fortsetzen.

11. Für 1988 wird mit einem fortgesetzten realen Anstieg der Investitionsausgaben der Unternehmen gerechnet, dieser wird aber niedriger als für die letzten Jahre veranschlagt. Dies gilt vornehmlich für die den außenwirtschaftlichen Anpassungszwängen ausgesetzten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Bemerkenswert ist immerhin, daß entgegen weitverbreiteter Ansicht die Börsenturbulenzen offenbar zu keinen signifikanten Planrevisionen geführt haben. Nach einer vorübergehenden Abschwächung war die Investitionstätigkeit der Wirtschaft unter Schwankungen bis zuletzt wieder aufwärtsgerichtet. Der Einschätzung des Sachverständigenrates ist daher zuzustimmen, daß seine Prognose der — überwiegend von Unternehmen getätigten — Ausrüstungsinvestitionen (+ 2 v.H.) am unteren Rand des Vertretbaren angesetzt sei (Ziffer 217 JG). Die Jahresprojektion geht hier, nicht zuletzt wegen der in Investitionsbefragungen signalisierten Bereitschaft der Unternehmen zum „Durchinvestieren“, von einer etwas höheren Zuwachsrate aus. Dafür sprechen auch die von der Bundesregierung beschlossenen „Maßnahmen zur Förderung des Wachstums“ im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Deutschen Bundespost (vgl. Ziffer 26 des JWB). Mehr an der Binnen-nachfrage orientierte Bereiche, wie der Handel und die Dienstleistungsunternehmen, dürften ihre Investitionsetats stärker als die warenproduzierenden Bereiche aufstocken. Ein relativ günstiges Bild über die

Investitionsneigung insgesamt vermitteln auch die im zweiten Halbjahr 1987 verzeichneten Auftragseingänge für Ausrüstungsgüter in wichtigen Investitionsgüterindustrien wie im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie.

Generell geht die Jahresprojektion wie auch der Sachverständigenrat davon aus, daß nicht allein die kurzfristig zu erwartenden Absatzchancen die Investitionsentscheidungen der Unternehmen bestimmen. Mit erhöhtem Wettbewerbsdruck hat in den letzten Jahren die Notwendigkeit zu investieren, um auf dem neuesten Stand der Technik zu bleiben, mehr und mehr zugenommen. Mit steigendem Wert der D-Mark dürfte sich der Modernisierungsbedarf eher noch erhöht haben (Ziffer 214 JG). Daneben besteht ein immer größer werdender Zwang, in Zukunft einer umweltschonenden Produktionstechnik größere Bedeutung zuzumessen, um einer Zerstörung der Umwelt und einer zunehmenden Technikfeindlichkeit vorzubeugen.

Ein ins Gewicht fallender Mangel an eigenen Mitteln oder Krediten zur Finanzierung ihrer Investitionen dürfte für die Mehrzahl der Unternehmen nicht bestehen. Auch der Sachverständigenrat spricht davon, daß die augenblickliche Gewinnsituation für nach wie vor gute Investitionsbedingungen sorgt (Ziffer 213 JG). Die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen lag in den letzten Jahren erheblich über dem langjährigen Durchschnitt der Vergangenheit. Niedrige Einfuhrpreise werden bei vielen Unternehmen dazu führen, daß auch bei gedrückten Exporterlösen die Gewinne stabil bleiben. Gegen eine stärkere Beeinträchtigung der Investitionsneigung spricht daneben, daß die Zinsen für Fremdmittel 1988 vergleichsweise niedrig ausfallen werden. Weniger attraktiv als in früheren Jahren dürfte wegen gesunkener Renditen auch die Anlage der Unternehmenserträge in Geldvermögen sein.

Insgesamt geht die Jahresprojektion von einem realen Anstieg der *Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen* um 2 bis 3 v.H. aus. Dabei dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen etwas kräftiger als die Bauinvestitionen der Wirtschaft erhöhen, da derzeit die Neigung zu Erweiterungsinvestitionen etwas nachzulassen scheint.

Die Annahme einer gemäßigten Aufwärtsentwicklung liegt auch der Einschätzung der *Wohnungsbauinvestitionen* zugrunde. Zwar ist wegen des hohen Wohnungsversorgungsgrades vom Zweifamilienhaus- und Geschößwohnungsbau weiterhin keine durchgreifende Belebung der Baunachfrage zu erwarten, wenn auch die hiervon ausgehenden dämpfenden Effekte allmählich nachlassen dürften. Der Bau von Einfamilienhäusern sowie insbesondere die Modernisierung des Wohnungsbestandes dürften dagegen die Nachfrage nach Bauleistungen stützen. Gesunkene Hypothekenzinsen werden voraussichtlich zusätzliche Impulse auslösen. Die niedrigere Rendite des Geldvermögens bzw. der starke Rückgang der Aktienkurse seit Oktober 1987 mögen auch manchem Investor die Immobilienanlage wieder attraktiver bzw. weniger risikoreich erscheinen lassen. Insgesamt könnte die Wohnungsbautätigkeit 1988 eher wieder leicht zunehmen.

Hinsichtlich der öffentlichen Investitionen wird wegen der im Rahmen der „Maßnahmen zur Förderung des Wachstums“ beschlossenen günstigeren Finanzierungsbedingungen für zusätzliche kommunale Investitionen durch Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau unterstellt, daß der aufgrund von Einnahmeausfällen von vielen, auch vom Sachverständigenrat (Ziffer 218 JG), befürchtete Rückgang der Bauinvestitionen der Gemeinden vermieden werden kann. In der Jahresprojektion wird angenommen, daß der reale Zuwachs der öffentlichen Investitionen 1988 bei 1/2 bis 1 v.H. liegen könnte.

Mit diesen Annahmen für die reale Entwicklung der Anlageinvestitionen der Unternehmen, der Wohnungswirtschaft und des Staates wird unter Berücksichtigung eines weiterhin nur mäßigen Preisanstiegs für Ausrüstungen und Bauten in der Jahresprojektion ein

nominaler Anstieg der Anlageinvestitionen von 2 1/2 bis 3 1/2 v.H.

(nach 2,9 v.H. im Vorjahr) für möglich gehalten. Real entspräche dies einem Anstieg von 1 bis 2 v.H. (nach 1,5 v.H. im Vorjahr). Dabei könnten die *Ausrüstungsinvestitionen* real um 2 bis 3 v.H. und die *Bauinvestitionen* um 1/2 bis 1 1/2 v.H. wachsen.

Nach der kräftigen Lageraufstockung im vergangenen Jahr werden 1988 von der *Vorratsveränderung* keine weiteren wesentlichen Impulse erwartet.

12. Der stärkste Beitrag zum Wachstum des Brutto-sozialprodukts dürfte auch 1988 von der Zunahme des *Privaten Verbrauchs* ausgehen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird allein durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Einkommensteuersenkung um ca. 1 v.H. erhöht. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme dürfte zwar bei etwas niedrigerer Anhebung der Durchschnittseinkommen als 1987 und wegen eines verglichen mit dem Vorjahr wahrscheinlich geringeren Beschäftigtenanstiegs mit rd. 3 v.H. etwas weniger stark zunehmen. Trotz wohl nochmals im Durchschnitt steigender Krankenkassenbeiträge werden die entlastenden Effekte der Steuersenkung aber zu einer deutlich beschleunigten Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltssumme führen. Während sie sich 1987 um 2,4 v.H. erhöhte, könnte sie 1988 um rd. 3 1/2 v.H. zunehmen. Je Beschäftigten gerechnet würde dies nach Abzug der erwarteten geringen Verbraucherpreissteigerung wiederum eine kräftige reale Erhöhung der Nettolöhne und -gehälter bedeuten. Auch die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen könnten 1988 bei anhaltend positiver Ertragsentwicklung aufgrund der Steuersenkungen beschleunigt wachsen, obwohl die Zunahme der Vermögenseinkommen durch niedrigere Zinsen geringer ausfallen könnte. Die vom Staat geleisteten Übertragungseinkommen dürften sich dagegen in diesem Jahr beim gesetzlichen status quo für die einzelnen Leistungsarten mit + 4 1/2 v.H. wieder etwas schwächer als 1987 entwickeln.

Insgesamt ergibt sich nach diesen Annahmen für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ein Anstieg von 3 1/2 bis 4 1/2 v.H. In welchem Maße

dabei der nominale Private Verbrauch expandiert, hängt vom Sparverhalten der privaten Haushalte ab; dieses ist wie immer unterschiedlich wirkenden Einflüssen unterworfen: Stark steigende Einkommen werden einerseits häufig erst mit einer zeitlichen Verzögerung zu einer Erhöhung des Verbrauchs genutzt. Hinzu kommt, daß eine Verunsicherung der Konsumenten als Folge der jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten möglicherweise vorübergehend ein vorsichtigeres Disponieren der privaten Haushalte bewirken könnte. Ein wesentlicher direkter Einfluß der gesunkenen Aktienkurse auf das Sparverhalten ist angesichts des geringen Anteils der Aktien am Geldvermögensbestand der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland allerdings nicht zu erwarten. Andererseits ist damit zu rechnen, daß die gesunkenen Zinsen die Sparneigung mindern, die Bereitschaft zur Aufnahme von Konsumentenkrediten erhöhen und so zu einer hohen Verbrauchsintensität beitragen werden. In der Jahresprojektion wurde deshalb in Abwägung all dieser Gesichtspunkte von einer gegenüber dem Vorjahr konstanten Sparquote ausgegangen.

Unter diesen Voraussetzungen könnte

der Private Verbrauch nominal um 3 1/2 bis 4 1/2 v.H.

zunehmen (nach 3,5 v.H. im Vorjahr). Real würde dies wiederum einen fühlbaren Anstieg von 2 1/2 bis 3 1/2 v.H. bedeuten (1987: 3,0 v.H.).

13. Die Planungen in den Haushalten der Gebietskörperschaften deuten für 1988 auf eine leichte Abschwächung des laufenden Ausgabenanstiegs hin. Die Personalkosten sollen dabei unter Einrechnung eines die Haushaltssituation angemessen berücksichtigenden Einkommensanstiegs und restriktiver Stellenpläne unterdurchschnittlich zunehmen; für die Sachausgaben ist ein leicht überproportionaler Anstieg geplant. Die Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich dürften nach den zur Zeit absehbaren Tendenzen etwa im Ausmaß von 1987 ausgeweitet werden. In der Jahresprojektion wird unter diesen Annahmen von einer

nominalen Zunahme des Staatsverbrauchs um 3 bis 4 v.H.

ausgegangen (1987: 3,8 v.H.). In realer Rechnung entspräche dies einem Anstieg von 1 bis 2 v.H. (nach 1,5 v.H. im Vorjahr).

14. Die Annahmen für die Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Ausfuhren ergeben zusammengekommen einen nominalen Anstieg der *volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage* um 3 bis 4 v.H. (nach 3,0 v.H. im Vorjahr). Nach Berücksichtigung der voraussichtlichen Preissteigerung für die Endnachfragekomponenten verbleibt für die gesamte Güterverwendung ein realer Zuwachs von 2 bis 3 v.H. (1987: 2,2 v.H.). Für die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen wird unter Berücksichtigung der sich nach den jüngsten Veränderungen im Wechselkursgefüge nochmals verbessernden preislichen Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter auf den heimischen

Märkten, die in einem nur schwachen Anstieg der Einfuhrpreise zum Ausdruck kommt, dennoch mit einem kräftigen nominalen Anstieg von 4 1/2 bis 5 1/2 v.H. gerechnet (1987 dagegen — 0,3 v.H.). Real bedeutet dies eine Zunahme um 4 bis 5 v.H. (nach 4,0 v.H. im Vorjahr). Die Importneigung der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere beim Warenhandel, die sich 1987 — wohl als Folge der Wechselkurs-situation — deutlich erhöht hat, bleibt somit kräftig. Für Dienstleistungsausgaben dürfte sich nominal wie real eine Steigerung des Expansionstempos ergeben, was u.a. auf die Dynamik der Reiseverkehrsausgaben zurückzuführen ist.

Auf der Basis der Annahmen über die Aus- und Einfuhrentwicklung für Güter und Dienstleistungen errechnet sich damit für 1988 ein

nominaler Außenbeitrag in der Größenordnung von 100—104 Mrd DM

(nach 109,3 Mrd DM im Vorjahr). Abermals deutlicher fällt die Rückbildung des Saldos im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland in realer Rechnung aus. In der geringeren nominalen Rückführung des Außenbeitrags spiegelt sich die angenommene leichte terms-of-trade-Verbesserung im Jahresdurchschnitt 1988 wider, mit der nach der vorangegangenen Höherbewertung der D-Mark nochmals zu rechnen ist.

Bei dieser Entwicklung wird sich der Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt real von knapp 3 v.H. auf 2 bis 2 1/2 v.H. vermindern. Die Bundesrepublik wird also auch 1988 in erheblichem Ausmaß zum Abbau der internationalen Ungleichgewichte beitragen.

Die Annahmen der Jahresprojektion bezüglich Inlandsnachfrage und Außenbeitrag ergeben zusammen für 1988 einen

Anstieg des nominalen Sozialprodukts von 3 bis 3 1/2 v.H.

(nach 3,9 v.H. im Vorjahr).

15. Auch 1988 bleibt ein Jahr stabiler Preise. Die Bundesregierung sieht für die Zukunft die Inflationsgefahren nicht, die die Mehrheit des Sachverständigenrates zu unterstellen scheint. Insbesondere kann sie derzeit keine Verstärkung der Inflationserwartungen in der Bundesrepublik Deutschland erkennen (Ziffer 320 ff. JG). Zwar erscheint die Geldversorgung reichlich, doch sind die Preiserhöhungsspielräume angesichts moderat steigender Lohnstückkosten bei intensivem in- und ausländischem Wettbewerb begrenzt. Auch von den Einfuhrpreisen, die im Jahresverlauf unter den Annahmen der Jahresprojektion bezüglich Weltmarktpreise und Wechselkursentwicklung allenfalls leicht steigen werden, dürfte kaum ein nennenswerter Kostendruck ausgehen. Im Verlauf von 1988 dürften die Nahrungsmittelpreise und vermutlich auch die Energiepreise weitgehend stabil bleiben. Der Anstieg des Preisniveaus der anderen verbrauchsbestimmten Warengruppen und Dienstleistungen wird voraussichtlich mäßig bleiben. Nach vorübergehendem leichten Anziehen hat sich die Ver-

braucherpreisrate im Verlauf zuletzt wieder abgeschwächt. Unter den getroffenen Annahmen könnte der

Anstieg der Verbraucherpreise 1988 auf rd. 1 v.H.

begrenzt werden (1987: 0,6 v.H.).

Der Preisindex der letzten inländischen Verwendung dürfte sich um rd. 1 1/2 v.H. und damit geringfügig stärker als die Verbraucherpreise erhöhen. Dies folgt aus den erwarteten etwas höheren Preiskursen für den Staatsverbrauch und die Investitionsgüter.

Die Entwicklung der nominalen Kosten des Produktionsfaktors Arbeit bleibt 1988 bei dem erwarteten Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (s. Ziffer 17 dieser Anlage) moderat. Zusammen mit dem sich aus den Annahmen der Jahresprojektion über Produktion und Erwerbstätigkeit ergebenden Produktivitätswachstum (s. Ziffer 16 dieser Anlage) errechnet sich ein Lohnstückkostenanstieg von rd. 1 1/2 v.H. Die Entwicklung der Stückgewinne, die Ergebnis von Marktprozessen ist, läßt sich nur schwer im vorhinein quantifizieren. Die Jahresprojektion unterstellt, daß angesichts einer hohen Wettbewerbsintensität auf den Absatzmärkten im In- und Ausland eine das Ausmaß des Lohnstückkostenanstiegs übersteigende Ausweitung der Gewinnmargen nicht wahrscheinlich ist. Da auch die Verbrauchsteuern nicht erhöht werden, ergibt sich für den Preisindex des Bruttosozialprodukts, als Indikator für die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung, eine Zunahme um etwa 1 1/2 v.H.

16. Aus diesen Annahmen für die nominale Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Preiskomponenten errechnet sich im Jahresdurchschnitt 1988

real ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von 1 1/2 bis 2 v.H.

Die Inlandsnachfrage würde mit 2 1/2 bis 3 v.H. — wie bereits 1986 und 1987 — überproportional zunehmen.

Die Arbeitsproduktivität, hier gerechnet als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, könnte 1988 etwas stärker als im Vorjahr ansteigen, in dem sie sich nur um rd. 1 v.H. erhöhte. Ursache dieser schwächeren Entwicklung war neben der starken Zunahme der Teilzeitarbeit in den privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichen offenbar das Bemühen mancher Unternehmen, in Erwartung einer dynamischeren Wirtschafts- und Exportentwicklung Arbeitskräfte zunächst durchzuhalten. In der Jahresprojektion wird davon ausgegangen, daß aufgrund der durch die Wechselkursentwicklung möglicherweise vorsichtigeren Einschätzung der Absatzchancen der Anstieg der Erwerbstätigenzahl im Jahre 1988 etwas geringer als im Vorjahr ausfällt. Bremsend auf die Beschäftigungszunahme dürfte sich auch der Abbau von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Branchen auswirken. Mit der Abschwächung der Wachstumsdynamik ist die Notwendigkeit der bisher hinausgezögerten Anpassung in diesen Problembereichen jetzt unaufschiebbar geworden. Unter der Annahme, daß die

Arbeitszeit je Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft in etwa gleichem Maße zurückgeht wie in den Vorjahren, könnte die Produktivität je Erwerbstätigen um rd. 1 1/2 v.H. und

die Zahl der Erwerbstätigen um bis zu 1/2 v.H. bzw. ca. 60.000 zunehmen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer dürfte in annähernd gleichem Ausmaß steigen. Dabei kann man davon ausgehen, daß sich die Zahl der Arbeitsplätze vor allem in den Dienstleistungsbereichen weiterhin erhöht.

Angesichts der zunächst noch zu erwartenden weiteren *Zunahme des Erwerbspersonenangebots*, die auch in diesem Jahr die weiter wachsende Arbeitskräftenachfrage noch übertreffen dürfte, ist deshalb 1988 nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl zu rechnen. Ein Anstieg des Angebots an Arbeitskräften dürfte vor allem von einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit sowie von positiven Wanderungssalden sowohl der Deutschen als auch der Ausländer herrühren. Die Zunahme des demographisch bedingten Erwerbspersonenangebots dürfte sich dagegen 1988 aufgrund der nunmehr verstärkt in das erwerbsfähige Alter wachsenden geburtenschwachen Jahrgänge deutlich reduzieren und im wesentlichen nur noch von der ausländischen Wohnbevölkerung getragen werden.

Insgesamt wird davon ausgegangen, daß 1988

die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt bei rd. 9 v.H. (1987: 8,9 v.H.) der unselbstständigen Erwerbspersonen bzw. bei rd. 8 v.H. (1987: 7,9 v.H.) aller Erwerbspersonen

liegen könnte. Wenn es damit auch nicht zu einer im Jahresdurchschnitt niedrigeren Arbeitslosenzahl als im Vorjahr kommen würde, so geht die Jahresprojektion dennoch davon aus, daß im Jahresverlauf wieder eine leichte Abnahme einsetzen kann.

17. Mit einer *Zunahme von 3 bis 3 1/2 v.H.* dürfte das *Volkseinkommen* nach den Annahmen der Jahresprojektion in etwa gleichem Ausmaß wie das nominale Brutto sozialprodukt wachsen. Bei der Abschätzung der Verteilung des Volkseinkommens auf die Primäreinkommen wurde — angesichts der bereits getroffenen längerfristigen Vereinbarungen in einigen Bereichen und in der Erwartung, daß die noch ausstehenden Tarifabschlüsse sich vor allem an den Erfordernissen einer Stärkung des binnenwirtschaftlichen Wachstums orientieren — ein Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer von 2 1/2 bis 3 v.H. unterstellt. Nimmt man ferner an, daß die Beschäftigung wie dargelegt weiter zunimmt und die Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Sicherung wegen wahrscheinlich nochmals etwas höherer Beitragsätze zur gesetzlichen Krankenversicherung abermals leicht überproportional steigen werden, so dürfte

das Wachstum des Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit 3 bis 3 1/2 v.H.

betragen (nach 3,7 v.H. im Vorjahr).

Dann ergäbe sich auch für das

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen eine Zunahme von 3 bis 3 1/2 v.H.

(1987: + 4,6 v.H.).

Unter diesen Annahmen würden sich die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die in dieser Abgrenzung auch die Vermögenseinkommen aller Bevölkerungsgruppen, also auch der Arbeitnehmer und Nichterwerbstätigen enthalten, insgesamt parallel zum Einkommen aus unselbstständiger Arbeit entwickeln.

Die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote dürfte somit 1988 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben. Die vom Sachverständigenrat als Verteilungskonzept neu konzipierte *Kosten-Erlös-Relation* (Ziffer 164 ff. JG) bliebe damit ebenfalls in etwa stabil.

18. Nach den derzeitigen *Ausgabenplanungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung* dürften die Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1988 um 3 1/2 bis 4 1/2 v.H. steigen. In diesem Ansatz sind die im Dezember 1987 beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung des Wachstums über die Gewährung zinsgünstiger Darlehen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Förderung kommunaler Investitionen berücksichtigt. Aufgrund dieser Maßnahmen ist mit der Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus der öffentlichen Investitionstätigkeit zu rechnen. Unter den laufenden Ausgaben dürften die Einkommens- und Vermögensübertragungen wegen des unabwendbaren finanziellen Mehrbedarfs der Europäischen Gemeinschaften überdurchschnittlich zunehmen; der Staatsverbrauch wird dagegen voraussichtlich unterproportional steigen. Die Ausgaben der Sozialversicherung dürften sich im Vergleich zum Gesamtausgabenwachstum etwas stärker ausweiten, zum Teil bedingt durch das Wirkenlassen automatischer Stabilisatoren. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften werden nach den Annahmen der Jahresprojektion demgegenüber schwächer zunehmen.

Bei den *Gesamteinnahmen* wird mit einem Anstieg um 1 1/2 bis 2 1/2 v.H. gerechnet. Hier schlägt das Inkrafttreten der Steuersenkungsstufe 1988 erheblich zu Buche. Die Steuereinnahmen steigen daher mit 1 bis 2 v.H. voraussichtlich deutlich langsamer als das nominale Brutto sozialprodukt, was in einer Absenkung der volkswirtschaftlichen Steuerquote um knapp 1/2 v.H.-Punkt zum Ausdruck kommt. Dagegen dürften die Sozialbeiträge mit 3 1/2 bis 4 1/2 v.H. entsprechend ihrer Bemessungsgrundlagen etwas kräftiger zunehmen. Für die sonstigen Einnahmen wird mit — 5 bis — 6 v.H. wiederum mit einem kräftigen Rückgang gerechnet. Hier schlägt sich vor allem nieder, daß der Bund wechselkursbedingt voraussichtlich mit keinen Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn rechnen kann.

Da die Einnahmen aufgrund der Steuersenkung und wegen des wechselkursbedingt ausbleibenden Bundesbankgewinns insgesamt langsamer zunehmen werden als die Ausgaben, ist damit zu rechnen, daß das *Finanzierungsdefizit von Gebietskörperschaften*

und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1988 von 1,7 v.H. auf rd. 2 1/2 v.H. des nominalen Bruttosozialprodukts steigt. Absolut würde es sich damit auf 52 bis 58 Mrd DM belaufen. Für die Gebietskörperschaften bedeutet dies eine Ausweitung ihres Finanzierungsdefizits, während der Finanzierungsüberschuß der Sozialversicherung voraussichtlich etwas zurückgehen wird.

19. Diesem nach den Annahmen der Jahresprojektion steigenden staatlichen Finanzierungsbedarf steht ein geringerer Nettokapitalexport in die übrige Welt gegenüber; dies kommt auch in dem abnehmen-

den Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck. Einhergehen dürfte die Rückbildung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts mit einer voraussichtlich gegenüber 1987 hoch bleibenden Selbstfinanzierungsquote der Unternehmensinvestitionen (einschließlich Wohnungswirtschaft); diese war in den letzten Jahren bei guter Ertragslage deutlich angestiegen. Von Seiten der Ersparnis der privaten Haushalte wird mit einem zunehmenden Mittelaufkommen gerechnet, auch wenn gemäß den Annahmen der Jahresprojektion die Sparquote der privaten Haushalte gegenüber 1987 – gemessen an dem weiter steigenden verfügbaren Einkommen – konstant bleibt.

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1984 bis 1987
und Eckwerte der Jahresprojektion 1988**

	1984	1985 ¹⁾	1986 ¹⁾	1987 ²⁾	1988 ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.				
Entstehung des Sozialprodukts					
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 (BIP)	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,6	+ 1,6	+ 1½ bis + 2
Erwerbstätige	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,6	bis zu + ½
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,2	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- ½ bis - 1
BIP je Erwerbstätigen	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ rd. 1½
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 2 bis + 2½
nachrichtlich:					
Arbeitslosenquote in v. H. A ¹⁾	(9,1)	(9,3)	(9,0)	(8,9)	(rd. 9)
B ²⁾	(8,1)	(8,2)	(7,9)	(7,9)	(rd. 8)
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 3½ bis + 4½
Staatsverbrauch	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,4	+ 3,8	+ 3 bis + 4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,1	+ 1,7	+ 4,4	+ 2,9	+ 2½ bis + 3½
Vorratsveränderung (Mrd DM)	(+ 6,6)	(- 1,2)	(- 2,9)	(+10,2)	(+ 8 bis + 12)
Inlandsnachfrage	+ 4,4	+ 3,1	+ 3,9	+ 4,2	+ 3½ bis + 4
Außenbeitrag (Mrd DM)	(+54,9)	(+77,2)	(+110,6)	(+109,3)	(+100 bis +104)
(in v. H. des BSP)	(3,1)	(4,2)	(5,7)	(5,4)	(rd. 5)
Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980					
Privater Verbrauch	+ 1,5	+ 1,8	+ 4,3	+ 3,0	+ 2½ bis + 3½
Staatsverbrauch	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 1 bis + 2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,8	+ 0,1	+ 3,1	+ 1,5	+ 1 bis + 2
Ausrüstungen	- 0,5	+ 9,4	+ 4,1	+ 4,2	+ 2 bis + 3
Bauten	+ 1,6	- 5,6	+ 2,4	- 0,4	+ ½ bis + 1½
Inlandsnachfrage	+ 2,0	+ 1,0	+ 3,7	+ 2,9	+ 2½ bis + 3
Ausfuhren	+ 9,0	+ 7,2	- 0,2	+ 0,3	+ 1½ bis + 2½
Einfuhren	+ 5,3	+ 4,7	+ 3,5	+ 4,0	+ 4 bis + 5
Bruttosozialprodukt Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 2,5	+ 2,1	- 0,5	+ 0,6	+ rd. 1
Inlandsnachfrage	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,2	+ 1,2	+ rd. 1½
Bruttosozialprodukt	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,1	+ rd. 1½
Verteilung des Volkseinkommens					
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 3,6	+ 3,9	+ 5,0	+ 3,7	+ 3 bis + 3½
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+10,6	+ 6,5	+ 9,8	+ 4,6	+ 3 bis + 3½
Volkseinkommen					
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,0	+ 2½ bis + 3
Beschäftigte Arbeitnehmer	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,7	bis zu + ½
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte ³⁾	+ 4,7	+ 3,9	+ 4,6	+ 3,7	+ 3½ bis + 4½
Sparquote	(11,4)	(11,4)	(12,1)	(12,2)	(12)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

⁴⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

⁵⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1988

⁶⁾ Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1984	1985 ¹⁾	1986 ¹⁾	1987 ²⁾	1988 ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v. H.				
Einnahmen					
• Steuern	+ 5,9	+ 4,7	+ 2,9	+ 3,8	+ 1 bis + 2
Sozialbeiträge ⁴⁾	+ 4,9	+ 5,0	+ 5,3	+ 4,0	+ 3½ bis + 4½
Sonstige Einnahmen	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,0	- 7,8	- 5 bis - 6
Einnahmen insgesamt	+ 5,3	+ 4,9	+ 3,7	+ 2,9	+ 1½ bis + 2½
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,4	+ 3,8	+ 3 bis + 4
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ⁵⁾	+ 4,2	+ 2,3	+ 3,1	+ 4,4	+ 4 bis + 5
Investitionen	- 0,1	+ 2,2	+ 9,2	+ 1,6	+ 2 bis + 3
Ausgaben insgesamt	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,0	+ 3½ bis + 4½
Finanzierungssaldo in Mrd DM	-33,7	-21,1	-23,5	-34,2	-52 bis -58
(in v. H. des BSP)	(- 1,9)	(- 1,1)	(- 1,2)	(- 1,7)	(- rd. 2½)

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1988

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁵⁾ Einschließlich Zinsen

Beschluß

des Bundesrates

zum

Jahresgutachten 1987/88 des Sachverständigenrates zur Begutach-
tung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 587. Sitzung am 18. März 1988 beschlossen, zu dem Jahresgutachten 1987/88 und zu dem Jahreswirtschaftsbericht 1988 wie aus der Anlage ersichtlich Stellung zu nehmen.

Anlage

S t e l l u n g n a h m e

zum

Jahresgutachten 1987/88 des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung

1. Der Bundesrat nimmt das Jahresgutachten 1987/88 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Jahreswirtschaftsbericht 1988 der Bundesregierung zur Kenntnis.
2. Der Bundesrat teilt die Auffassung von Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß sich die deutsche Wirtschaft trotz spürbar schwieriger gewordener außenwirtschaftlicher Bedingungen auch 1987 insgesamt befriedigend entwickelt hat. Wirtschaftswachstum und anhaltende Preisstabilität haben sich dabei für breite Schichten der Bevölkerung in Form beachtlicher Realeinkommenssteigerungen ausgezahlt. Die beruflichen Chancen der Jugend konnten weiter verbessert werden. 177 000 Personen fanden zusätzlich Arbeit.

Der Bundesrat bedauert allerdings, daß es wegen des gleichzeitig gestiegenen Arbeitskräfteangebots nicht gelungen ist, die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen.

3. Der Bundesrat erkennt die beträchtlichen außenwirtschaftlichen Belastungsmomente nicht, die das aktuelle Konjunktugeschehen begleiten. Er geht davon aus, daß die Bundesrepublik Deutschland in Gestalt eines weiter rückläufigen realen Außenbeitrages, der zum Abbau der noch bestehenden internationalen Handelsungleichgewichte unumgänglich ist, auch 1988 Wachstums- und Beschäftigungspotentiale an das Ausland abtreten muß.

Auch er hält in diesem Jahr gleichwohl eine reale Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung von mehr als 1 % - getragen von einer insgesamt robusten Binnen- nachfrage - bei nahezu stabilen Preisen für erreichbar.

4. Sorge bereitet dem Bundesrat allerdings die im Zuge der Turbulenzen an den Aktien- und Devisenmärkten schwächer gewordene Investitionsneigung in der Wirtschaft. Er fordert die Bundesregierung deshalb auf, alle bestehenden Möglichkeiten für eine weitere Verbesserung der Investitionsbedingungen in der Bundesrepublik auszuschöpfen. Nur bei einer angemessen hohen Investitionsdynamik läßt sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft langfristig sichern, ist der unumgängliche Strukturwandel sozialverträglich zu bewältigen, sind die dringend notwendigen Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt erreichbar.

Der Bundesrat legt in diesem Zusammenhang großen Wert darauf, daß das Eigenkapitalhilfeprogramm als wichtiges Instrument zur Förderung kleiner und mittlerer Existenzen in effektiver Form weitergeführt wird.

Er spricht sich dafür aus, die eingeleitete Politik für mehr Markt, mehr dynamischen Wettbewerb und weniger Staat durch gezielte Entbürokratisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsaktivitäten mit Augenmaß fortzusetzen und damit gerade auch dem Mittelstand neue Investitions- und Beschäftigungschancen zu eröffnen. Er erkennt dabei vor

allen auch die Notwendigkeit an, die Deutsche Bundespost durch organisatorische Maßnahmen flexibler und kundenorientierter und durch die Stärkung marktwirtschaftlicher Elemente effizienter und wettbewerbsoffener zu gestalten. Eine Neuordnung des Post- und Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland erscheint dringlich im Hinblick auf die enorm zunehmende Bedeutung der Telekommunikation für das gesamte Wirtschaftsgeschehen.

Darüber hinaus bekräftigt der Bundesrat seine Forderung nach einem ausgewogenen forschungs- und technologiepolitischen Gesamtkonzept der Bundesregierung, das der Wirtschaft u. a. Gewißheit darüber gibt, mit welchen Forschungs- und Entwicklungshilfen des Bundes die Länder in Zukunft rechnen können. Dies schließt ein, daß bei der Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsfördermitteln im Rahmen des Möglichen die Aspekte der regionalen Entwicklung zu berücksichtigen sind.

5. Der vor allem durch die drastische Dollarabwertung verschärfte Preiswettbewerb auf zahlreichen Märkten des In- und Auslandes erfordert nach Auffassung des Bundesrates neben einem hohen Aktivitätsniveau bei Investitionen, Innovationen und bei der beruflichen Bildung zugunsten der Stärkung der fundamentalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auch eine Politik der Kostenbegrenzung. Nur so kann der Produktionsstandort Bundesrepublik Deutschland attraktiv für Investoren bleiben.

Der Bundesrat unterstreicht die Notwendigkeit tragbarer Energiepreise sowie wettbewerbsfähiger Transport- und Telekommunikationskosten. Er hält Reformen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, die zu einer kontrollierten Entwicklung der Lohnnebenkosten beitragen, für unerlässlich. Dabei geht er davon aus, daß einseitige Belastungen vermieden werden. Er spricht sich vor dem Hintergrund der vergleichsweise hohen Belastung der deutschen Wirtschaft

mit spezifischen Unternehmensteuern auch dafür aus, im Anschluß an die Steuerreform 1990 im Rahmen einer umfassenden Reform der Unternehmensbesteuerung weitere gezielte steuerliche Entlastungen für die Unternehmen in Angriff zu nehmen.

6. Der Bundesrat läßt keinen Zweifel daran, daß die für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft primär bedeutsamen Arbeitskosten weitgehend durch Entscheidungen der autonomen Tarifpartner bestimmt werden. Er appelliert an die Tarifparteien, sich im Hinblick auf die Gestaltung von Lohnniveau, Lohndifferenzierung, Arbeitszeiten und Flexibilität des Arbeitseinsatzes ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung für Arbeitsplätze und Beschäftigung mehr denn je bewußt zu sein. Fehlentwicklungen in diesem Bereich, die einzelne Branchen bzw. Unternehmen gefährden, lassen sich durch staatliche Maßnahmen nicht ausgleichen.
7. Der Bundesrat stimmt Bundesregierung und Sachverständigenrat grundsätzlich darin zu, daß offene Märkte und dynamischer Wettbewerb bei verlässlichen Rahmenbedingungen die Grundlage für anhaltendes gesamtwirtschaftliches Wachstum sind. Der Bundesrat hält es jedoch für notwendig, auch externer Konzentration und leistungswidrigen Verdrängungspraktiken, die langfristig die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs gefährden, wirksam zu begegnen.

Zur Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen behält sich der Bundesrat eine detaillierte Stellungnahme vor. Er wird sich mit dieser Thematik voraussichtlich im Mai im Zusammenhang mit den konkreten Maßnahmenvorschlägen der vorliegenden Länderinitiativen befassen. Zu den Vorstellungen der Bundesregierung wird er sich nach Vorlage des Abschlußberichts der "Arbeitsgruppe Wettbewerbsrecht" im Bundesministerium für Wirtschaft im einzelnen äußern.

8. Der Bundesrat betont nachdrücklich die Chancen, die ein einheitlicher europäischer Markt für die deutsche wie für die europäische Wirtschaft insgesamt eröffnet. Er unterstützt deshalb alle Bestrebungen der Bundesregierung, während der deutschen Ratspräsidentschaft noch bestehende Hemmnisse im innergemeinschaftlichen Handel und Dienstleistungsverkehr weiter abzubauen und merkliche Fortschritte auf dem Weg zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes zu erzielen.

Der Bundesrat hält es allerdings auch für unerläßlich, auf eine Harmonisierung der nationalen Wettbewerbsbedingungen hinzuwirken. Er erachtet vor allem einen Abbau von Wettbewerbsverzerrungen im Verkehrswesen für notwendig, spricht sich darüber hinaus aber auch für eine Angleichung der umweltpolitischen Standards (etwa im Hinblick auf die deutsche Raffineriewirtschaft) aus.

Der Bundesrat pocht nachdrücklich auf die Berücksichtigung der berechtigten föderalen Interessen der Länder durch die EG. Er begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die verstärkte Erschließung des gemeinsamen Marktes durch den Mittelstand vorrangig durch einfachere Gemeinschaftsregelungen sowie verbesserte Beratungs- und Informationsangebote und nicht durch die Schaffung zusätzlicher finanzieller Fördermöglichkeiten durch die EG in Konkurrenz zu nationalen Förderprogrammen zu unterstützen. Darüber hinaus bekräftigt er seinen Standpunkt, daß die EG-Kommission bei der Durchführung ihrer Regionalpolitik und bei der Anwendung der Beihilfekontrolle nach Artikel 92 EWG-Vertrag dem Grundsatz der Subsidiarität Rechnung tragen, d. h. Bund und Ländern eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten in der regionalen Strukturpolitik erhalten muß.

9. Der Bundesrat schlägt vor, daß die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1989 stärker auf die Entwicklung in den Ländern aus Bundessicht eingeht.